

Fachkongress

25 Jahre Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis (1988 – 2013)

Dokumentation des Fachkongresses am 29. November 2013

Schader-Stiftung (Hrsg.)



Schader Stiftung

Herausgeber

Schader-Stiftung
Goethestraße 2, 64285 Darmstadt
Telefon 0 61 51 / 17 59 - 0
Telefax 0 61 51 / 17 59 - 25
kontakt@schader-stiftung.de
www.schader-stiftung.de

Redaktion

Alexander Gemeinhardt (verantwortlich)
Monika Berghäuser, Claudia Bolte, Sebastian Fellner,
Verena Fries, Gudrun Kirchhoff, Peter Lonitz,
Kirsten Mensch, Anne Müller, Tobias Robischon

Korrektorat

Monika Berghäuser, Aleksandra Ilic,
Kirsten Mensch, Alla Stoll

Photographie

Christoph Rau, Darmstadt

Satz

Aleksandra Ilic und Alla Stoll

Gestaltung und Herstellung

Ph. Reinheimer GmbH, Darmstadt

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-932736-42-1



Dezember 2013



25 Jahre Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis
Fachkongress am 29. November 2013 im Schader-Forum in Darmstadt

Inhaltsverzeichnis

7	1. Einleitung
---	--------------------------------

13	2. Programm
----	------------------------------

15	3. Keynotes
----	------------------------------

31	4. Workshops: Impulse und Dokumentation
----	--

65	5. WorldCafé: Impulse und Dokumentation
----	--

97	6. Anhang
----	----------------------------

25 Jahre Schader-Stiftung: Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis Einführung in den Kongress durch den Vorsitzenden des Vorstands

1988 klaffte eine Lücke zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis. Gerade diese Lücke wurde zum leitenden Impuls von Alois M. Schader, mit einer Stiftung die Gesellschaftswissenschaften zu fördern. Der Kongress am 29. November 2013 markiert den Meilenstein der ersten 25 Jahre, in denen die Schader-Stiftung den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis mitgestaltet hat.

Es ist nicht unpassend für diese Stiftung und ihren Stifter, das Jubiläum mit einer Arbeitstagung zu begehen. Der Jubiläumskongress hatte eine klare Orientierung in die Zukunft der Stiftung. Dabei sollten die Gäste in direkte Gespräche gebracht werden. Eingeladen waren Lehrende und Forschende in der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und weiteren Wissenschaften, die sich mit der Weiterentwicklung des Gemeinwesens auseinandersetzen, dazu die Vertreterinnen und Vertreter aus Praxisbezügen, in denen die Gesellschaftswissenschaften wirksam sind oder wirksam werden sollten: Politik, Verwaltung, Verbände, nichtstaatliche Organisationen, Wissenschaftsmanagement und angewandte Wissenschaft. Denn die Grundannahme der Schader-Stiftung besteht in eben diesem Zutrauen: Dass die Gesellschaftswissenschaften die Weiterentwicklung der Gesellschaft befördern können, wenn sie denn mit der Praxis in Kontakt treten.

Die Gründungsidee der Schader-Stiftung

Wie kommt man auf die Idee, eine Stiftung zu formen zur Prüfung der Tragfähigkeit von Grundannahmen der gesellschaftlichen Theorien an der Praxis der Anwendung? Im Fall der Schader-Stiftung ist zu beleuchten, wie sich die Motivation des Stifters in der Stiftung manifestierte. Warum engagiert sich ein Bauingenieur, ein Tragwerksplaner für die Gesellschaftswissenschaften? Diese Frage kann persönlich vom Stifter beantwortet werden, denn die Schader-Stiftung zeichnet sich bis heute dadurch aus, dass der Stifter die Geschicke der Stiftung aktiv mitbestimmt. Dennoch sind einige Grundgedanken zu skizzieren:

Der berufliche Erfolg von Alois M. Schader basierte maßgeblich auf der fachübergreifenden Zusammenarbeit in Expertenteams mit dem Ziel der (Kosten-)Optimierung von Großbauvorhaben. Fachliche Expertise für praktische Zwecke zu nutzen, war Teil seines beruflichen Handelns. Die Inter- und Multidisziplinarität bildet von Anfang an einen konstitutiven Bestandteil der Idee der Schader-Stiftung.

Alois M. Schader prägte die persönliche berufliche Erfahrung, dass Familien die scheinbar perfekt durchdachten Wohnungen des organisierten Wohnungsbaus nicht so nutzen, wie sie geplant waren, die Planung in dieser Richtung also scheinbar „falsch“ oder unzureichend war. Dass sich der Erfolg von Planungen generell erst in der Durchführung erkennen lässt, prägt auch die Konzeption der Aktivitäten der Schader-Stiftung.

Die gewichtigere Beobachtung, dass der Wohnungsbau in den 1980er Jahren immer noch auf die gleichen Formen von Familienwohnungen der 1960er Jahre ausgerichtet war, obwohl lange nach dem Pillenknick die Alterung der Gesellschaft und der künftige Bedarf an kleineren Wohnungen bereits deutlich absehbar war; diese gewaltige

Fehlallokation von langfristig gebundenem Kapital, vermutlich zum Schaden des Gemeinwohls, war in den Augen des Stifters und der Stiftung einfach ärgerlich. Hier schien genau das zu fehlen, was für Alois M. Schader berufliche Selbstverständlichkeit war – die Einbindung fachlicher, wissenschaftlicher Expertise im Dialog mit der Praxis.

In der Umsetzung dieser Erkenntnisse in die praktische, operative Stiftungstätigkeit stellte sich allerdings heraus, dass nicht alle Prinzipien übertragbar waren. Beispielhaft der Stoßseufzer, der dem Buch zum 20. Jubiläum der Schader-Stiftung seinen Namen gab: „In diesem Geschäft gibt es keine Mathematik!“ Die Lücke zwischen Wissenschaft und Praxis ergibt sich auch aus der recht strengen Erwartungshaltung an das, was Wissenschaft und Praxis leisten sollen: Hier die solide und verlässliche Erkenntnis von gesellschaftlichen und sozialen Regeln oder gar Gesetzmäßigkeiten, da eine unternehmerisch-erschaffende Tätigkeit, die Produkte, Organisationen, Gebäude kreiert.

Die prägenden Projekte der Schader-Stiftung

Die wesentlichen, die ersten zwei Jahrzehnte bestimmenden Themen der Stiftung finden sich in dem genannten Jubiläumsbuch wieder. Es sind Wohnen in einer alternierenden Gesellschaft, Integration von Zuwanderern im Quartier und Stadtentwicklung im Zeichen demographischen und sozialen Wandels.

In Erinnerung bleibt neben vielen anderen gelungenen Projekten zu Beginn der 1990er die Überprüfung der damals weithin geteilten These „einen alten Baum verpflanzt man nicht“, also der Meinung, ein Umzug im höheren Lebensalter sei grundsätzlich zu vermeiden. Die Ergebnisse des „schwarzen Buchs“ (Projekt „Umzugswünsche und Umzugsmöglichkeiten älterer Menschen“, 1997) zeigten, dass die (kumulierte) Umzugsbereitschaft älterer Haushalte deutlich höher als gedacht ist und es in diesem Bereich unterschätzte (Umzugs-)Potenziale gibt. Diese Erkenntnisse sollten in einem Praxisprojekt erprobt werden: dem sogenannten „Demonstrativprojekt Nordweststadt Frankfurt“. Schließlich war es der Blick auf das Quartier und die dortigen Zusammenhänge zwischen fehlenden Wohnangeboten für Ältere, Ballung von Haushalten mit sozialen Problemlagen, Integrationsproblemen von Menschen mit Migrationshintergrund, Nachbarschaftsproblemen und anderen, der zu neuen Aktivitäten der Stiftung führte. Das alte bundesdeutsche Musterrezept der sozialen Integration durch soziale Mischung im Wohnquartier war offensichtlich an seine Grenzen gekommen: Sowohl wegen der gewachsenen Zahl derer, die „integrierend eingemischt“ werden sollten, als auch wegen fehlender Instrumente.

Mit dem „wohn:wandel“-Kongress von 2001 erarbeitete die Stiftung eine Situationsbestimmung der Quartiers- und Stadtentwicklung im Kontext des demographischen und sozialen Wandels. Der Kongress hatte in der Fachöffentlichkeit nachhaltige Wirkungen, ihm folgte unter anderem eine Reihe von Regionalkonferenzen zum Thema „wohn:wandel“ in Zusammenarbeit mit Verbänden der Wohnungswirtschaft. Die Debatten auf und nach dem Kongress führten zu grundlegenden thematischen Linien der Stiftung. In diesem Zusammenhang wurde das Leitbild der sozialen Mischung verstärkt hinterfragt. Dies führte zum Projekt „Zuwanderer in der Stadt“. Während sich dieses erste Integrationsprojekt auf die Situation der Migranten in den Großstädten konzentrierte, wandte sich das zweite Projekt der Lage im ländlichen Raum zu – ein bis dahin unbeachtet gebliebenes Thema. Auch der Schrumpfung und dem Städtumbau in Ostdeutschland widmeten sich mehrere Projekte (Städtenetzwerk „Städtische Kreativität“, Wissenschafts-Praxis-Tagung „Städtumbau und lokale Politik“). Ihnen schloss sich eine Workshop-Reihe mit hessischen Kommunen an, die der Frage nachging, inwieweit die in der Fachwissenschaft heftig debattierte Regeneration von Quartieren durch die „creative class“ beziehungsweise „creative industries“ eine realistische Option für mittlere und kleine Städte sein kann. Ein weiterer Schwerpunkt entwickelte sich zu

innovativen Wohnformen. Fachtagungen und Publikationen beleuchteten insbesondere das Themenfeld „Gemeinschaftliches Wohnen“ aus verschiedenen Perspektiven.

Die Herausforderungen der Schader-Stiftung

Nachhaltige Wirkungen schreibt man sich selbst gerne zu, allein der Nachweis fällt schwer. In öffentlichen und fachlichen Debatten gelten die wissenschaftlichen Standards des Quellennachweises nicht, Gedanken sind frei kopierbar. Und wer vermag zu sagen, wessen Beiträgen ein Einstellungswandel in der Fachwelt tatsächlich zuzurechnen ist. So haben sich in den letzten zwanzig Jahren die Einstellungen zum Wohnen im Alter grundlegend gewandelt, ein neuer Standort kommt für den alten Baum durchaus in Frage – es muss eben nur der richtige sein. Sicher hat die Arbeit der Stiftung dazu einen Beitrag geleistet. Welchen genau, muss an dieser Stelle offen bleiben. Es gelten, zumal in der politischen Kommunikation, andere Regeln als in einer wissenschaftlich-analytischen Fachdebatte: Wer sagt „so ist es“, dem wird schnell unterstellt, er meine tatsächlich „so soll es sein“. Und weil dem so ist, sagen manche wohl nicht, wie es ist, um zu verhindern, dass es so wird, wie es ist, aber nicht sein soll.

Aber wie soll es denn sein? Die Schader-Stiftung agiert, auch 25 Jahre nach der Gründung, in der Lücke. Franz-Xaver Kaufmann hat anlässlich der Verleihung des Schader-Preises an ihn im Mai 2007 Bezug genommen auf das damalige Logo und den Claim der Schader-Stiftung. Diesen kennzeichnete die, wie er es nennt, „Kürzestformel“ – durch „den Zwischenraum zwischen den Worten ‚Gesellschaftswissenschaften‘ und ‚Praxis‘“. Mittlerweile ist durch diese Lücke nicht mehr hindurchzuschauen. Sie wurde in dem Claim der Stiftung gefüllt: „Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis“. Das bekannte Logo, das das Schader-Forum stilisiert, ergänzt die Bildsprache. Das ist kein Zufall. Die Stiftung hat seit drei Jahren ein neues Förderinstrument. Damit – und nicht erst zum 25. Jubiläum – hat die Zukunft der Stiftung begonnen und ihr Auftrag zur eigenen Transformation Gestalt angenommen. Neben den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die in ihrer herausgehobenen Rolle als Dialogvermittler gemeinsam mit den Partnern der Stiftung Konzepte erarbeiten und umsetzen, neben der neuen Möglichkeit, auf einer taxonomisch basierten Online-Präsenz eine Vielzahl von Themen in Zuordnungen und Verbindungen miteinander abbilden zu können, steht das Stiftungszentrum als zentrales Förderinstrument der Stiftung. Der Stifter und Bauingenieur hat seiner Stiftung mit einem Bauwerk ein zentrales Instrument hinterlassen, um ihre Zwecke angemessen zu erfüllen.

Das Angebot der Schader-Stiftung

Das Schader-Forum ist das erste Angebot, das den Partnern gemacht wird. Es ist dabei weit mehr als ein Tagungshaus, nämlich ein mitdenkendes Haus. So wie die Referentinnen und Referenten mitdenken in der Planung und Durchführung mit den Projektpartnern, so wie das Projektmanagement und alle Arbeitsbereiche im Sinne der Kooperations- und Kommunikationspartner mitdenken und mithandeln, so sind die Gäste und Nutzer aufgefordert, den jeweils anderen Teil mitzudenken: Lücken zu sehen und diese durch Dialog zu schließen. In einer Expertenrunde fiel der Begriff der „sozialwissenschaftlichen Partnervermittlung“. Das ist vielleicht unpräzise, tangiert aber den Kern des Anliegens der Schader-Stiftung: Wissenschaft erzielt keine Wirkung, wenn sie nicht der Praxis dient; Praxis wird ihre Probleme nicht lösen ohne die Expertise der Wissenschaft. Der unmittelbare Dialog der Prozessbeteiligten führt zu einem Mehrwert in der Entwicklung des Gemeinwesens.

Mit den Angeboten an die gesellschaftswissenschaftlichen Fachgesellschaften, an Projektnehmer der Deutschen Forschungsgemeinschaft und an die einzelnen Lehrstühle und Institute hat die Schader-Stiftung eine Fülle von Ideen und Themen ausgelöst, die offensichtlich an der Schwelle zwischen Wissenschaft und Praxis Potential sehen, ungeachtet aller bekannten hemmenden Faktoren.

Zu den bewährten Themen der Stiftung, die präzisiert und ausgebaut werden, haben sich Fragen nach der Koproduktion von Gemeinwohl und der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen gesellt, das Thema der Nachhaltigkeit in verschiedenen Facetten, die öffentliche Kommunikation im Zuge der Journalismusforschung oder die Anwendung von Erkenntnissen der Netzwerkforschung. Das sind nur einige Beispiele dafür, dass in der Lücke Leben herrscht.

Der Kongress und der Konvent der Schader-Stiftung

Aus diesem Grund wurde zum 25. Jubiläum der Schader-Stiftung zu einem interdisziplinären und intermediären Fachkongress eingeladen. Das Stiftungszentrum in Darmstadt hat der Stiftung die Ausgangsposition verschafft, die dem Stifter von Anfang an vorschwebte. Es ist ein Ort des Dialogs, ein Angebot, den Praxisdialog der Gesellschaftswissenschaften an einem realen Ort zu ermöglichen. Die Schader-Stiftung verdeutlicht mit ihm ihre Zielsetzung, den Praxisbezug der Gesellschaftswissenschaften, die Kooperation und Kommunikation, die Koproduktion im Interesse des Gemeinwohls zu befördern. Der vorliegende Band dokumentiert den Kongress mit seinen Keynotes, Workshops und den Gesprächen im WorldCafé.

Mit dem Tag des Jubiläums enden die ersten 25 Jahre der Schader-Stiftung. Gleichzeitig startet der Auftakt einer neuen Art des Dialogs von Gesellschaftswissenschaften und Praxis in der Stiftung. Das Forum, zu dem am 29. November 2013 erstmals eingeladen wurde, wird als Konvent der Stiftung verstetigt werden. Im Konvent sollen Persönlichkeiten aus der Wissenschaft, dem Wissenschaftsmanagement, der Praxis, Politik und Verwaltung, der nichtstaatlichen Organisationen, der Kultur und der Gesellschaft in und mit der Stiftung Trends, Ideen und Konzepte austauschen, Themen identifizieren und Formen des Dialogs erproben. Im persönlichen Kontakt lassen sich dabei Fragen, Anregungen, Konzepte und Ideen an die Stiftung herantragen. Damit können sich die Partner der Stiftung direkt in die Entwicklung der Schader-Stiftung einbringen – und die Stiftung kann deren Erwartungen dienen und diese nutzen. So ist der künftige Konvent Objekt und Subjekt der Förderung zugleich.

Im Laufe des Kongresses sind hemmende Faktoren im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis deutlich benannt worden. Im Wissenschaftssystem wird die Beschäftigung mit Praxis nicht durchgehend als förderlich erachtet. Eine private Stiftung wird das System weder ändern noch dessen Defizite kompensieren können. Diese Lücke wird die Schader-Stiftung nicht schließen. Kein Wunder, denn: Diese Lücke, diese Leere, wie Franz-Xaver Kaufmann in seiner eingangs zitierten Rede ausführte, bezeichnet „einen inhaltsreichen, aber sehr komplexen und zudem kontingenten Zusammenhang (...), der sich eben nicht in einer Kürzestformel ausdrücken lässt.“

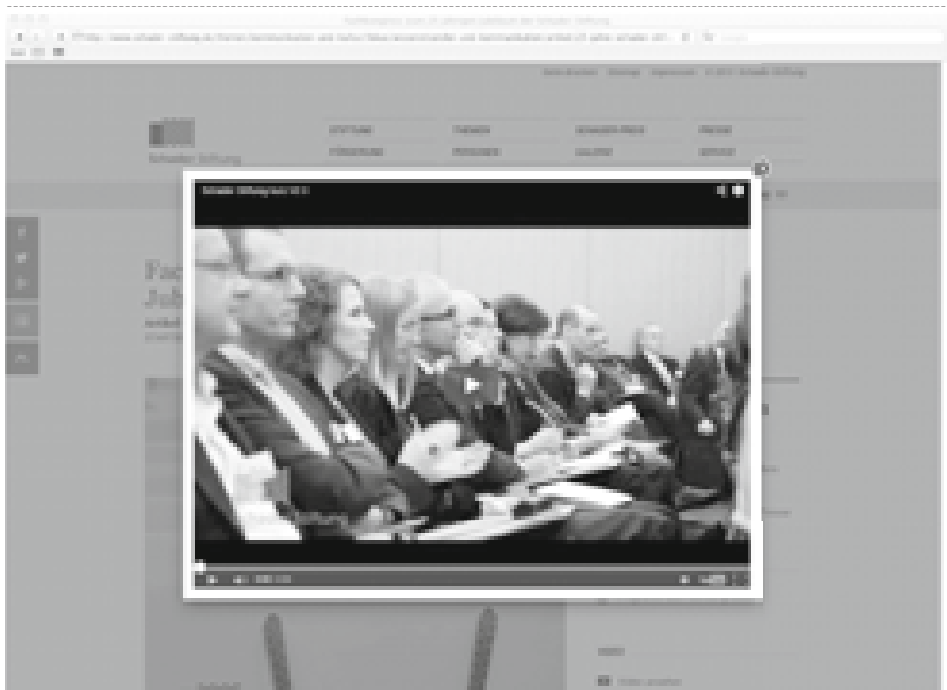
Wo stehen wir im Dialog? Was sind fördernde und hemmende Faktoren? Wie gestaltet sich der Dialog in ausgewählten Bereichen? Wo ist die Schader-Stiftung gefragt? Schließlich: Wo sind die großen Herausforderungen der Sozialwissenschaften in unseren Tagen? Die vorliegende Dokumentation regt die weitergehende Auseinandersetzung mit diesen Grundfragen an. Sie ist nicht die einzige, aber eine besonders prägnante Aufforderung, das Gespräch fortzusetzen. Die Dokumentation bietet keine vorschnellen Lösungen an – wohl aber Anknüpfungspunkte für weitergehende Gespräche, für Projekte und Kooperationen. Nicht zuletzt ist sie die direkte Anregung zur konkreten Arbeit der Stiftung in der näheren Zukunft.

Der Dank der Schader-Stiftung

Die Schader-Stiftung bedankt sich für das große Engagement der Teilnehmenden, die der Stiftung mit ihrer Anwesenheit und Mitwirkung ein wunderbares Geburtstagsgeschenk gemacht haben. In etlichen Vorkonferenzen und Expertenrunden im Laufe des Jahres 2013 wurde dieser Kongress vorbereitet und fachlich begleitet. Besonders zu danken ist dabei unseren Kooperationspartnern aus der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft, der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, dem Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin und der Technischen Universität Darmstadt. Die Begleitung des Kongresses hat das Zentrum für Wissenschaftsmanagement Speyer wahrgenommen. Wir wünschen eine anregende Lektüre und freuen uns auf Ihre Rückmeldungen unter www.schader-stiftung.de/schaderdialog



Alexander Gemeinhardt



Eine Videodokumentation des Kongresses findet sich unter www.schader-stiftung.de/schader25

-
- 10:30 Uhr **Begrüßung**
Alexander Gemeinhardt, Vorsitzender des Vorstands der Schader-Stiftung
- 10:45 Uhr **Keynotes**
Status quo des Dialogs
Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, Heidelberg
- Perspektiven des Dialogs**
Prof. Dr. Meinhard Miegel, Bonn
- 12:00 Uhr **Workshops**
Wachsende Diversität als Herausforderung für die soziale Integration?
Prof. Dr. Peter F. Titzmann, Zürich
- Wie kann Sozialwissenschaft heute ‚kritisch‘ sein?**
Prof. Dr. Michael Haus, Heidelberg
- Welchen praktischen Herausforderungen steht der Sozialstaat gegenüber?**
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Franz-Xaver Kaufmann, Bonn
- Welche Unternehmensverantwortung braucht unsere Gesellschaft in Zukunft?**
Prof. Dr. Wolfgang Stark, Essen
- Wie verändert sich die Wissenschaft durch Neue Medien?**
Prof. Dr. Christian Stegbauer, Frankfurt am Main
- 14:30 Uhr **WorldCafé**
Gastgeberinnen und Gastgeber:
Prof. Dr. Gabriele Abels, Tübingen
Prof. Jutta Allmendinger Ph.D., Berlin
Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyden, Eichstätt
Prof. Dr. Stephan Lessenich, Jena
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Renate Mayntz, Köln
Prof. Dr. Thomas Pleil, Darmstadt
Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, Darmstadt
- 17:00 Uhr **Plenum: Prozessbeobachtung und Ausblick**
- 17:45 Uhr **Empfang**
Musikalische Begleitung: The Art of Jazztainment

3

Keynotes

16 **Status quo des Dialogs**

Prof. Dr. Manfred G. Schmidt

22 **Perspektiven des Dialogs**

Prof. Dr. Meinhard Miegel



Prof. Dr. Manfred G. Schmidt - Status quo des Dialogs

Um den Status quo des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis, also um ein kniffliges Thema, soll es in meinem Vortrag gehen.

Dialog ist etwas recht Voraussetzungsvolles. Dialog meint, so lehrt der Blick in das große Duden-Fremdwörterbuch, das Gegenstück zu dem, was sich in Kreisen der Wissenschaft und der Praxis großer Beliebtheit erfreut: dem Monolog. Dialog hingegen ist, so der Duden, die von zwei Personen oder Gruppierungen abwechselnd geführte „Rede und Gegenrede“ oder das „Gespräch“ zwischen zwei Akteuren, das, so erlaube ich mir zu ergänzen, dem Informationsaustausch ebenso dient wie der Verständigung, dem Voneinander-Lernen und der wechselseitigen Beratung.

Die im Folgenden vorgetragenen Überlegungen zum Stand des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis kreisen um fünf Themen.

- Das erste Thema handelt von den unterschiedlichen Beschreibungen des Status quo des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften¹ und Praxis².
- Mein zweites Thema ist die Auffassung, dass der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis erheblich erweitert, vertieft und intensiviert werden könnte, wenn die Beteiligten nur richtig wollten.
- Da bin ich skeptisch und liebäugle mit der These, dass der gelingende Dialog eher die Ausnahme als die Regel ist. Eher die Ausnahme als die Regel, weil Gesellschaftswissenschaften und Praxis zwei Welten mit unterschiedlichen Logiken sind – und sich durch ein gehöriges Maß an Selbstbezüglichkeit auszeichnen. Das ist mein drittes Thema.
- Allerdings erweitere ich die Zwei-Welten-These an einer entscheidenden Stelle: Wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind, können Dialoge zwischen Wissenschaft und Praxis erheblichen Nutzen für die beteiligten Parteien stiften. Allerdings sind solche Bedingungen nur schwer herzustellen und sie aufrechtzuerhalten ist nicht einfacher.
- Das gilt es bei den abschließenden Empfehlungen zu berücksichtigen – mein fünftes Thema.

Zum Status quo des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis

Wie der Status quo des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis beschaffen ist – darüber gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Sie eint aber im Wesentlichen die Überzeugung, dass der Austausch zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis heutzutage intensiver und breiter als je zuvor ist. Gemeint ist dabei nicht nur der fest etablierte Transfer von Wissen, der von der Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte zu ihrer Berufsausübung in der Praxis verläuft.

Und gemeint ist nicht nur der rege, insgesamt zunehmende Wissenstransfer, der durch die Massenmedien zustande gebracht wird. Intensiverer und breiterer Austausch zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis bedeutet auch mehr Dialog, oder zumindest mehr Dialogchancen, im oben erörterten Sinne: im Sinne der Chance zur Rede und Gegenrede sowie zum Gespräch zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis. Von dem breiteren und intensiveren Austausch zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis zeugt mittlerweile eine beachtliche Zahl von Einrichtungen zur Förderung des Dialogs, der Beratung und des Austauschs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis, unter ihnen seit 25 Jahren die Schader-Stiftung. Und natürlich viele andere, beispielsweise die Wissenschaftlichen Beiräte der Ressorts, wissenschaftliche Sachverständige, beispielsweise der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Expertenkommissionen, Enquete-Kommissionen oder – ein Beispiel aus der Welt der Universitäten – neben den allzu exekutivlastigen Hochschulbeiräten etwa wissenschaftliche Beratungsgremien der Hochschulleitungen, die so mancher Universität beim Wettbewerb um die Mittel der Exzellenzinitiative maßgeblich geholfen haben – um nur einige zu erwähnen.

Allerdings wird die Qualität des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis unterschiedlich bewertet. Da hört man neben Lob viel Kritisches – auch manche Enttäuschung darüber, dass Dialogchancen nicht genügend genutzt würden. Und etliche Beobachter gelangen zu einer Diagnose, die dem Befund zum Stand der Politikberatung ähnelt, zu dem die Heidelberger Akademie der Wissenschaften vor einigen Jahren gelangt war. Mit der Politikberatung in Deutschland jedenfalls sei es „nicht zum Besten“ bestellt³ – unter anderem weil die Beratungskultur hierzulande schwach sei, weil Maßstäbe für den geordneten Austausch fehlten, weil Bemühungen um Dialoge oft schnell steckenblieben, weil mit versteckten Interessen argumentiert und weil nicht selten aneinander vorbeigeredet werde. Oder auch weil die Verwissenschaftlichung der Politik ihre Kehrseite in der Politisierung der Wissenschaft habe, mit der Folge, dass die Wissenschaft nicht mehr nach der Wahrheit suche, sondern nach massenhaftem Applaus oder nach Machtteilhabe versprechender Komplizenschaft mit der Praxis.⁴ Hinzu kommt die – viele Praktiker irritierende – Vielstimmigkeit der Sozial- und Verhaltenswissenschaften, die oft, wenn sie denn nach Wahrheit streben, meist zu mehreren, immer vorläufigen Wahrheiten gelangen.⁵

„Nicht zum Besten“ ist es um den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis aus einem weiteren Grund bestellt: Der Dialog hat auffällige Lücken. Ich wähle ein teures Beispiel: die Sozialpolitik in Deutschland. Für sie werden in diesem Jahr laut Schätzung des neuesten Sozialberichts des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 806 Milliarden Euro ausgegeben. Das entspricht knapp 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Doch im Unterschied zur Begutachtung der Wirtschafts-, der Geld- und der Finanzpolitik durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung fehlt es in Deutschland an einer Einrichtung der Begutachtung des Sozialstaates und einem hierauf aufbauenden Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis. Dabei wäre ein Staat, der Sozialausgaben in einer Größenordnung von 30 Prozent des Sozialproduktes tätigt, gut beraten, „wenn er über diesen Aufwand regelmäßig in einem Jahresbericht Rechenschaft ablegt, der 1) alle Felder des Sozialstaates und alle mit seiner Durchführung beauftragten Einrichtungen in Bund, Ländern und Kommunen umfasst, 2) die sozialen, politischen und ökonomischen Aspekte der sozialen Sicherung gleichermaßen abdeckt, 3) die sozialpolitischen Erfahrungen anderer Länder würdigt und sie auf ihre Eignung für Deutschlands Sozialpolitik prüft und 4) systematisch über Stand, Verlauf, Wirksamkeit, Effizienz und Verteilungsgerechtigkeit der Sozialpolitik sowie über ihre Bewertung in der Bevölkerung berichtet“⁶. Davon aber ist hierzulande nichts in Sicht.

Zur Meinung, der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis könne erheblich erweitert, vertieft und intensiviert werden, wenn die Beteiligten nur wollten

Bei der Frage, wie der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis erweitert, vertieft, intensiviert und im Sinne eines verständigungsorientierten Gesprächs verbessert werden könnte, scheiden sich die Geister. Manche sind optimistisch, andere skeptisch. Den Optimisten zufolge könnte der Dialog ohne allzu großen Aufwand erweitert, vertieft und intensiviert werden. Man müsse nur einfach wollen, so wird hier argumentiert. Und man unterstellt, dass der bloße Appell an das Gute in den Adressaten ausreiche. Die Praxis müsse sich auf ihre Gemeinwohlpflichtigkeit besinnen und nach sachgerechten Lösungen unter Einbezug des wissenschaftlichen Sachverstands suchen, so heißt es da. Und die Wissenschaft müsse sich auf ihre Verantwortung für das Ganze besinnen, auf ihre Aufklärungsaufgabe, um nur einige der hehren Vorgaben zu nennen.

Das setzt allerdings voraus, dass alle Beteiligten – die Wissenschaft ebenso wie die Praxis – erstens den Dialog wollen – was zweifelhaft ist. Zweitens setzt das voraus, dass die Beteiligten die hohen Voraussetzungen gelingender Dialoge zumindest näherungsweise erfüllen. Doch die Dialogvoraussetzungen sind anspruchsvoll. Zu ihnen gehören mindestens: Artikulations- und Gesprächsfähigkeit, Zuhörenkönnen, die Gegenseite respektieren, die Fähigkeit zur selbstkritischen Prüfung der eigenen Anschauung – und ein ziemlich großes Zeitbudget für den Dialog, nicht zuletzt auch ziemlich viel Sitzfleisch.

Die These von der Wissenschaft und der Praxis als „zwei Welten“ mit je unterschiedlicher Logik

Doch just an der Realisierbarkeit dieser Voraussetzung zweifeln die Vertreter einer skeptischeren Auffassung: Ihnen zufolge bleibt schon der einfache Dialog – Rede und Gegenrede – meist nach kurzer Zeit stecken. Dafür gibt es in der Tat viele Beispiele. Ich erinnere nur an die Rede und Gegenrede, die man vor knapp zwei Wochen hören konnte: Den Auftakt gab der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem neuesten Jahresgutachten mit seiner Rede gegen Mindestlohnpläne von CDU, CSU und SPD. Die Gegenrede hielt die Bundeskanzlerin: Ungnädig war sie, die Kanzlerin, in ihrer Gegenrede. Die „Wirtschaftsweisen“ sollten sich in koalitionspolitisch so heiklen Themen zurückhalten.⁷

Rede und Gegenrede stehen immer in Gefahr, wie das erwähnte Beispiel lehrt, alsbald steckenzubleiben. Noch größer ist die Gefahr des Steckenbleibens allerdings beim Dialog im Sinne des verständigungsorientierten Gesprächs. Denn sein Gelingen setzt, wie oben schon angesprochen, unter anderem die Bereitschaft und die Befähigung voraus, über längere Strecken verständigungsorientiert zu sprechen und zuzuhören. Doch diese Gaben sind weder in der Wissenschaft noch in der Praxis weit verbreitet.

Die Kritiker deuten diesen Sachverhalt und den mangelbehafteten Status quo des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis nicht als zufällig, sondern als überzufällig und als nur schwer veränderbar. Der tiefere Grund sei dieser: Gesellschaftswissenschaften und Praxis gehörten jeweils unterschiedlichen Welten an. Warum sollten sich beispielsweise Politik und Politikwissenschaft oder Politik und Wirtschaftswissenschaft die Mühe machen, in einen zeitraubenden Dialog zu treten – wenn beide doch jeweils für Welten mit höchst unterschiedlichen Sprachen, unterschiedlichen Erfolgskriterien und verschiedenartigen Zeittakten stehen?

Die Politik strebt bekanntlich nach Wählerstimmen, nach Ämtern, nach Gestaltung und gerne auch danach, ihr Tun und Lassen von der Wissenschaft legitimieren zu lassen. Wenn aber die Wissenschaft der Politik die Leviten liest, dann will die Politik

von Dialog gar nichts wissen. Und auch sonst neigt die politische Praxis doch dazu, die Wissenschaft, falls überhaupt, nur am Katzentisch zu platzieren – man denke nur an den vor wenigen Tagen vereinbarten Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD und die dort vereinbarten Regelungen für die Kommission, die ab dem 1. Januar 2017 den allgemein verbindlichen gesetzlichen Mindestlohn überprüfen und anpassen soll: „Die Mitglieder der Kommission“, so heißt es dort, „werden von den Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer benannt (Größe: 3 zu 3 plus Vorsitz). Wissenschaftlicher Sachverstand (ohne Stimmrecht) wird auf Vorschlag der Spitzenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (1 plus 1) hinzugezogen“⁸.

Also: Die Politik strebt nach Wählerstimmen, nach Ämtern, nach Gestaltung und gerne auch danach, ihr Tun und Lassen von der Wissenschaft legitimieren zu lassen. Die Wissenschaft hingegen strebt nach „Mehrung und Sicherung systematischen Wissens“, so heißt es in den 2008 veröffentlichten Leitlinien der Politikberatung der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Die Erfolgsmesslaten der Wissenschaft sind nicht Stimmen, nicht Ämter, nicht politische Gestaltung und nicht Beteiligung am Dialog mit der Praxis, sondern Reputation durch Drittmittelinwerbung und Reputation durch spezielle Publikation – „publish or perish“ hieß es früher, heute heißt es spezieller: Veröffentliche so viel wie möglich in den „peer-reviewed“ Top-Zeitschriften der Fachwissenschaften. Publikationen aus der Welt des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis gehören allerdings nicht zu den Texten, die Aussicht auf Aufnahme in die Top-Journals finden. Und so ist auch das Ergebnis der unlängst veröffentlichten Umfrage unter den deutschen Ökonomen nicht verwunderlich, wonach viele Spitzenforscher in Politik und Öffentlichkeit kaum Gehör finden und wonach nur wenige Wirtschaftswissenschaftler in Forschung und in der Gesellschaft gleichermaßen bedeutend sind.⁹

Doch darin erschöpfen sich die unterschiedlichen Logiken der Wissenschaft und der Praxis nicht.

Die Politik steht meist unter hohem Zeitdruck – der Zeittakt der Demokratie mit ihren in regelmäßigen Abständen wiederkehrenden Wahlen ist kurz – und wird durch die Allgegenwärtigkeit von regelmäßigen Umfragen zur Bewertung von Politik und Politikern- und zur Politikerbewertung noch weiter verkürzt. Die Wissenschaft hingegen benötigt für ihr Geschäft namentlich bei der Grundlagenforschung einen längeren Atem.

Die Politik pocht nicht nur auf kurzfristige Machbarkeit in rein sachlicher Hinsicht, sie will auch Lösungen, die zugleich genuin politische Anliegen – wie Stimmen- und Ämtergewinn und Machterhalt – fördern. Die Wissenschaft aber muss, wenn sie nicht zum Knecht oder zur Magd der Politik werden will, auf ihrer Autonomie bestehen und darauf, sich nicht zum Komplizen einer bestimmten politischen Richtung zu machen – eine Gefahr, die größer wird, je intensiver sie mit der Politik in den Dialog eintritt.

Schließlich kollidieren die knappen Zeitressourcen von Wissenschaft und Praxis mit den Dialogvoraussetzungen. An einem übervollen Terminkalender laborieren nicht nur die meisten Praktiker, sondern auch die meisten Wissenschaftler. Und mehr noch: In dem Maße, in dem sich die Wissenschaft professionalisiert und spezialisiert und in dem Maße, in dem sie in das Räderwerk der betriebswirtschaftlichen Kosten-Nutzen-Rechnung gerät, in dem Maße nimmt die Neigung zur Mitwirkung an zeitaufwendiger Beratung und an nicht minder zeitaufwendigem Dialog ab.

Die Hindernisse für einen Dialog zwischen Wissenschaften und Praxis sind also zahlreich und ziemlich hoch.

Wenn bestimmte Bedingungen erfüllt sind, kann der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis allerdings erheblichen Nutzen für die Beteiligten stiften

Dennoch besteht kein Anlass zum Schwarzmalen. Denn unter bestimmten Bedingungen kann der Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis für beide erheblichen Nutzen stiften. Das ist freilich nur dann der Fall, wenn erstens die Voraussetzungen eines verständigungsorientierten Dialogs erfüllt sind, und wenn zweitens egoistische Interessen der Wissenschaft und der Praxis in jeweils nennenswertem Maße befriedigt werden.

Zu den Voraussetzungen eines verständigungsorientierten Dialogs gehören – neben den oben erläuterten Größen wie Gesprächswilligkeit und -fähigkeit, Artikulation, Zuhörenkönnen, Respektieren, Fähigkeit zur selbstkritischen Prüfung der eigenen Anschauung – auch ein Raum, in dem sich Wissenschaft und Praxis austauschen können, ein „Raum des Vertrauens“, so heißt es in der Dialogforschung, in dem das direkte, verständigungsorientierte Gespräch praktiziert werden kann – das Schader-Forum kann als ein solcher „Raum des Vertrauens“ fungieren.

Die Voraussetzungen des verständigungsorientierten Gesprächs umschließen aber auch die Befriedigung egoistischer Interessen der Beteiligten. Wann ist das am ehesten der Fall? Diese Frage muss je nach Praxisfeld differenziert beantwortet werden. Handelt es sich beispielsweise um das Praxisfeld Politik, dann sind die dort bestehenden Interessen am ehesten zu wecken, wenn der Dialog für die Politik unverzichtbare „Sachinformationen, übergreifende Deutungs- und Beratungsleistungen und Legitimierung“¹⁰ bringt, insbesondere im Falle eines hohen Problemdrucks, und wenn die Sachinformationen und Deutungs- und Beratungsleistungen zugleich nützlich für Machterwerb und Machterhalt sind.

Und für die Wissenschaft beziehungsweise die Gesellschaftswissenschaften gilt: Ihre Interessen werden am ehesten geweckt, wenn die Beteiligung am Dialog der Wissenschaft „Rechte, Finanzen und Infrastrukturen“, nicht zuletzt auch „Prestigegewinne“ bringt¹¹ und überdies, so ist Rohrschneider zu ergänzen, womöglich einerseits Gelüste nach Machtteilhabe stillt und andererseits neue Wege zur Beschaffung wissenschaftlich wertvoller Informationen über die Innenwelt der Politik öffnet.

Empfehlungen

Ich komme zu meinem fünften Thema, dem letzten meines Vortrags. Die Befunde zum Status quo des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis legen eine Reihe von Empfehlungen nahe. Ich begnüge mich an dieser Stelle mit drei Anregungen:

Die erste Empfehlung mahnt zur Bescheidenheit. Ein gelingender Dialog ist nur schwer zu realisieren und nur unter einer Reihe von recht anspruchsvollen Bedingungen. Insoweit ist Skepsis gegen allzu forsche Ansprüche an Dialog und Dialogförderung angesagt. Viel ist schon gewonnen, wenn die Dialogchancen in sachlicher und räumlicher Hinsicht über den Status quo hinaus erweitert, vertieft und intensiviert werden können.

Meine zweite Empfehlung ist diese: Es sollte auf die Variation der Dialogbeteiligung geachtet werden. Die Dialogbeteiligung ist von Praxisfeld zu Praxisfeld und von Wissenschaft zu Wissenschaft unterschiedlich groß. Manche Wissenschaftsdisziplinen sind im Dialog mit der Praxis stärker etabliert als andere: Die Wirtschaftswissenschaft ist – siehe allein den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung – erheblich stärker etabliert als die Sozialwissenschaften. Und die Rechtswissenschaft hat mit ihrem Gegenstand Recht ein Medium zum Gegenstand, das in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft von zentraler Bedeutung ist und dem Fach Rechtswissenschaft von vornherein eine funktional viel größere Bedeutung verschafft, als das die Sozialwissenschaften von sich behaupten können.

Das regt eine dritte Empfehlung an, diesmal an die Adresse der Schader-Stiftung. Die Schader-Stiftung sollte erwägen, bei ihrer Förderung des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis den Kreis der berücksichtigten Disziplinen zu erweitern. Hauptkandidaten sind jene Disziplinen, die auch in der Systematik der Forschungsförderung der Deutschen Forschungsgemeinschaft nahe bei den Gesellschaftswissenschaften liegen, und die jene Medien analysieren, die die Politik bei ihren Steuerungsbestrebungen hauptsächlich verwendet: Recht und Geld. Hauptkandidaten für eine stärkere Berücksichtigung in der Schader-Stiftung wären demnach – und damit will ich schließen – erstens die Rechtswissenschaft und zweitens die Wirtschaftswissenschaft.

¹ Im Sinne vor allem der sozialwissenschaftlichen Disziplinen Soziologie, Politikwissenschaft und Kommunikationswissenschaft, mitunter aber mit Blick auf benachbarte „Verhaltenswissenschaften“ – um die Fächersystematik des „DFG-FördererAtlas“ zu zitieren, insbesondere auf die Rechts- und die Wirtschaftswissenschaft.

² Im Sinne von Praxisfeldern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

³ Kielmansegg, Peter Graf: Einleitung, in: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Politikberatung in Deutschland, Wiesbaden 2006: VS, S. 9-16.

⁴ Vgl. für viele andere Weingart, Peter: Die Stunde der Wahrheit? Vom Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wirtschaft und Medien in der Wissensgesellschaft, Weilerswist: Velbrück Wissenschaft, ferner Strohmeier, Peter 2010: Verwissenschaftlichte Politik und politisierte Wissenschaft. Vortrag auf dem Tutzing Forum Wissenschaft, 30.1.2010.

⁵ Vgl. nur Plickert, Philip: Professoren im Protestmodus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 215, 16.9.2013, S. 17.

⁶ Leibfried, Stephan / Müller, Rainer / Schmähl, Winfried / Schmidt, Manfred G.: Thesen zur Sozialpolitik in Deutschland, in: Zeitschrift für Sozialreform Jg. 44 (1998), H. 8, S. 525-569, Zitat S. 561.

⁷ Das war kein Einzelfall, vgl. Klotten, Norbert: Wissenschaftliche Beratung der Politik: Befund und Auftrag, in: Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.), Politikberatung in Deutschland, Wiesbaden 2006: VS, S. 123-145.

⁸ Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 18. Legislaturperiode, Berlin (27.11.2013), S. 68.

⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 206, 5.9.2013, S. 1 und S. 11.

¹⁰ Strohmeier, Peter: Verwissenschaftlichte Politik und politisierte Wissenschaft. Vortrag auf dem Tutzing Forum Wissenschaft, 30.1.2010, S. 4.

¹¹ Peter Rohrschneider, Manuskript, S. 5.



Prof. Dr. Meinhard Miegel - Perspektiven des Dialogs

Mit einem Schreiben der Schader-Stiftung vom September dieses Jahres wurden wir davon unterrichtet, dass „die Öffnung der Stiftungsarbeit auf alle Themenbereiche der Gesellschaftswissenschaften“ erfolgt sei. Und weiter: „Diese neue Situation hat sich als eine beachtliche Herausforderung für die Stiftung herausgestellt“.

Diese Formulierung dürfte im Blick auf die Riesenhaftigkeit und Vagheit der Gesellschaftswissenschaften eher eine Untertreibung sein. Denn abhängig davon, wer nach Inhalt und Reichweite dieser Wissenschaften gefragt wird, umfassen diese – in ihrem Kernbereich – Soziologie, Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaften; in einem um diesen Kernbereich geschlagenen Ring: Ethnologie, Anthropologie und Sozialpsychologie; in einem weiteren Ring: Rechtswissenschaft, Geschichtswissenschaft, Kulturwissenschaft, Psychologie und Pädagogik und schließlich – gewissermaßen als Satelliten – Philosophie, Religionswissenschaften und einiges mehr. Wolf Lepenies erklärt deshalb die Gesellschaftswissenschaften lapidar, vielleicht aber auch resigniert zur dritten Kultur zwischen Natur- und Geisteswissenschaften, wobei die Grenzziehungen zwischen diesen drei Bereichen nie ganz deutlich waren und hin und wieder massiv verschoben worden sind.

In diesem fast unüberschaubar großen Areal sollen nach dem Willen der Einladenden „die Punkte identifiziert werden, an denen die Gesellschaftswissenschaften zur Bearbeitung dieser Aufgabenstellungen (gemeint sind Aufgaben, die sich der Praxis jetzt und in absehbarer Zukunft stellen) einen wichtigen Beitrag leisten können“. Wo da beginnen?

Bereits jeder Teilbereich der Gesellschaftswissenschaften ist mit einer solchen Aufgabenfülle konfrontiert, dass es vollkommen willkürlich wäre, diese oder jene herauszugreifen und für besonders relevant zu erklären. Gewiss gibt es Bedeutsameres und weniger Bedeutsames – Fragen der Demographie, der Migration, der Erwerbsarbeit, der Güter- und Chancenverteilung, der gesellschaftlichen Teilhabe, der Bildungssysteme und und und. Aber bereits diese beispielhafte Benennung möglicher Ansatzpunkte für die Stiftungsarbeit verdeutlicht die Hoffnungslosigkeit des Unterfangens. Neben jedem benannten Punkt lassen sich fünf weitere benennen, die ebenfalls Anspruch auf Beachtung erheben können. Wie die Berliner Koalitionäre könnten wir also jetzt ebenfalls viele Wünsche auflisten und dann unter Finanzierungsvorbehalte stellen, sprich für machbar oder nicht machbar erklären – abhängig von den Kapazitäten der Stiftung.

Doch so will ich nicht vorgehen, weil dies aus meiner Sicht Steine statt Brot wären. Vielmehr will ich unser Augenmerk auf den anstehenden Paradigmenwechsel lenken, der nicht nur die Lebenswirklichkeit – hier „Praxis“ genannt – sondern mit ihr auch alle Bereiche der Gesellschaftswissenschaften von Grund auf verändert. Was meine ich?

Theorie und Praxis stehen in allen früh industrialisierten Ländern in einer langen Tradition, die vielleicht am treffendsten mit dem Begriff „Expansion“ umschrieben wird. „Höher, schneller, weiter“ – das waren und sind weithin noch immer die Maximen, nach denen die Gesellschaften dieser Länder angetreten sind. Alles soll immerfort wachsen: die Bevölkerung, die von ihr erwirtschafteten Gütermengen, ihr Bildungsstand, einfach alles. Von allem immer etwas mehr.

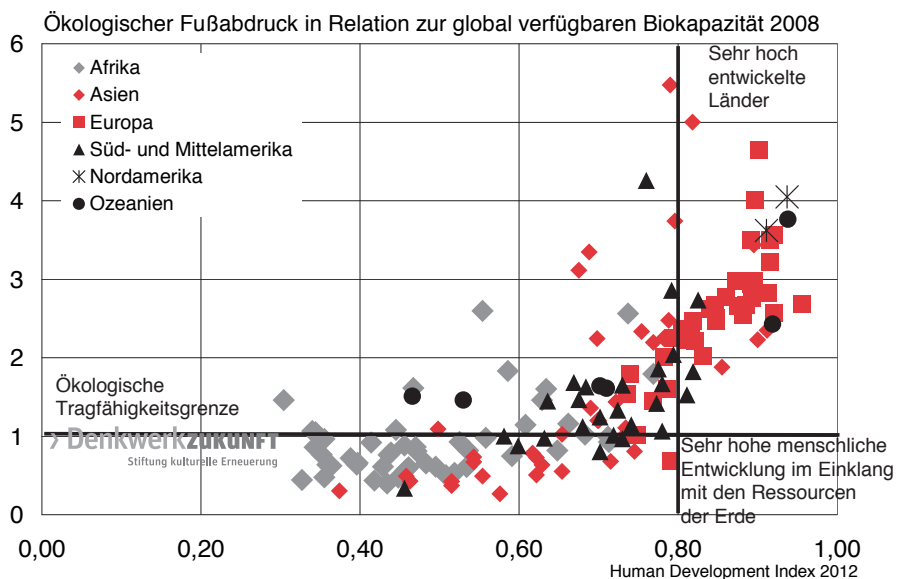
In diese gesamtgesellschaftliche Vorgabe passten sich die Gesellschaftswissenschaften nicht nur ein, sie bauten sie auch aus und trieben sie kraftvoll voran. Besonders anschaulich ist das an jenem Bereich zu erkennen, der den zurückliegenden Paradigmenwechsel – den industriellen – mit begleitet hat: die Rechtswissenschaft oder wohl zutreffender: das Rechtswesen, die Rechtsordnung. Die bis zum industriellen Paradigmenwechsel tradierte Ordnung war alles andere als expansionsfördernd. Im Gegenteil. Sie bremste und unterband Expansion, wo immer das opportun und möglich erschien. Und erst die Überwindung dieser Grundeinstellung öffnete die Schleusen für vieles von dem, was die früh industrialisierten Länder – und mittlerweile viele weitere – überspült hat.

Nüchtern betrachtet sind die Gesellschaftswissenschaften in der Form, in der sie heute anzutreffen sind, eine Frucht dieser Überspülung. Das gilt ganz zweifellos für die Wirtschaftswissenschaften, deren vornehmste Aufgabe von Anfang an darin bestand, der Wirtschaft etwaige Steine und Wackeln aus dem Weg zu räumen, damit diese möglichst ungehindert voranschreiten konnte. Aber auch die anderen Wissenschaften, die unter dem Dach der Gesellschaftswissenschaften versammelt sind, haben implizit oder explizit dieses Grundverständnis: Diene dem Fortschritt, stelle dich in dessen Dienst, auch wenn niemand so recht weiß, wohin das führt!

Die Ergebnisse dieser Sicht- und Handlungsmuster waren und sind überwältigend: Eine sprunghaft zunehmende Lebenserwartung, weithin steigender materieller Wohlstand, verbesserte Bildungschancen...

Das Ganze hat jedoch einen Makel oder richtiger: eine fundamentale Schwäche. Je länger, je mehr wird nämlich deutlich, dass dieser auf Expansion gegründete Fortschritt auf Sand gebaut ist. Er ist nicht nachhaltig, hat also keinen Bestand.

Abb. 1 Menschliche Entwicklung und Ressourcenverbrauch 2012/2008



Quellen: Global Footprint Network (2013) sowie UNDP (2013).

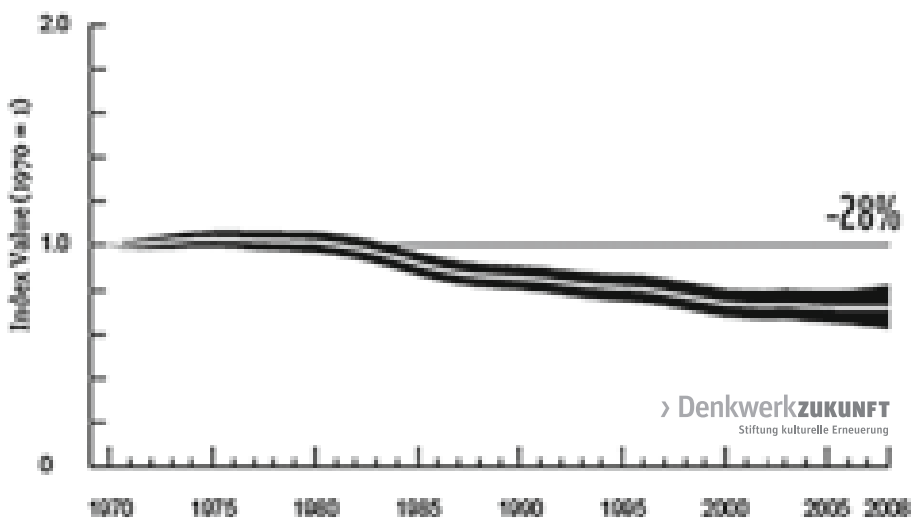
Die Abbildung 1 vermittelt hiervon einen Eindruck. In diesem Schaubild sind alle größeren Länder nach ihrer Stellung im Human Development Index (Lebenserwartung, Bildungsstand und materieller Wohlstand) sowie ihrer Beanspruchung der ökologischen Tragekapazitäten der Erde abgetragen. Dabei zählen alle Länder rechts von der senkrechten Linie zu den gemäß HDI wohlhabendsten Ländern, während sich alle Länder oberhalb der waagerechten Linie außerhalb der ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen befinden.

Der ernüchternde Befund: Beim gegenwärtigen Wissens- und Könnensstand der Menschheit gelingt es keinem einzigen Land, sich in der unteren rechten Ecke anzusiedeln. Das heißt, kein einziges entwickeltes Land wirtschaftet ökologisch nachhaltig. Oder härter: Der Aufstieg aller dieser Länder beruht zu einem Gutteil auf Raubbau, auf Substanzverzehr. Würde die Menschheit wirtschaften wie beispielsweise die US-Amerikaner, benötigte sie rund vier Globen. Wirtschaftete sie wie die scheinbar so effizienten und umweltbewussten Deutschen, wären es immer noch etwa 2,5 Globen. So sind es gegenwärtig – global betrachtet – nur 1,5.

Damit vermittelt dieses Schaubild eine gute und eine schlechte Nachricht. Die gute: Immer mehr Länder wandern von links nach rechts und überschreiten die Grenze zu den „sehr hoch“ entwickelten. Und die schlechte: Während sie so wandern, überschreiten sie – bislang ohne jede Ausnahme – die ökologische Tragfähigkeit der Erde. Ihr Wirtschaften ist ökologisch nicht mehr fundiert. Sie operieren gewissermaßen – metaphorisch gesprochen – in einem ökologischen Vakuum.

Einen Indikator zeigt die Abbildung 2, die die Entwicklung der globalen Biodiversität wiedergibt. Seit 1970 ging sie um dramatische 30 Prozent zurück, ein Trend, der ebenfalls keine Nachhaltigkeit signalisiert. Allem Anschein nach ist das Produzieren, Konsumieren und sich Reproduzieren des Menschen vielem nicht-menschlichem Leben nicht zuträglich. Dieses verabschiedet sich still und leise, aber mit zunehmender Geschwindigkeit. Was ist der Endpunkt einer solchen Entwicklung? Eine Erde, die nur noch von Menschen in Verbindung mit ein paar Nutztier- und Nutzpflanzenarten belebt wird? Der Mensch wird das nicht überleben.

Abb. 2 Biodiversität: Entwicklung des Living Planet Index 1970-2007



Quelle: S. 9 in WWF (2012), Living Planet Report 2012. Biodiversity, biocapacity and better choices, Gland, URL: http://awsassets.panda.org/downloads/1_lpr_2012_online_full_size_single_pages_final_120516.pdf

Das muss die Gesellschaftswissenschaften auf den Plan rufen und ihre Agenda bestimmen. Sie haben nach Kräften dazu beigetragen, dass sich die früh industrialisierten Länder zusammen mit anderen zu stattlichen, fetten Kühen entwickelt haben, aber sie haben recht wenig unternommen, um das Eis, auf dem diese Kühe stehen, nicht immer dünner werden zu lassen. Anders gewendet: Ihr Kräfteinsatz war höchst asymmetrisch, so dass jetzt die Frage lautet: Wie kriegen wir die so prächtig gemästeten Kühe von diesem so dünn gewordenen Eis, das zunehmend Brüche und Risse aufweist? Oder direkter: Wie schalten wir um vom Expansions- in den Nachhaltigkeitsmodus?

Obwohl diese Aufgabenstellung zumindest Minderheiten seit Jahrzehnten bewusst ist, ist bislang wenig geschehen, um sie überzeugend zu lösen.

Dabei verkenne ich nicht herausragende Leistungen und mutige Interventionen von Einzelnen, Gruppen und Institutionen und ich verkenne auch nicht, dass Nachhaltigkeit für viele mittlerweile mehr ist als nur ein Wort. Aber der Weg von forcierter Expansion in vielen Wirtschafts- und Lebensbereichen hin zu Wirtschafts- und Lebensformen, die sich innerhalb der ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen befinden, also nachhaltig sind, ist weit und nicht wenige sträuben sich, ihn zu gehen.

Auch wenn Nachhaltigkeit heute in aller Munde ist, wäre es zweifellos übertrieben zu behaupten, sie sei bereits integraler Bestandteil der Produktions-, Konsum- und Lebensgewohnheiten früh industrialisierter Länder. So geht der Verbrauch von Ressourcen unvermindert weiter und dies nicht nur insgesamt wie Abbildung 3 zeigt, sondern auch pro Kopf – Abbildung 4.

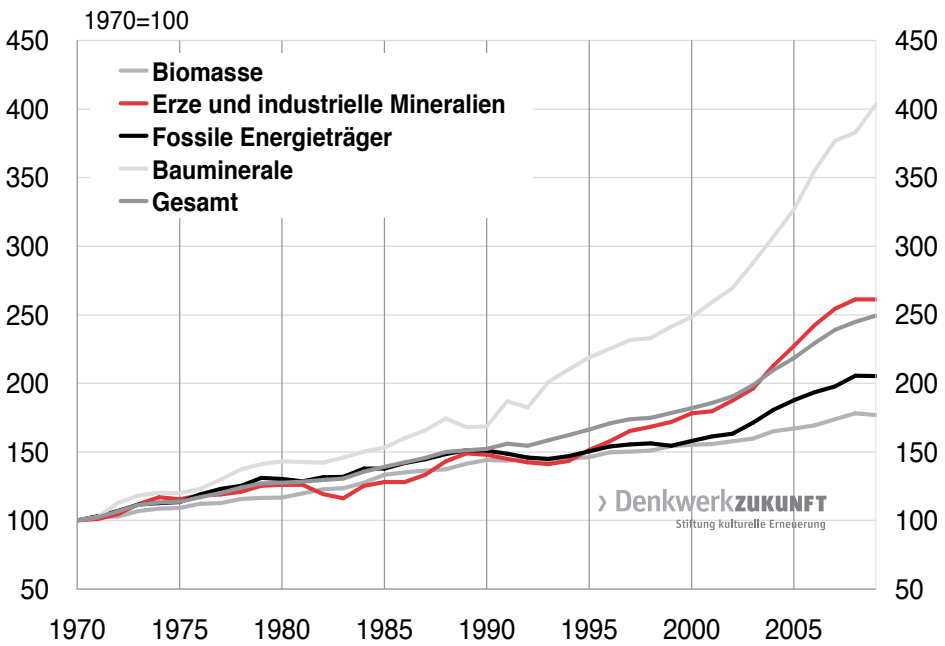
Und dies nicht nur in den sich erst entwickelnden Ländern, sondern auch in den entwickelten. Der Zug fährt also weiter mit hoher Geschwindigkeit in die falsche Richtung, eine Richtung, die der Leiter der philippinischen Delegation auf der jüngsten UN-Klimakonferenz in Warschau mit „Wahnsinn“ apostrophiert hat.

Abb. 3 Entwicklung des weltweiten Ressourcenverbrauchs 1970-2009

Jahr	Biomasse	Erze und industrielle Mineralien	Fossile Energieträger	Bauminerale	Gesamt
1970	100	100	100	100	100
1975	110	120	110	120	115
1980	120	130	130	140	135
1985	130	140	140	160	150
1990	140	150	150	180	165
1995	150	160	160	200	180
2000	160	180	170	230	200
2005	170	220	190	280	230
2009	180	260	210	400	250

Quelle: Krausmann et al. (2011)

Abb. 4 Entwicklung des weltweiten Ressourcenverbrauchs pro Kopf 1970-2009



Quelle: Krausmann et. al (2011)

Was kann Menschen dazu bringen, sich so „wahnsinnig“ zu verhalten und was muss geschehen, um dieses Verhalten zu ändern? Bei Fragen wie diesen schauen alle einander an, bis der Blick unfehlbar auf die Politik fällt. Politik, löse dieses Problem! Und die Politik schaut ebenso unfehlbar auf die Wissenschaft, namentlich die Gesellschaftswissenschaften. Nicht zu unrecht vertritt die Politik den Standpunkt, dass in einer arbeitsteiligen Gesellschaft der Wissenschaft obliegt, für die Beantwortung derartiger Fragen Vorschläge zu unterbreiten.

Konkret muss geklärt werden, wie dieser gewaltige Bau, der von den früh industrialisierten Ländern in 200 und mehr Jahren zunehmend außerhalb der ökologischen (und gesellschaftlichen) Tragfähigkeitsgrenzen errichtet worden ist, in diese Grenzen zurückgeführt werden kann. Die eine Strategie ist die Verschiebung dieser Grenzen bis hin zu einem Punkt, wo sie wieder die tradierten Wirtschafts- und Lebensformen einschließen. Dies ist die Strategie, die vornehmlich von den Naturwissenschaften verfolgt wird. Ihre Ergebnisse sind beachtlich, aber nicht ausreichend, um die Herausforderung zu meistern. Naturwissenschaft und Technik sind selbstkritisch genug, das einzuräumen.

Die Ausweitung der Grenzen ist das eine – die Rückführung von Wirtschaft und Gesellschaft in das jeweilige Grenzgefüge das andere. Hier sind die Gesellschaftswissenschaften gefragt. Wie soll und kann eine Gesellschaft in Grenzen gedeihlich leben, die trotz aller Bemühungen von Naturwissenschaft und Technik wesentlich enger gezogen sind, als sie bislang meinte? Das fängt an mit der Frage, wer dieses Faktum der Bevölkerung mitteilt, und es endet mit der höchst folgenreichen Umsetzung des für notwendig Erkannten. Wiederum verkenne ich nicht, dass die Gesellschaftswissenschaften von der Soziologie über die Wirtschafts- und Rechtswissenschaften bis hin zur Psychologie und anderen gelegentlich in diese Richtung wirken. Aber einen wirklichen Schub haben sie noch nicht ausgeübt. Von einer Rückkehr der Gesellschaft in die ökologischen Grenzen kann in entwickelten Ländern nirgendwo die Rede sein. Noch nicht einmal von einer Annäherung. Dazu sind noch allzu viele Fragen offen.

Ungeklärt ist beispielsweise die Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Funktionsfähigkeit unter Bedingungen wirklich nachhaltigen, soll heißen verallgemeinerungs- und zukunftsfähigen Lebens und Wirtschaftens. Dergleichen ist seit Jahrzehnten nicht mehr praktiziert worden und einschlägiges Wissen darüber wurde verschüttet. Die Politik erklärt dazu: Ohne Wachstum, also ohne Expansion, die nach Lage der Dinge beim derzeitigen und bis auf Weiteres absehbaren Wissens- und Könnensstand nur außerhalb der ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen stattfinden kann, gibt es keine hinreichenden Investitionen, keine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen, keine gute Bildung, keine wirksame Hilfe für die Armen hierzulande und in der weiten Welt, keine belastbaren sozialen Sicherungssysteme und auch keine stabile Demokratie.

Spätestens an dieser Stelle müssen in den Gesellschaftswissenschaften die Alarmglocken schrillen. Denn dieses Diktum bedeutet ja nichts anderes, als dass die Funktionsfähigkeit westlicher Demokratien und diese Demokratien selbst von einem ökologisch (und sozial) unhaltbaren Zustand abhängen und mithin äußerst prekär sind.

Die Lebenswirklichkeit bestätigt diesen Zusammenhang. Als Ende der 1970er Jahre das Wirtschaftswachstum etwas stockte, waren sich die Staats- und Regierungschefs der damals wichtigsten Industrienationen sofort darin einig, dass dies die Regierbarkeit ihrer Länder und auf mittlere Sicht auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung gefährde. Gegenwärtig könnten diese Befürchtungen ihre Bestätigung finden. Wie regierbar sind Frankreich und der ganze Süden Europas ohne Wirtschaftswachstum bzw. dessen Simulation in Form von Finanztransfers? Wie regierbar sind die Vereinigten Staaten oder Japan?

In der ersten Regierungserklärung der zu Ende gegangenen Legislaturperiode wurde dieses Dilemma trefflich beschrieben. Da heißt es zunächst über etliche Seiten, dass Wirtschaftswachstum aus einer Reihe von Gründen unverzichtbar sei, bis sich dann – kurz vor Ende des Textes – der ominöse Satz findet, es müsse in dieser Dekade gelingen, „eine Art des Wirtschaftens zu finden, die nicht mit den Grundlagen ihres eigenen Erfolges (sprich mit unserer aller Lebensgrundlagen) Raubbau treibt“. Mehr Drama ist kaum möglich: Die Art, wie wir leben, zerstört – unter Status quo-Bedingungen – die Grundlagen dieser Lebensart.

Inzwischen sind von dieser Dekade drei Jahre vergangen und es gibt nirgendwo Anzeichen, dass wir uns auf eine Lösung dieses Dilemmas zubewegen. Im Gegenteil: Dieses Dilemma wird verdrängt und was vor wenigen Jahrzehnten erst ein Thema vorzugsweise früh industrialisierter Länder war, ist heute eines der ganzen Welt.

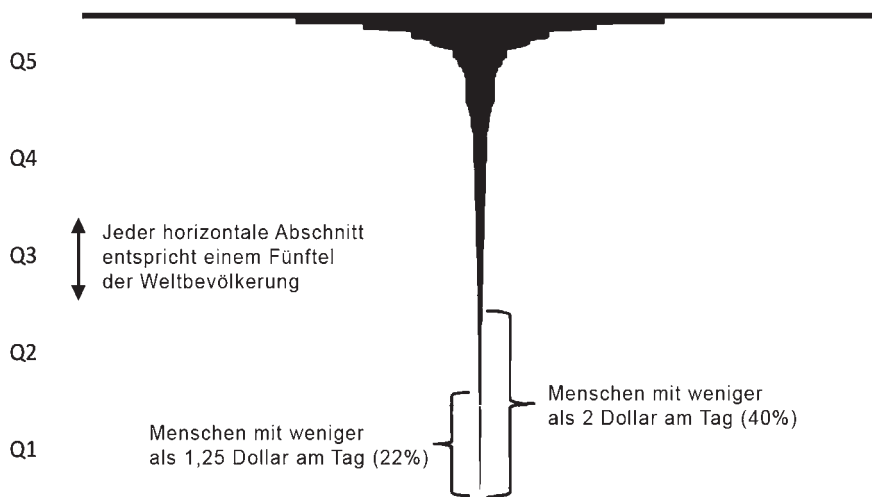
Die Gesellschaftswissenschaften sind an dieser Entwicklung nicht unbeteiligt. Während es die Naturwissenschaften zumindest in Maßen vermocht haben, die Tragfähigkeitsgrenzen zu verschieben, so dass die Erde heute mehr Menschen zu tragen vermag als noch vor ein oder zwei Generationen, ist es nur sehr bedingt gelungen, Individuen und Kollektive von teils exorbitanten Grenzüberschreitungen abzuhalten, geschweige denn, diese in die Tragfähigkeitsgrenzen zurückzuführen. Ein wesentlicher Grund: Entwickelte Gesellschaften verlören ihre Essenz oder zumindest viele ihrer lieb gewonnenen Attribute – ihre Ernährungsgewohnheiten, ihr Mobilitätsverhalten, ihre Statusdefinition – wenn sie ernsthaft ökologisch nachhaltig lebten und wirtschafteten. Das eröffnet für die Gesellschaftswissenschaften ein weites Feld, auf dem es um nichts Geringeres als um Sein oder Nichtsein der tradierten westlichen Kultur geht. Die Gesellschaftswissenschaften sind gefordert, Konzepte zu entwickeln, wie sich bei wirtschaftlichen Parametern, die sich innerhalb der ökologischen und sozialen Tragfähigkeitsgrenzen befinden, jene von der Politik angesprochenen Aufgaben bewältigen

lassen: Investitionen, Beschäftigung, gute Bildung, Hilfe für die Armen, belastbare soziale Sicherungssysteme und vieles mehr. Bisher konnte die Politik mit einigem Recht darauf verweisen, dass die Wissenschaft ja noch nicht hinreichend und in manchen Bereichen auch noch gar nicht geliefert habe. Wie sollen wir dann – so jedenfalls die Willigen unter den Politikern – die Spur verlassen, der wir seit Generationen gefolgt sind? Unsere primäre Aufgabe ist nicht, Optionen und Visionen zu entwickeln, sondern gegebenenfalls zu realisieren.

Dieser Prozess der Wiederherstellung einer Balance zwischen Ökonomie und Ökologie wird erheblich erschwert durch den Umstand extremer Ungleichverteilung materieller Güter und Lebenschancen. Während ein Fünftel der Menschheit nach wie vor vier Fünftel der globalen Güter- und Dienstmenge auf sich vereinigt und entsprechend die globalen Ver- und Entsorgungskapazitäten beansprucht, müssen 40 Prozent der Weltbevölkerung – gerechnet in Kaufkraftparitäten – mit weniger als 2 US-Dollar (1,50 Euro) pro Tag vorlieb nehmen, davon mehr als die Hälfte mit weniger als 1,25 US-Dollar (0,95 Euro). Dem deutschen Mindestlohnempfänger steht künftig voraussichtlich das mehr als Siebzigfache zur Verfügung – Abbildung 5.

Dass dies kein stabiles und noch viel weniger ein gerechtes Verteilungsschema ist, erschließt sich auf den ersten Blick. Das Wohlstandsgefälle zwischen dem wohlhabendsten und dem ärmsten Fünftel ist enorm und tendiert unter Berücksichtigung der weitgehenden Mittellosigkeit des ärmsten Zehntels der Menschheit beinahe nach unendlich.

Abb. 5 Globale Einkommensverteilung nach Bevölkerungsperzentilen 2007 in Kaufkraftparitäten und internationalen Dollar von 2005



Quelle: S. 21 in Ortiz, Isabel/Cummins, Matthew (2011), Global Inequality: Beyond the Bottom Billion. A Rapid Review of Income Distribution in 141 Countries, Unicef Working Paper, April 2011, New York, http://www.unicef.org/socialpolicy/files/Global_Inequality.pdf

In einer transparenten Welt, die in Teilen auch noch nach Globalisierung strebt, ist ein solcher Zustand ebenso wenig nachhaltig, das heißt zukunftsfähig, wie die Überschreitung der ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen. Wie kaum anders zu erwarten, haben sich die Gesellschaftswissenschaften, die ja im Wesentlichen Wissenschaften des wohlhabendsten Fünftels der Weltbevölkerung sind, auf soziale Fragen eben dieses Fünftels fokussiert. Die Aufgabenstellungen in den verbleibenden vier Fünfteln werden hingegen dem praktischen Wirken von karitativen Einrichtungen, Nichtregierungsorganisationen oder auch Individuen überlassen.

Das zeigt nicht zuletzt ein Blick auf die wissenschaftliche Literatur, die beispielsweise dem Wirtschafts- und Sozialgefälle innerhalb der früh industrialisierten Länder gewidmet ist, im Vergleich zu der eher marginalen Befassung mit dem ungleich existenzielleren Gefälle zwischen dem wohlhabendsten Fünftel, dem die Bevölkerungen der meisten früh industrialisierten Länder in Gänze angehören, und dem Rest der Welt.

Gewiss ist auch das Gefälle innerhalb des wohlhabendsten Fünftels beträchtlich und was noch mehr zu denken gibt: Es nimmt tendenziell zu. So verfügen die wohlhabendsten fünf Prozent dieses wohlhabenden Fünftels, also das wohlhabendste Hundertstel der Menschheit, nicht nur über „unendlich“ viel mehr als die ärmsten Schichten der Weltbevölkerung, sondern auch über das annähernd vierzigfache der wirtschaftlich schwächsten fünf Prozent in diesem Club der Reichen. Ein Gefälle von 1 zu 40! Das ist das Gefälle zwischen einem erfolgreichen Unternehmer und einem Hartz-IV-Empfänger. Das ist ein zweifellos steiles Gefälle, aber es ist nicht existenziell. Existenziell wird es, wenn der geschützte und alles in allem recht behagliche Raum des wohlhabendsten Fünftels – unseres Fünftels! – verlassen wird.

Das scheinen mir die beiden wichtigsten Leitplanken gesellschaftswissenschaftlicher Aktivitäten in den kommenden Jahren zu sein: Die (politische) Praxis wartet auf Konzepte, wie das Leben und Wirtschaften namentlich in den früh industrialisierten Ländern wieder auf ökologisch nachhaltige Bahnen zurückgeführt werden kann – bislang sind wir hiervon weit entfernt – und wie zugleich das beträchtliche soziale Gefälle innerhalb der wohlhabenden Völker und das monströse Gefälle zwischen diesen und der übrigen Welt abgeflacht werden kann. Die Wissenschaft hat hier eine Bringschuld. Wird sie nicht erfüllt, läuft die Gesellschaft Gefahr, so lange vor sich hin zu dümpeln, bis sie eines Tages kollabiert.

Lassen Sie mich mit einer persönlichen Anmerkung schließen: Bis zum Mai dieses Jahres hatte ich die Ehre und Last, der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ anzugehören und mehr als einmal dachte ich bei den Expertenanhörungen: Arme Politiker! Was könnt, was sollt ihr aus dem machen, was euch da geboten wird? Das ist keine Kritik an der Wissenschaft. Aber es verdeutlicht vielleicht die gewaltigen Wissens- und Erkenntnislücken, die auch im Bereich der Gesellschaftswissenschaften noch bestehen. Im Bereich der Wirtschaftswissenschaften als einer Teildisziplin wurden diese Lücken in den zurückliegenden Jahren manifest. Aber solche Lücken bestehen auch in anderen Disziplinen. Für die Schader-Stiftung gibt es also in den vor ihr und uns liegenden 25 Jahren noch viel zu tun. Wer kann, sollte dabei mitwirken.

4

Workshops

32 **Wachsende Diversität als Herausforderung für die soziale Integration?**

Prof. Dr. Peter F. Titzmann

39 **Wie kann Sozialwissenschaft heute ‚kritisch‘ sein?**

Prof. Dr. Michael Haus

45 **Welchen praktischen Herausforderungen steht der Sozialstaat gegenüber?**

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Franz-Xaver Kaufmann

51 **Welche Unternehmensverantwortung braucht unsere Gesellschaft in Zukunft?**

Prof. Dr. Wolfgang Stark

57 **Wie verändert sich die Wissenschaft durch Neue Medien?**

Prof. Dr. Christian Stegbauer



Wachsende Diversität als Herausforderung für die soziale Integration?

Impulsgeber: Prof. Dr. Peter F. Titzmann

Moderator: Prof. Dr. Franz Nick

Begleitung: Gudrun Kirchhoff

Prof. Dr. Peter F. Titzmann

Impuls zum Workshop

Eine Zunahme der Diversität in modernen Gesellschaften wird für viele Bereiche diskutiert. So wird angenommen, dass traditionelle Familienkonstellationen durch alternative Lebensweisen, Patchwork-Familien und vermehrte Familienübergänge (zum Beispiel Scheidungen) ergänzt werden, oder dass die zunehmende Flexibilisierung des Arbeitsmarktes mit einer zunehmenden sozialen Ungleichheit in der Verteilung von Jobrisiken und verschiedenen Entwicklungswegen hin zu Erwachsenenrollen einhergeht. Ein Teil der wachsenden Diversität in diesen Lebensbereichen lässt sich auch damit erklären, dass moderne Gesellschaften zunehmend aus Menschen mit verschiedenem kulturellem und ethnischem Hintergrund bestehen. Zahlen belegen diese Veränderung. So kamen nach Angaben des Bundesinnenministeriums (2011) allein zwischen 1997 und 2008 etwa neun Millionen Menschen nach Deutschland, die zusammen mit den bereits in Deutschland lebenden Migranten der ersten und zweiten Generation circa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Diese verteilen sich allerdings nicht gleichmäßig über alle Altersbereiche. Während der Anteil im Erwachsenenalter geringer als dieser Durchschnittswert ist, liegt der Anteil bei den 10 bis 20-jährigen bei 27 Prozent und bei Kindern bis zu 10 Jahren bei 33 Prozent (Statistisches Bundesamt 2010). Die in Deutschland lebenden Migranten kommen aus verschiedensten Ländern und aus unterschiedlichsten Gründen. Diese Gruppen unterscheiden sich von der deutschen Mehrheitsgesellschaft nicht nur in ihrem kulturellen oder religiösen Hintergrund, sondern auch untereinander in ihrer Wanderungsgeschichte und den Wanderungsmotiven. Dieser Diversität Rechnung zu tragen ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, wobei ich hier insbesondere zwei Aufgaben aufgreifen möchte, die sich in der Vergangenheit als zentral herausgestellt haben.

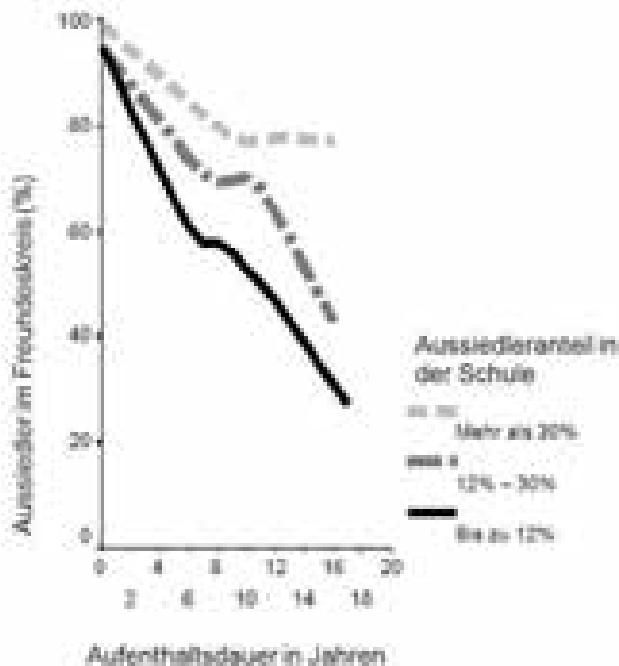
Soziale Integration und interethnische Kontakte

Man weiß seit langem, dass Kontakte und speziell Freundschaften zwischen Mitgliedern unterschiedlicher Kulturen die gegenseitigen Einstellungen verändern und Diskriminierung reduzieren können. Trotzdem zeigt sich immer wieder, dass sich Freundschaften vor allem zu anderen Jugendlichen mit einem ähnlichen kulturellen Hintergrund ausrichten. Auch wenn in den ersten Jahren nach der Einwanderung zunehmend Freundschaften zu einheimischen deutschen Jugendlichen aufgebaut werden, geben zum Beispiel jugendliche Aussiedler auch nach einigen Jahren in Deutschland immer noch an, dass 60 bis 70 Prozent ihrer Freunde ebenfalls Aussiedler sind.

Eine nachweisbare Veränderung fand sich in den Analysen nach sieben Jahren in Deutschland kaum mehr. Da sich ein ähnlicher Eigengruppenanteil auch in den Netzwerken anderer ethnischer Gruppen feststellen lässt, stellt sich die Frage, ob und wie man interethnische Freundschaften fördern kann, sind sie doch Maßstab für eine gelungene Integration.

Auf diese Fragen gibt es mehrere Antworten aus der empirischen Forschung. Es scheint, dass vor allem eine stärkere Willkommenskultur und damit einhergehende größere *Offenheit für Kontakte* wichtig ist – es muss also der Wunsch nach Kontakten bestehen, um diese dann aktiv zu verwirklichen. Gleichzeitig stellt die *neue Sprache* ein entscheidendes Kriterium dar. Nicht nur, weil sie als Werkzeug der Kommunikation dient, sondern auch, weil sie Werte und Wissen über die andere Kultur transportiert und kulturelle Barrieren überbrücken kann. Aber auch strukturelle Bedingungen können dazu beitragen, Freundschaften zwischen Migranten und Nichtmigranten zu fördern. Unsere Daten zeigen (siehe Abbildung 1), dass ein geringer *Anteil der eigenen Gruppe in der Schule* einen erheblichen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit hat, Freundschaften zu einheimischen Jugendlichen zu entwickeln. Diese Zahlen könnten zum einen dazu anregen, die kulturelle und ethnische Komposition von Schulen stärker zu steuern. Da die Möglichkeiten in diesem Bereich begrenzt sind, könnte man zum anderen über Mechanismen nachdenken, die in Schulen mit geringem Migrantenanteil interethnische Freundschaften fördern (zum Beispiel interethnische Gruppenarbeit), um ähnliche Mechanismen eventuell auch in Schulen mit höherem Migrantenanteil nutzbar zu machen.

Abb. 1 Aussiedleranteil in den Freundschaftsnetzwerken jugendlicher Aussiedler nach Aufenthaltsdauer und Aussiedleranteil in der Schule



Bildungserfolge und Übergang in die Erwerbstätigkeit

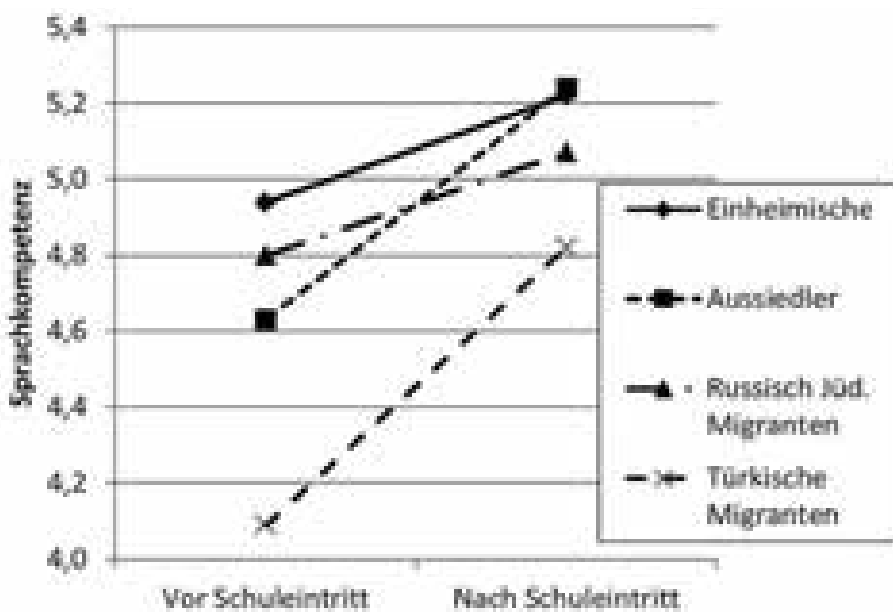
Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund weisen geringere Bildungserfolge auf als einheimische Jugendliche. Als wichtigen Grund für diesen Unterschied konnten verschiedene Studien den sozioökonomischen Hintergrund der Familien identifizieren. So haben weiterführende Analysen der PISA-Studie gezeigt, dass sich 73 Prozent der

Unterschiede in der Lesekompetenz sowie 63 Prozent der Kompetenzunterschiede in Mathematik und Naturwissenschaften zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund durch Unterschiede im sozioökonomischen Hintergrund erklären lassen. Im weiteren Bildungsverlauf bleiben Nachteile bestehen, da Jugendliche mit Migrationshintergrund länger nach Ausbildungsplätzen suchen, häufiger Übergangslösungen nutzen und insgesamt eher mit Ausbildungslosigkeit konfrontiert sind als einheimische Jugendliche.

Auch hier stellt sich die Frage, was getan werden kann, um Jugendlichen aus sozioökonomisch schwächeren Familien die Möglichkeit zu bieten, ihre Potenziale zu entfalten. Ein wichtiger Ansatzpunkt, um Chancen zu erarbeiten, sind die Bildungsinstitutionen. Unsere eigenen Untersuchungen können in diesem Zusammenhang Daten zur Einschulung liefern. Wir haben Kinder mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund in ihren Sprachfähigkeiten untersucht. Dabei ging es beispielsweise darum, ob ein Kind sich altersgerecht ausdrücken oder eine Geschichte weiter erzählen kann – egal in welcher Sprache. Ein Längsschnittvergleich vor beziehungsweise nach der Einschulung zeigte, dass gerade Kinder mit einem türkischen Hintergrund in ihren Sprachfähigkeiten stärker zunahmten als Kinder anderer Einwanderergruppen oder einheimische Kinder (Abbildung 2). Diese Zunahme konnte in den Daten durch den größeren Bildungsabstand zwischen Elternhaus und bildungsorientierter Schule erklärt werden. Vor allem Kinder aus bildungsferneren Familien können also durch die Einschulung gefördert werden und in ihren Leistungen aufschließen. Offensichtlich leisten Schulen bereits einiges für die Integration, auch wenn sie wahrscheinlich nicht in der Lage sind, Nachteile komplett zu kompensieren. Im *schulischen Bereich* wäre deshalb zu prüfen, welche Maßnahmen bereits erfolgreich eingesetzt werden und wie man diese *ausbauen* und *effektivieren* kann.

Die Kompensation sozioökonomischer Nachteile müsste wahrscheinlich schon früher ansetzen. Eine *frühkindliche Bildung* wäre gerade bei Kindern mit Migrationshintergrund angezeigt und könnte die Unterschiede, mit denen Kinder eingeschult werden, bereits vorher minimieren. In dem Zusammenhang sind Ergebnisse interessant, die belegen, dass Kinder mit Migrationshintergrund eher einen höheren Bildungsweg

Abb. 2 Sprachkompetenz



einschlagen, wenn sie im Kindergarten waren. Man müsste demnach Kindern und Jugendlichen den Zugang zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen erleichtern beziehungsweise attraktive Anreize für den Besuch dieser Einrichtungen schaffen, zumal gerade türkische Kinder sprachlich von dem Besuch einer solchen Einrichtung profitieren.

Auch für den Übergang in die Berufsausbildung lassen sich Strategien anhand bestehender Forschung formulieren, die Nachteile kompensieren helfen. Ein Feldtest hat Diskriminierungseffekte bei Bewerbern mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund festgestellt. Die identische Bewerbung erhielt weniger wahrscheinlich einen Rückruf, wenn sie mit einem türkischen als mit einem deutschen Namen versehen war. Dieser Form von *Diskriminierung* kann man durch Aufklärung, aber auch durch Sanktionen begegnen. Die Studie zeigt weitere Wege auf. So gab es keine Unterschiede zwischen einheimischen und türkischen Bewerbern mehr, wenn diese ein Referenzschreiben beigefügt hatten, in dem die persönlichen Qualitäten erläutert wurden. *Praktika* können gerade jugendlichen Migranten den Einstieg ins Berufsleben erleichtern.

Die Beispiele belegen, dass es offensichtlich nicht einen einzelnen Grund dafür gibt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund mit größeren Anforderungen konfrontiert sind, sondern dass sich Nachteile über verschiedene Altersstufen kumulieren. Eine Förderung müsste daher an den jeweiligen altersspezifischen Anforderungen und Möglichkeiten ansetzen. Darüber hinaus gibt es allgemeine Ansatzpunkte, beispielsweise die aktive Erkennung und Nutzung von sozialen Ressourcen, Zugang zu Informationen, enger Kontakt mit Vertrauten und so weiter. Diese Faktoren werden ebenfalls als wichtig erachtet und können teilweise altersunabhängig gefördert werden. Viele dieser angesprochenen Maßnahmen sind nicht auf jugendliche Immigranten beschränkt und könnten daher auch bei der Integration anderer benachteiligter Jugendlicher helfen. Dadurch könnte man die wachsende Diversität gesellschaftlich nutzen und möglichst viele Jugendliche bei der Entfaltung ihrer Potenziale unterstützen.

Referenzen

- Ammermüller, Andreas 2005: Poor background or low returns? Why immigrant students in Germany perform so poorly, in: PISA. ZEW-Discussion Paper No. 05-18. Mannheim: ZEW.
- Becker, Birgit 2010: Wer profitiert mehr vom Kindergarten?, in: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 62(1), S. 139-163. doi: 10.1007/s11577-010-0090-5.
- Beicht, Ursula / Granato, Mona 2009: Übergänge in eine berufliche Ausbildung. Geringere Chancen und schwierige Wege für junge Menschen mit Migrationshintergrund. Friedrich-Ebert-Stiftung (Ed.), WISO Diskurs, Retrieved from <http://www.bibb.de/de/52287.htm>.
- Bundesministerium des Innern (Hrsg.) 2011: Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Kaas, Leo / Manger, Christian 2010: Ethnic Discrimination in Germany's Labour Market: A Field Experiment. Bonn: IZA.
- Silbereisen, Rainer K. / Titzmann, Peter F. 2007: Peers among immigrants - Some comments on ‚Have we missed something?‘, in: Engels, Rutger C. M. E. / Kerr, Margaret / Stattin, Hakan (Hrsg.), Friends, lovers and groups: Key relationships in adolescence (pp. 155-166). New York, NY US: John Wiley & Sons Ltd.
- Spiess, Christa Katharian / Büchel, Felix / Wagner, Gert G. 2003: Children's school placement in Germany: does Kindergarten attendance matter? Early Childhood Research Quarterly, 18(2), S. 255-270. doi: [http://dx.doi.org/10.1016/S0885-2006\(03\)00023-1](http://dx.doi.org/10.1016/S0885-2006(03)00023-1).
- Statistisches Bundesamt 2010: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Stoessel, Katharina / Titzmann, Peter F. / Silbereisen, Rainer K. 2011: Children's psychosocial development following the transitions to kindergarten and school: A comparison between natives and immigrants, in: Germany. International Journal of Developmental Science, 5(1-2), S. 41-55.
- Titzmann, Peter F. / Silbereisen, R. K. (2009): Friendship homophily among ethnic German immigrants: A longitudinal comparison between recent and more experienced immigrant adolescents. Journal of Family Psychology, 23(3), S. 301-310.



Bericht

Alle Studien und statistischen Prognosen zeigen, dass durch die demographische Entwicklung und das Zuwanderungsgeschehen in Deutschland zukünftig mehr gesellschaftliche Diversität zu erwarten ist. Die größten Zuwanderergruppen in Deutschland sind Menschen aus der Türkei, vornehmlich die ehemalige Gastarbeitergeneration und ihre Nachkommen, und Aussiedler insbesondere aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, die seit Anfang der 1990er Jahre verstärkt zugewandert sind. Auf Grundlage eigener Untersuchungen zu Jugendlichen dieser beiden Gruppen sieht Professor Titzmann in seinem Impulsbeitrag die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen bei den Bildungserfolgen von Kindern und Jugendlichen und dem Aufbau interethnischer Kontakte. Aufgrund der räumlich sehr ungleichen Verteilung der Zuwanderer unterscheiden sich die Anforderungen an die Integration allerdings je nach Region.

Bildung als Schlüssel für Integration

Der Bildungserfolg gilt als ein wichtiger Maßstab für den Grad der Integration. Wenn hier auch eine tendenzielle Verbesserung zu beobachten ist, so sind die Bildungserfolge der Zuwandererkinder im Vergleich zu den einheimischen deutschen Kindern immer noch signifikant schlechter. Untersuchungen belegen jedoch, dass nicht die ethnische Zugehörigkeit den Bildungserfolg bestimmt sondern der sozioökonomische Hintergrund der Familien. Der Zugang zu Bildung und der Bildungsverlauf hängen auch maßgeblich davon ab, ob der familiäre Hintergrund eher bildungsfern oder bildungsnah ist.

Ein weiterer Bemessungsgrad für Integration sind die interethnischen Kontakte. Untersuchungen zeigen, dass diese bei Kindern und Jugendlichen im Laufe ihrer Schulbiografie zunehmen und dann auf einem bestimmten Level verharren. Je kleiner die ethnische Gruppe in einer Klasse, umso eher lösen sie sich von der eigenen Gruppe und gehen interethnische Kontakte ein. Voraussetzung für Kontakte sind die persönliche Motivation, eine gemeinsame Sprache und fördernde Strukturen.

Da nur einer von zehn Jugendlichen mit Migrationshintergrund den Aufstieg schafft, muss das Schulsystem durchlässiger werden, so die einhellige Forderung. Trotz Kritik am Schulsystem ermöglicht Schule einen Ausgleich der unterschiedlichen Voraussetzungen, sie schafft aber keine gleichen Bedingungen. Das zeigen auch Untersuchungen zum nachschulischen biografischen Verlauf. Auch bei gleichem schulischem Abschneiden haben Zuwandererkinder Nachteile beim Zugang zu Ausbildung und Beruf und durchlaufen eher Übergangssysteme. Dies deutet auf strukturelle Diskriminierungsmechanismen und eine fehlende Anerkennungs- und Willkommenskultur hin.

Integration von Anfang an

Da gesellschaftliche Ressourcen von den Migrantinnen nicht ausreichend genutzt werden, stellt sich die Frage, wie der Zugang für sie verbessert werden kann. Von den Teilneh-

menden wird hervorgehoben, dass ein Ansatz zur Verbesserung der gesellschaftlichen Teilhabemöglichkeiten im frühkindlichen Bildungsbereich liegt – in den Kindertageseinrichtungen und der Vorschule. Kinder und Jugendliche mit festgestellten Nachteilen sollen stärker individuell gefördert werden, dabei sind die Eltern und Großeltern in den Entwicklungsprozess der Kinder einzubeziehen. Grundsätzlich sollte die ältere Generation stärker berücksichtigt werden, da Bildungsarmut vererbt wird. Wichtig ist es vor allem, die Bildungsübergänge zu erleichtern, hier haben sich Patenschaften und Mentorenprogramme bewährt, insbesondere beim Übergang in Ausbildung und Beruf. Hierzu zählen auch die Unterstützung bei Bewerbungen und die Ermöglichung von Berufspraktika.

Grundsätzlich ist eine engere Kooperation der schulischen mit den außerschulischen Bildungseinrichtungen und der Jugendarbeit anzustreben, um die Bildungsperspektiven der Migrantenkinder zu verbessern. Auch die Einbeziehung der Vereine ist für den Integrationsprozess von Bedeutung, insbesondere die Sportvereine bieten einen niedrighschwelligigen Zugang. Wichtig ist ebenfalls eine differenzierte Betrachtung der unterschiedlichen Gruppen nach sozialem und kulturellem Hintergrund, Zuwanderungsbiografie und Aufenthaltsstatus, um zielorientierte und individuell passfähige Fördermodelle zu finden. Schulen sollten darüber nachdenken, soziale Netzwerke im Internet als „Türöffner“ stärker in den Schulalltag einzubeziehen.

Von einigen Teilnehmenden werden auch weitergehende Forderungen gestellt, wie ein grundsätzlich anderes Bildungs- und Beschäftigungssystem, die Abschaffung der Gymnasien und der Aufbau von Gemeinschaftsschulen. Entscheidend sind die Strukturen, denn sie selektieren. Die Themen Einbindung und Inklusion finden zwar als Debatte statt, doch real ist eine stärkere Exklusion feststellbar. Insbesondere Mittelschichtsfamilien schicken ihre Kinder verstärkt in Privatschulen und befördern somit die Selektion und Segregation.

Integrationsraum Quartier

Bei Maßnahmen zur Verbesserung der Teilhabemöglichkeiten ist das Quartier als Integrationsraum zu berücksichtigen. Integration findet vor allem auf der Ebene des Wohnbereichs, in der Nachbarschaft statt. Wohnräumliche Segregation und Gentrifizierungsprozesse erschweren jedoch den Integrationsprozess. In den Städten haben sich durch die räumliche Konzentration sozial schwacher Haushalte und von Zuwandererfamilien Quartiere herausgebildet, die die Hauptlast der Integration schultern müssen, ohne über die entsprechenden Ressourcen zu verfügen. Das Ideal des gemischten Quartiers als sozialer Stabilitätsfaktor wird durch Gentrifizierungsprozesse aufgeweicht. Als Beispiel wird das Gebiet Nordend in Frankfurt am Main genannt. Es besteht die Gefahr einer zunehmenden räumlichen Polarisierung in den Städten. Um dieser Entwicklung zu begegnen, muss bezahlbarer Wohnraum auch für sozial schwache Familien in den Quartieren gesichert und erweitert werden. Wichtige Projekte zur Stärkung des Quartiers und zur Verbesserung der Integration agieren oft unverbunden nebeneinander. Hier ist die Kooperation und Vernetzung zur besseren Nutzung von Ressourcen von zentraler Bedeutung.

Von der Integration zur Interkultur

Der Begriff Integration ist insgesamt infrage zu stellen, da er einseitig Anforderungen an die Zuwanderer formuliert und zu wenig die Aufnahmegesellschaft in den Blick nimmt. Wichtig sind daher eine Veränderung der gesellschaftlichen Perspektive hin zur Interkultur und die Betrachtung der kulturellen Diversität als Gewinn für die Gesellschaft. Der Blick muss sich von der Problemwahrnehmung hin zu einer Potenzial- und Ressourcenperspektive verschieben. Es geht um die Anerkennung von Verschiedenheit und eine inklusive Gesellschaft. Gemeinsame Erfahrungen und Verantwortungen

könnten als Brücke dienen. Darüber hinaus müssten die gesetzlichen Grundlagen verbessert werden, dazu zählen aufenthaltsrechtliche Fragen, die Anerkennung der doppelten Staatsangehörigkeit und eine Vereinfachung der Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Lebensrisiken bei Migranten größer sind als bei einheimischen Deutschen. Dies trifft auch auf „erfolgreiche Migranten“ zu. Es ist eine bessere Einbindung der Zuwanderer erforderlich, ihre Potenziale müssen stärker sichtbar und nutzbar gemacht werden. Dazu wäre unter anderem eine Forschung zu „erfolgreichen Migranten“ hilfreich, die als Rollenmodelle und Vorbilder fungieren können.



Wie kann Sozialwissenschaft heute ‚kritisch‘ sein?

Impulsgeber: Prof. Dr. Michael Haus

Moderator: Dr. Michael Hinz

Begleitung: Dr. Tobias Robischon

Prof. Dr. Michael Haus

Impuls zum Workshop

Für die Reflexion der Chancen eines sinnvollen Dialogs zwischen Sozialwissenschaften und Praxis ist die Frage nach dem „Kritischsein“ der Sozialwissenschaften ohne Zweifel von zentraler Bedeutung. Vor einigen Jahrzehnten waren Disziplinen wie die Soziologie und die Politikwissenschaft sowohl in der Selbst- als auch in der Fremdwahrnehmung stark von der Vorstellung geprägt, dass Sozialwissenschaften vor allem die Aufgaben hätten, „kritisch“ zu sein. Gerade in Deutschland war die Tradition der „Kritischen Theorie“ prägend, deren Markenzeichen es war, bereits in den Grundbegrifflichkeiten und in der Forschungsperspektive der Sozialwissenschaften Vorkehrungen zur Sicherstellung des kritischen Charakters der Erkenntnisgewinnung einzubauen. Prominent war in diesem Zusammenhang die Forderung, Gesellschaftswissenschaften sollten sich von vornherein auf das Ziel der „Emanzipation“ verpflichten. In Verbindung mit Protestbewegungen unterschiedlichster Art schien dann die *praktische Relevanz* einer sich solcherart „kritisch“ verstehenden Sozialwissenschaft augenfällig zu sein.

Freilich hatte dieser emphatische Anspruch der kritischen Aufklärung der Gesellschaft immer schon Kritiker. Letztere hielten dafür, dass es vor allem nötig sei, die Gesellschaftswissenschaften über ihre Selbstüberschätzung aufzuklären. In der Zwischenzeit hat sich die Emphase etwas gelegt, die Kritische Theorie ist wohletabliert, gleichzeitig jedoch auch weniger provokativ, vielleicht auch deshalb, weil sich heutzutage jeder anmaßt, alles Mögliche kritisieren zu sollen (Stichwort „Wutbürger“). Die Frage nach einer gelingenden Praxis der Gesellschaftskritik stellt sich damit freilich umso dringlicher und wird in den Gesellschaftswissenschaften seit einiger Zeit intensiv diskutiert. Einen wichtigen Impuls für diese Debatte war Michael Walzers Buch *The Company of Critics*, das 1988 – also im Jahr der Gründung der Schader-Stiftung – erschien. Welche Gesichtspunkte sind für das Nachdenken über eine „kritische“ Sozialwissenschaft im Dialog mit der Praxis wichtig?

Zunächst kann festgehalten werden, dass Kritik in der Regel ebenso unabdingbar wie unbeliebt ist – und möglicherweise umso unbeliebter, desto treffender sie ausfällt. Gute Kritik wird „wehtun“ und setzt eine Kompetenz der Kritikaufnahme voraus. Kritik ist nicht immer „dialogfähig“ (wobei Dialog auch nicht immer die beste Form sein muss, mit Missständen umzugehen). Wenn sie in den Dialog eingebunden sein soll, bedarf es neben eines „geschützten“ Raumes zur Artikulation von Kritik oft auch eines „ge-

schützen“ Raumes der Aufnahme von Kritik. Wenn allerdings Kritik wirkmächtig in die Öffentlichkeit getragen werden soll, setzt dies unter Umständen die Bereitschaft voraus, sich unbeliebt zu machen.

Die Frage nach der Kritikfähigkeit der Sozialwissenschaften sollte aber nicht auf ihre Fähigkeit reduziert werden, die Gesellschaft oder Bereiche davon zu kritisieren. Neben der *Gesellschaftskritik* geht es auch um *Selbstkritik* (im Sinne einer kritischen Auseinandersetzung mit der Art, wie Wissen generiert und damit zu sozialer Praxis beigetragen wird), und um *Wissenschaftskritik* (im Sinne der Öffnung für Kritik von Seiten der Praxis).

Ausgehend von diesen drei Dimensionen der Kritikfähigkeit von Sozialwissenschaft lassen sich drei „Fallen“ erkennen, die bei der (Weiter-)Entwicklung der Kritikfähigkeit vermieden werden sollten: Die Gesellschaftskritik droht, in die Falle des *Realitätsverlusts* zu geraten, wenn sie „wohlfeile Kritik“ übt, die rein normativ oder stark idealistisch auftritt und von jeglicher Verantwortung für Entscheidungen entbunden ist. Bei der Selbstkritik besteht die Gefahr, in die Falle des *Autoritätsverlusts* zu geraten: So können die kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Grundlagen und die dabei regelmäßig sichtbar werdenden Uneindeutigkeiten und Kontingenzen eine Erwartungshaltung enttäuschen, die sich „objektives“, „wertneutrales“ und „präzises“ Wissen verspricht und nur dies als „Wissenschaft“ gelten lassen will. Die Wissenschaftskritik durch die Praxis schließlich birgt die Gefahr eines *Autonomieverlustes* der Wissenschaft durch eine eng definierte „Verwertbarkeit“ von Forschung. Gerade die jüngere Diskussion macht jedoch deutlich, dass Wissenschaft Raum braucht, um sich mit Fragen, Problemen und Ideen zu befassen, deren Nutzwert noch nicht erkennbar oder nicht klar ersessbar ist.

Bei aller Verschiedenheit von Positionierungen zu dieser Frage wird man einen Konsens dahingehend konstatieren können, dass „kritisch sein“ voraussetzt, auf *Distanz zu bestehenden Machtverhältnissen* zu gehen. Insofern lassen sich die drei genannten Dimensionen auch so verstehen, dass es in jeder dieser Dimensionen darauf ankommt, sich kritisch mit Machtverhältnissen auseinanderzusetzen. Wenn es angemessen ist, dass die Deutungsmacht der Sozialwissenschaften der Kritik unterzogen wird, so muss umgekehrt auch beachtet werden, dass „die Praxis“ selbst immer eine „vermachtete“ ist. Das gilt auch für die Maßstäbe, die an die Fragen angelegt werden, mit denen sich Sozialwissenschaften und Praxis befassen: Bereits die Definition der Probleme wie auch der normativen Erwartungen (an die Sozialwissenschaften wie an die Praxis) können nicht gänzlich von Machtfragen losgelöst werden.

Abschließend seien einige zentrale Herausforderungen genannt. Eine erste wichtige Aufgabe für eine kritische Sozialwissenschaft liegt darin, sich über die Beziehungen zwischen normativen und analytischen Gehalten ihrer Forschungsaktivitäten klarer zu werden. Dabei sollte in den Blick genommen werden, worin der spezifische Beitrag von Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern zur Praxis der Gesellschaftskritik liegt. Gesellschaftskritik wird nämlich auch von Künstlern, Philosophen, Journalisten und so weiter praktiziert. Die Bestimmung der Rolle der Sozialwissenschaft in der Gesellschaftskritik bedarf dabei selbst des Dialogs mit der Praxis der Gesellschaftskritik. Es wäre in diesem Zusammenhang sinnvoll, über die „Intellektualitätstauglichkeit“ der Sozialwissenschaften nachzudenken, insofern Intellektuelle traditionell eine besondere Rolle als Gesellschaftskritiker gespielt haben. Dies mag heute nicht mehr so sein, aber bestimmte intellektuelle Tugenden wie etwa die Fähigkeit der Rückbindung von Wissen an einen geteilten kulturellen Hintergrund oder die Bereitschaft, sich mit einer Einschätzung zu exponieren, dürften immer noch von zentraler Bedeutung sein. Diese Tugenden werden durch die Karrierestrukturen im heutigen Wissenschaftssystem nicht eben gefördert.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, dass eine machtdistanzierte Sozialwissenschaft mit bestimmten Paradoxien zurechtkommen muss:

- erstens mit der *Unsichtbarkeit von Macht*, insofern als Macht gerade dann besonders tiefenwirksam ist, wo sie sich nicht in manifesten Konflikten zeigt, sondern deren Entstehen verhindert – auf der anderen Seite aber die Abwesenheit von Konflikten auch auf der stillschweigenden Zustimmung der Betroffenen beruhen kann;
- zweitens der *Unbeliebtheit von Kontingenz*, insofern Sozialwissenschaft dann besonders gute Erklärungen zu liefern scheint, wenn sie zeigen kann, dass die soziale Praxis notwendigerweise so funktioniert, wie sie funktioniert, während eine derart „erfolgreiche“ Kausalanalyse mit Blick auf Veränderungspotentiale geradezu lähmend wirken muss;
- drittens der *Uneindeutigkeit von Problemen und Interessen*, das heißt dem Umstand, dass Machtfragen immer stärker schon bei der Definition von Problemen und Interessen eine Rolle spielen; dies hat zur Folge, dass die Sozialwissenschaften Machteffekte nicht mehr als Behinderung einer vorab definierten „guten Lösung“ im Sinne des „Gemeinwohls“ analysieren und kritisieren können; der Fokus verschiebt sich auf die soziale Konstruktion von Problemen und die Suche nach Lösungen.



Bericht

Wie normativ soll Sozialwissenschaft sein?

Es ist äußerst zweifelhaft, die heutige Sozialwissenschaft kritisch zu nennen: Wir als Sozialwissenschaftler sind viel zu affirmativ, stellt ein Teilnehmer zu Beginn fest. Eine kritische Sozialwissenschaft benötigt nicht nur Distanz zu politischer Macht, sondern vor allem Distanz zu den innerwissenschaftlichen Machtverhältnissen, wird ergänzt. Gegenwärtig ist eine Retraditionalisierung der Gesellschaftswissenschaft zu erleben. Sie beschränkt sich auf das Feststellen gesellschaftlicher Tatbestände, ist an deren Bewertung oder an Lösungsansätzen jedoch nicht interessiert. Damit kapituliert die Sozialwissenschaft im normativen Bereich. Im Gegensatz zu den Implikationen der Eingangsthese, so ein Diskussionsbeitrag, ist es wissenschaftlich durchaus möglich, Bewertungsmaßstäbe zu erarbeiten. Entscheidend ist dabei die normative Brauchbarkeit. Benötigt wird empirische Forschung, die untersucht, ob ein Handeln nach bestimmten Wertmaßstäben tatsächlich die Folgen zeitigt, die das wertorientierte Handeln erreichen will.

Die Kritikfähigkeit von Sozialwissenschaft hängt, so ein weiterer Hinweis, auch von der Verfasstheit der Wissenschaft selbst ab. Diese prämiert den Monolog, nicht aber den Dialog. Die Frage ist daher, wie die Sozialwissenschaften auf institutioneller Ebene umstrukturiert werden müssen, um Begegnungen und Dialog zu ermöglichen.

Braucht kritische Sozialwissenschaft große Gesellschaftsentwürfe?

Wenn Sozialwissenschaft hier und heute kritisch sein soll, braucht es „große Entwürfe“. Die aber sind heutzutage kein Thema für die Sozialwissenschaft. In den 1960er und 1970er Jahren wurde es noch als Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften verstanden, solche gesellschaftlichen Entwürfe zu produzieren. Mit Blick auf Europa kann es heute die Aufgabe von Sozialwissenschaft sein, einer visionslosen Politik aufzuhelfen. Wissenschaftliche Einzelwerke, die in der Vergangenheit für die wissenschaftliche Gesellschaftskritik besonders wichtig waren, entstehen im aktuellen Wissenschaftsbetrieb aber kaum noch. Allerdings, so ein Einwand, muss auch das Verhältnis von Machtdistanz und Kritik genauer gefasst werden: Die Frage ist letztlich, wie Verantwortung einzulösen ist.

Am augenfälligsten beim Vergleich der heutigen Lage mit der Situation der 1970er Jahre ist der Umstand, dass die Selbstverständlichkeit eines möglichen Andersseins verloren gegangen ist. Die Erinnerung an gute alte „kritische“ Zeiten führt jedoch leicht dazu, heutige Gegenbewegungen zu übersehen. Bei diesen stehen die Frage des Einzelnen „Wie kann ich mich verhalten?“ und der Versuch, im Kleinen mit Veränderungen zu beginnen, im Mittelpunkt. Für kritische Bewegungen sind Sozialwissenschaften dann wichtig, wenn sie deren Argumente im Rahmen der eigenen Aktivitäten nutzen können. Verallgemeinert gesprochen gilt, dass Gesellschaftswissenschaften für die Praxis insbesondere dann relevant werden, wenn sie dazu beitragen, die Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln zu überbrücken.

Allerdings haben die kritischen Diskussionen der 1970er Jahre, so eine Vermutung, die Praxis wenig verändert. Polemisch ausgedrückt: Heute erforschen die Sozialwissenschaften mit großem Aufwand, was man schon immer gewusst hat. Der Vorteil besteht nur darin, dass man es heute besser belegen kann. Dem wird entgegengehalten, welcher großen Einfluss beispielsweise Niklas Luhmann für das Bild der Gesellschaft von sich selber hatte: Die Denkfigur des auf sich selbst bezogenen, von seiner Umwelt abgeschlossenen und allein nach seinen eigenen Regeln funktionierenden Systems ist heute allgegenwärtig.

Die Wende der Sozialwissenschaften hat zwei Gründe, wird als Erklärung angeboten: Zum einen haben die Gesellschaftstheorien der Sozialwissenschaften die heutige Situation nicht im Ansatz getroffen, zum anderen ist das wissenschaftstheoretische Grundverständnis wesentlich komplexer geworden. Angesichts dieser völlig neuen Herausforderungen konzentriert man sich in der Sozialwissenschaft auf das, was man kann. Dies ist eine kleinteilige, aber nicht normativ überhöhte Forschung.

Jeder sollte die Sprache der Sozialwissenschaften verstehen können?

Die Sozialwissenschaften haben eine eigene Sprache, doch um in einen Dialog mit der Praxis treten zu können, müssen sie sich so ausdrücken, dass es für andere verständlich ist. Der Mangel einer gemeinsamen sprachlichen Ebene mit anderen ist eines der Hauptprobleme der Sozialwissenschaften. Da nicht eindeutig abzugrenzen ist, wer dem Bereich Praxis zuzuordnen ist, sollte die Sprache der Wissenschaft im Prinzip für jeden verständlich sein. Ein weiteres Hindernis besteht darin, dass die Probleme der „normalen“ Bürger in den Diskursen der Wissenschaft nicht enthalten sind. Aus einer politischen Sichtweise wird ergänzt, dass ein Dialog zwischen Sozialwissenschaften und Praxis dann sinnvoll ist, wenn es darum geht, Probleme zu definieren, oder wenn der Dialog zeitlich in einer Phase der Problembestimmung geführt wird.

Kritische Sozialwissenschaft ist selbstkritisch

Als weitere These wird formuliert, dass wahrhaft kritische Sozialwissenschaft offen über ihr Nicht-Wissen und ihr Nicht-Wissen-Können spricht. Es ist eine Krankheit der Sozialwissenschaften, entweder banale Empirie oder aber empirisch nicht überprüfbare Theorie zu produzieren. Statt sich auf den Standpunkt zurückzuziehen, die theoretisch interessanten Phänomene ließen sich eben nur schwer operationalisieren, sollten einerseits die empirisch beobachteten Mechanismen theoretisch stärker aufgearbeitet und andererseits beispielsweise ökonomische Zusammenhänge empirisch detaillierter aufgeschlüsselt werden.

Wenn die Sozialwissenschaft die Auffassung ernst nimmt, soziale Realitäten seien sozial gemacht, so muss sie auch dazu bereit sein, diese sozialen Konstruktionen zu bewerten. Dem wird widersprochen: Es kommt darauf an, das Bewusstsein der Kontingenz gesellschaftlicher Wirklichkeit zu stärken. Dazu kann auch empirische Forschung beitragen, die – oft in Form qualitativ-induktiver Entdeckungsforschung – andere Lesarten von Wirklichkeit deutlich macht.

In Deutschland fehlt es an öffentlichen Intellektuellen, im Gegensatz etwa zu Frankreich. Grund dafür sind die sehr affirmativ agierenden deutschen Medien. Öffentliche Debatten werden daher nur noch innerhalb der politischen Mitte geführt. Der Wunsch nach großen, öffentlichen Intellektuellen ist anachronistisch, so die Gegenthese. Die Figur des öffentlichen Intellektuellen steht für eine unkritische Haltung der Wissenschaft gegenüber sich selbst, da diese öffentliche Figur nicht gerade zu Zweifeln an der Autorität ihrer eigenen Aussagen einlädt. Ein Idealbeispiel einer wissenschaftskritischen Gesellschaftswissenschaftlerin war Elinor Ostrom, die in ihrem Werk theoretisch begründet und anhand empirischer Beispiele untermauert zeigte, dass unter

bestimmten Bedingungen eine kollektive Verwaltung von Gemeingütern (Allmenden oder „commons“) möglich ist. Damit widersprach sie der herrschenden Meinung, dies sei systematisch unmöglich („tragedy of the commons“).

Kritische Sozialwissenschaft ist kreativ-entdeckend

Professor Haus hält als Konsens fest, dass die Verselbständigungstendenz in der Sozialwissenschaft problematisiert und ein schlichter Positivismus abgelehnt wird. Kritische Sozialwissenschaft soll kreativ-entdeckend angelegt und besser sichtbar sein.

Es gibt aber auch Dissens: So stimmt Professor Haus dem Ökonomisierungs-narrativ nicht zu, mit dem die Veränderungen in den Sozialwissenschaften beschrieben werden. Die gestiegene Bedeutung der „peer-reviewed journals“ ist vielmehr eine Folge gewachsener Komplexität des Faches und eines damit korrespondierenden Wunschs nach Standardisierung. Die Kritik an der mangelnden Verständlichkeit der Sozialwissenschaften für die Praxis kann er nicht nachvollziehen. Er verweist als Beispiel auf YouTube und die dort zahlreich verfügbaren Filme mit und über Niklas Luhmann, die klar und verständlich seien.

Aus der Diskussion ergeben sich für die Sozialwissenschaft zwei Fragen. Zum ersten: Auf welche Weise schreiben sich normative Perspektiven in praktisches Handeln ein und zu welchen Handlungsergebnissen führt dies? Die zweite Frage ist die nach dem Verhältnis zur Praxis: Wird sie als Kooperationspartner oder als Beobachtungsgegenstand verstanden?



Welchen praktischen Herausforderungen steht der Sozialstaat gegenüber?

Impulsgeber: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Franz-Xaver Kaufmann

Moderator: Dr. Thomas Windmann

Begleitung: Verena Fries

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Franz-Xaver Kaufmann

Impuls zum Workshop

1. „Die wichtigsten Ziele des ‚Sozialstaats‘ sind: Hilfe gegen Not und Armut und menschenwürdiges Existenzminimum für jedermann; mehr Gleichheit durch den Abbau von Wohlstandsdifferenzen und die Kontrolle von Abhängigkeitsverhältnissen, mehr Sicherheit gegenüber den ‚Wechselfällen des Lebens‘, und schließlich wirtschaftliche Verhältnisse, die eine allgemeine Wohlstandsteilhabe ermöglichen.“¹
2. Soziale Teilhabe als sozialwissenschaftlicher Leitbegriff der Sozialpolitik lässt sich in vier Dimensionen operationalisieren: Rechte, Ressourcen, Gelegenheiten und Kompetenzen.²
3. Die politischen Auseinandersetzungen beschränken sich in der Regel auf die Dimensionen von Recht und Geld, deren Verteilung sich politisch am leichtesten steuern lässt. Die Hauptursachen sozialer Ungleichheit liegen heute jedoch in den Dimensionen Gelegenheit (zum Beispiel Zutritt zu qualifizierten sozialen Diensten) und Kompetenzen (zum Beispiel die digitale Spaltung der Gesellschaft).
4. Die größtmöglichen Erträge sozialer Aufwendungen versprechen Interventionen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen. Die Sicherung eines ordentlichen Erwerbs der deutschen Sprache bis zum Schulbeginn ist die unerlässliche Voraussetzung, um kumulierenden Benachteiligungen vorzubeugen. Investitionen in frühkindliche Förderung und Kompensation schulischer Defizite versprechen eine bessere Entwicklung der Humanvermögen als Voraussetzung volkswirtschaftlicher Produktivität. Sie reduzieren aber auch die Aufwendungen zum Unterhalt derjenigen, die aufgrund fehlender Kompetenzen keine dauerhafte Arbeit finden.
5. In Deutschland wird jedoch die Bildungspolitik häufig nicht zur Sozialpolitik gezählt und theoretisch und praktisch vernachlässigt, weil sie nicht Aufgabe des Bundes, sondern der Länder ist.
6. Unter Verteilungsgesichtspunkten stellt das demographische Kippen der Generationenbalance den absehbaren Hauptkonfliktpunkt im Sozialstaat dar. In den 1990er Jahren hat der Anteil der 60- und Mehrjährigen denjenigen der unter 20-Jährigen überholt, und die Schere öffnet sich bis circa 2050 immer deutlicher. In den kommenden zwei Jahrzehnten steigt der Anteil der 60-Jährigen im Verhältnis zu den 20- bis 60-Jährigen unter einigermaßen realistischen Annahmen um nahezu 50 Prozent. Das ist vor allem auf das Ausscheiden der Babyboomer-Generationen (circa 1950-1970) aus dem Erwerbsleben zurückzuführen, verbunden mit einem erneuten rasanten Geburtenrückgang zwischen 1990 und 2006.

7. Bezogen auf die Renten- und Pflegeversicherung, aber auch auf die Leistungen für Beamte, welche die öffentlichen Haushalte noch weit stärker belasten, ist das wahrscheinlichste Szenario eine zunehmende Belastung der erwerbstätigen Generationen, weil es politisch schwieriger erscheint, die Leistungen für die Alten zu reduzieren oder die Lebensarbeitszeit substantiell zu verlängern. Nur eine solche Verlängerung würde aber den Verteilungskonflikt in handhabbaren Grenzen halten.
8. Im sozialstaatlichen Verteilungssystem Deutschlands werden die Kinderlosen nach wie vor erheblich bevorteilt. Wer zwei oder mehr Kinder aufzieht, kann bei normalen Einkommensgrößen kaum mehr „riestern“. Die Investitionen der Familien in das Humanvermögen ihrer Kinder werden kaum anerkannt.³
9. Was die Politik zur Nachwuchssicherung betrifft, so muss vor allzu großen Erfolgserwartungen gewarnt werden. Die Steigerung der Kohortenfertilität um fünf bis zehn Prozent wäre schon ein schöner Erfolg. Mit Rücksicht sowohl auf vorherrschende Neigungen junger Frauen als auch die Bedürfnisse des Arbeitsmarkts führt an einer politischen Präferenz für Kombinationen von Familien- und Erwerbstätigkeit wohl kein Weg vorbei.
10. Aussichtsreicher als eine Politik der Geburtenförderung ist eine Politik der Förderung der einmal geborenen Kinder, was aber vor allem auf Länderebene zu leisten wäre.
11. Eine erhebliche Herausforderung des Sozialstaats stellt der aus demographischen Gründen sehr erwünschte Zustrom ausländischer Arbeitskräfte dar. Untersuchungen zeigen allerdings, dass die Kosten-/Nutzenbalance im Durchschnitt nur für diejenigen Zuwanderer positiv ist, die sich dauerhaft in der Bundesrepublik niederlassen. Hier stellt sich das Problem der sozialen Teilhabe in aller Schärfe dar. Neben der besonderen Förderung der Kinder und Jugendlichen stellt sich hier das Problem einer selektiven Zuwanderungspolitik und insbesondere des Spracherwerbs für die Zuwanderer einschließlich der Ehefrauen.
12. Die hier vorgetragenen Thesen richten sich überwiegend auf Probleme, die nur schwer auf die politische Tagesordnung zu bringen sind und in der aktuellen Praxis leicht von anderen, zumal finanziellen Problemen oder Kompetenzstreitigkeiten überlagert werden. Die demographischen Veränderungen sind jedoch fundamental und entfalten ihre Wucht erst allmählich, der Nachwuchsmangel an Lehrlingen ist erst der Anfang. Dass die Politik sie nach Möglichkeit ignoriert oder verharmlost, ist vielleicht die schwerste praktische Herausforderung des Sozialstaats.

¹ Zacher, Hans F.: Das soziale Staatsziel. Zuerst in: Handbuch des Staatsrechts, hg. von J. Isensee und P. Kirchhof; hier nach Hans F. Zacher: Abhandlungen zum Sozialrecht II, hg. v. U. Becker und F. Ruland. Heidelberg 2008, S. 3-127, Zitat S. 21 f.

² Kaufmann, Franz-Xaver: Sozialpolitik und Sozialstaat – Soziologische Analysen. 3. Aufl. Wiesbaden 2009, S. 88 ff.

³ Kaufmann, Franz-Xaver: Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Frankfurt am Main 2005., S. 193 ff.



Bericht

Bildung als zentraler Ansatzpunkt und besondere Problematik des Föderalismus

Professor Kaufmann beschreibt in seinem Impuls das Bildungswesen als die zentrale Institution, an der Verbesserungen unbedingt notwendig sind. Im Umgang mit dem demographischen Wandel muss es Ziel sein, nicht die Fertilitätsrate zu erhöhen, sondern die Kinder, die es bereits gibt, besser zu qualifizieren, sodass sich ihre menschlichen Potenziale, ihre Anlagen zu Kompetenzen entwickeln können. Wenn sie kompetent sind, sind sie in der Lage, dies zum Nutzen der Gesellschaft einzusetzen. Deutschland ist eines der Länder, das große soziale Ungleichheiten in den Leistungen der Schüler aufweist und dessen Schulsystem am wenigsten in der Lage ist, die Benachteiligungen, die sich aus den Sozialstrukturen ergeben, zu kompensieren. Das zentrale Problem ist, dass das Bildungswesen in Deutschland Ländersache ist. Die Bedeutung des Föderalismus für die bestehenden Schwierigkeiten darf nicht unterschätzt werden. Auf Bundesebene, wo ein gewisser finanzieller Spielraum besteht, spielen Bildungs- und Schulpolitik kaum eine Rolle, denn aufgrund des Kooperationsverbots ist dem Bund untersagt, sich auf Länderebene an der Bildungsfinanzierung zu beteiligen. Der Bund hat also überhaupt keine direkte Eingriffsmöglichkeit auf schulische und vorschulische Bildungsfragen. An dieser föderalen Zuständigkeitsverteilung ist in den gerade beendeten Koalitionsverhandlungen nichts geändert worden. Die Länder, die noch über einen finanziellen Spielraum verfügen, haben sichergestellt, dass diese alte Regelung bestehen bleibt. Deshalb kann der Bund nur „Betoninvestitionen“ im Bildungsbereich subventionieren, aber weder Dienstleistungen noch Personal fördern. Eine Mobilisierung der Bevölkerung zugunsten von Bildungsausgaben macht in den finanzschwachen Ländern jedoch keinen Sinn, da diese an der Schuldenbremse und an der Überlast von sozialen Ausgaben im politischen Prozess scheitern. Deshalb gibt es nicht nur Unterschiede in den Herkunftsfamilien und den Leistungen der Schüler, sondern auch große Unterschiede zwischen den „reichen“ süddeutschen und den „armen“ Ländern, was die Qualität der Bildung angeht. Einer der Teilnehmenden sieht die föderalen Strukturen nicht als die entscheidende Ebene für die Diskussion, zumal das Nachdenken über eine Finanzverfassung in der Koalitionsvereinbarung verschoben wurde.

Sozialpolitik ist nicht nur eine Frage der Finanzierung

Sozialpolitik wird in der öffentlichen Debatte auf Recht und Geld reduziert. Die eigentlichen Defizite des Systems aber liegen im Bereich der Chancen zur Kompetenzentwicklung. Als gefährlich wird es bezeichnet, die Diskussionen in der Sozialpolitik nur über das Thema Geld zu führen, weil es neben Transferleistungen andere politische Instrumente gibt. So ist immer auch die Frage zu stellen: Wie kann in Zukunft Leistungsaustausch über Gegenaustausch organisiert werden? Zivilgesellschaftliches Engagement und Ehrenamt – gerade im Hinblick auf veränderte Altersstrukturen – sind dabei ein besonders wichtiges Thema. Gerade ältere Menschen mit viel freier Zeit und eventuell auch ökonomischen Ressourcen sollen soziales Engagement zeigen, besonders an Stellen, wo der Bedarf groß ist – in Schulen, bei jungen Absolventen am Übergang in den Beruf. Die Diskussion auf den finanziellen Aspekt zu beschränken, reicht

nicht aus. Diese Sichtweise wird bestätigt. Opportunitäten und Kompetenzen sind genauso Merkmale unserer Lebenslage und müssten demnach genauso Dimensionen sozialpolitischer Intervention sein, was aber wegen der Struktur des Systems kaum der Fall ist. Das wiederum führt zu dem Punkt, dass Schulen die entscheidende Front sind, an der politisch anzusetzen ist. Man braucht wahrscheinlich ein Schulverständnis, in dem es, neben Lehrern, mindestens drei weitere Personen benötigt: Schulpsychologe, Schulsozialarbeiter und Community Worker. Hierzu ist es sinnvoll, das unmittelbare Umfeld einzelner Schulen für diese zu interessieren. Es wird die Frage gestellt, welche Art von Bildung es an den Schulen zu fördern gelte. Bildung und nachhaltige Entwicklung werden als basal erachtet. Es muss darum gehen, das Bewusstsein der einzelnen Person zu stärken, damit sie in der Lage ist, die Verantwortung für ihre Umwelt zu tragen, ohne die Probleme immer nur an die Politik zu delegieren. Zivilgesellschaftliches Engagement – Benachteiligte zu unterstützen – kann an Schulen, außerhalb der Schule oder auch am Arbeitsplatz stattfinden. Es gibt sehr große Ressourcen, die an der Basis aktiviert werden müssen. Die Schule muss als ein Ort in der Gemeinde gesehen werden, an dem es sich zu vernetzen gilt. Das wird als ein Thema genannt, zu welchem die Schader-Stiftung sehr viel Gutes beitragen kann.

Braucht es einen Paradigmenwechsel im Denken und in der Politik?

Einem Teilnehmenden stellt sich die grundsätzliche Frage: Was müsste passieren, um den Paradigmenwechsel im Denken und in der Politik auf Länder- und Bundesebene voranzubringen? – Besonders wenn man bedenkt, dass die Investitionen in die jungen Generationen die effizientesten sind, denn sie bringen die höchste Rendite und reparieren die Schäden, die durch Folgekosten unzureichender Bildung verursacht werden. Diese Kosten überschreiten bei weitem die Bildungsinvestitionen. Das ist, wird angemerkt, allgemein bekannt. Wie wahrscheinlich ist es, dass die Politik zu diesem Wechsel bereit ist, wenn man die Anspruchshaltung einer Wählerschaft beachtet, deren Anteil, der sich ins höhere Alter verschiebt, immer größer wird? Wenn man zudem bedenkt, dass eher Ältere wählen gehen als Jüngere, dann stoßen wir auf ein Problem. Dies setzt ein radikales Umdenken der Politik voraus, welches erfordern würde, sich gegen die Mehrheit der Wählerschaft zu richten. Wie kann man damit umgehen?

Gegen diese Befürchtungen sprechen empirische Studien, so die Gegenrede des Impulsgebers. Ältere Wähler sind nicht konsequent im Verfolgen ihrer Interessen – das ist das Wählermodell, das Politiker im Kopf haben. Diese passen ihr Handeln solchen Vorstellungen an, die nicht den Vorstellungen der Wählerschaft entsprechen. Gerade alte Menschen haben Verständnis dafür – eventuell als Generation der Nachkriegszeit – auch zurückstecken zu müssen. Der angesprochene Determinismus besteht also nicht im Verhalten der Wählerschaft, sondern in den Köpfen der Politiker. Die Frage muss also lauten: Wie kann man das Denken der Politiker umorientieren? Ein Teilnehmer ergänzt, dass man nicht von den Politikern als einem homogenen Kollektiv sprechen kann. Es gibt durchaus bestimmte politische Lager, die Sozialpolitik in erster Linie unter dem Gesichtspunkt von Kosten und Belastung sehen und dabei auf der anderen Seite die Synergieeffekte, die möglichen positiven Entwicklungen von Sozialpolitik auf die Wirtschaftspolitik, auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit – das neue Paradigma der Social Investment Strategy – außer Acht lassen. Wenn dieser Gedanke in den Köpfen der Politiker Platz greift, dass Sozialpolitik und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit keinen grundsätzlichen Gegensatz bedeuten, sondern dass es auch positive Verstärkungseffekte geben kann, dann ist schon viel gewonnen.

Die Einwanderungspolitik muss überdacht werden

Eine weitere Herausforderung für den deutschen Sozialstaat wird in der Einwanderungspolitik Deutschlands gesehen, deren Ausrichtung in den vergangenen Jahrzehnten als restriktiv bezeichnet werden kann. Es gelingt auch heute noch nicht, die Anziehungskraft Deutschlands für Hochqualifizierte zu verbessern. Als positives Bei-

spiel wird hier die Schweiz genannt, die es besser versteht, Hochqualifizierte aus dem Ausland anzuwerben. Die Frage der Einwanderungspolitik ist nicht nur eine finanzielle Frage, sondern insbesondere eine Frage der Strukturflexibilität, der sozialen Flexibilität, der Opportunitäten.

Einer der Teilnehmenden stellt bezugnehmend auf den Vortrag am Vormittag und hinsichtlich der Verteilung von Einkommen und Lebenschancen die Frage, ob nicht in Mitteleuropa und Nordeuropa in den nächsten 15 bis 35 Jahren die gleichen Effekte in ganz anderen Dimensionen auftreten, die derzeit an der Südkante Europas (Lampedusa) zu beobachten sind. Muss Deutschland sich auf eine massive Zuwanderung einstellen? Zu hinterfragen ist, inwieweit diese sozialpolitische Fragestellung schon heute angegangen werden sollte: Was tun wir und was können wir tun?

Wie kann der Sozialstaat in einen Wachstumspakt integriert werden?

Die ökonomischen Voraussetzungen werden bei der Diskussion um Sozialpolitik außen vor gelassen. Im Wesentlichen geht es immer um Verteilung und die Optimierung der Verteilung. Dabei wird die ökonomische Basis des Sozialstaats nicht hinterfragt. Bei der Fragestellung handelt es sich darum, sozialpolitisch relevante Themen mit in einen Wirtschaftswachstumspakt aufzunehmen – dies spielte bei den aktuellen Koalitionsverhandlungen im Bund überhaupt keine Rolle. Der deutsche Sozialstaat hat in dreierlei Hinsicht ein Problem, was die ökonomische Basis angeht: 1. Die Finanzierung wirkt als Bremse für Beschäftigung und mittelbar auch als Bremse für Wachstum. 2. Der Sozialstaat neigt in einigen Feldern dazu, die Grenzen der Belastbarkeit der Wirtschaft zu sehr zu testen, wenn nicht zu überschreiten. 3. Der Verdrängungseffekt: Die Finanzierung der Sozialpolitik besteht zum Großteil aus Beiträgen, die als Abgaben akzeptiert werden. Aber alle anderen Politikfelder, wie Bildung und viele andere, die für Social Investment erforderlich wären, werden aus Steuermitteln bezahlt. Die Finanzierung dieser Sozialen Investitionen müsste über sichtbare und unpopuläre Steuererhöhungen abgedeckt werden. Das ist politisch allerdings sehr schwer bis nicht durchsetzbar. Die Finanzierung dieses Sozialstaats hat Verdrängungseffekte in Bezug auf alle anderen finanzaufwändigen Politikfelder und torpediert alle Empfehlungen für mehr Bildung, mehr Integration, Integrationsförderung und so weiter. Der Sozialstaat, wie er derzeit angelegt ist, ist in dieser Hinsicht ein Problem – kein Förderer.

Die Sozialstaatsfinanzierung bremst das Wachstum, aber hat Sozialstaatlichkeit nicht auch produktivitätsfördernde Aspekte? Als zentraler Aspekt wird der „social investment state“ genannt. Der Wert der Sozialpolitik wurde nie adäquat verkauft. Beispielsweise hatte die Arbeitszeit-Verkürzung auf bis zu acht Stunden am Tag, entgegen der Befürchtungen von Unternehmern, Produktivitätssteigerungen zur Folge. Der sich bereits jetzt abzeichnende Mangel an qualifiziertem Nachwuchs wird das Wirtschaftswachstum mindestens genauso beeinflussen wie Sozialausgaben.

Die Relevanz von Arbeitsprozessen für die Funktionalität des Sozialstaats

Im Sozialstaat werden Leistungen in erster Linie in Form von Arbeit erbracht. Man muss in der Diskussion wegkommen von der Ausgabenseite und diese Arbeitsprozesse in den Blick nehmen, so die vorherrschende Meinung. Es stellt sich die Frage, wie diese Arbeitsprozesse gestaltet sind. Sind sie effektiv? Müssen sie optimiert und an die Bedarfe angepasst werden? Wann ist ein Ziel erreicht? Muss man vielleicht die Logik der eigenen Systeme aufbrechen? Man hat sich in der Benachteiligung „gut eingerichtet“. Es geht immer um Bündelung und Zusammenarbeit der Kräfte innerhalb der Kommunen. Wenn es verschiedene Partner gibt, dann muss es eine gemeinsame Sprache geben – hier wird ein Feld gesehen, in dem die Stiftung tätig werden kann. Ministerien sprechen eine andere Sprache als Unternehmen oder als Schulen, sollen aber eng kooperieren. Solange für die einzelnen Organisationen keine anderen Zielzuschreibungen als die eigenen Erfolgskriterien



festgesetzt werden, bleiben die Zusammenarbeit und das Erreichen eines gemeinsamen Ziels weiterhin problematisch – alle beteiligten Organisationen verfolgen ein eigenes Interesse. Braucht man eventuell mehr Zwang zur Kooperation?

Als Beispiel wird die Rütli-Schule in Berlin genannt, in deren Umkreis es eine Vielzahl von Projekten gibt, mit denen die beteiligten Akteure prägnante Ziele verfolgen. Die Ergebnisse dieser Projekte allerdings sind wenig positiv, so ein Teilnehmer. Seine Idee, wie solche Projekte möglicherweise erfolgreicher gestaltet werden können, ist, alle Akteure an einem Tisch zu versammeln und zu fragen, was die Zielsetzungen sind. Wie kann man gemeinsam Probleme lösen? Was kann man besser machen? Wer bringt welche Kompetenzen in die Zusammenarbeit mit? Gleichzeitig geht es darum, mit den Geldgebern in Kontakt zu treten und gemeinsam festzulegen, welche Mittel zur Verfügung stehen und wo diese hinfließen sollen. Eine konkrete gemeinsame Zielsetzung ist Voraussetzung, um Indikatoren zu setzen.

Aufgabe der Stiftung kann es sein, modellhaft ein Problem auszuwählen und dieses zu analysieren. Wer sind die Beteiligten, welche finanziellen Mittel stehen zur Verfügung, was ist der Effekt, was der Erfolg und was kann man besser machen – das sind die zu hinterfragenden Aspekte. Dann soll die Stiftung mit den Akteuren diskutieren und Indikatoren und Zielsetzungen formulieren.

Professor Kaufmann hält fest, dass die Schwäche des Denkens darin liegt, dass man meint, man müsse nur von einem Zustand A zu einem Zustand B kommen und das Problem sei gelöst, sobald Zustand B erreicht ist. Die Idee, dass politische Systeme lernende Systeme sind, wurde bereits vor etwa 30 Jahren diskutiert. Die Möglichkeit, diese Lernfähigkeit und Flexibilität zu steigern, scheint in Deutschland mit einem hohen Grad der Verrechtlichung und dem Glauben an das Recht als dem eigentlichen Ordnungsfaktor der Gesellschaft beschnitten. *„Nur wenn man die vier Dimensionen – Recht, Geld, Gelegenheiten und Kompetenzen – gleichzeitig beurteilt, kommt man zu einer Vision, die für ein sozialpolitisches Leitbild geeignet sein kann.“*



Welche Unternehmensverantwortung braucht unsere Gesellschaft in Zukunft?

Impulsgeber: Prof. Dr. Wolfgang Stark

Moderatorin: Vera de Wendt

Begleitung: Dr. Kirsten Mensch

Prof. Dr. Wolfgang Stark

Impuls zum Workshop

These 1: Unternehmensverantwortung ist strategisch kaum verankert: sie wird kurzfristig bewertet, muss aber langfristig gedacht werden

Unternehmen sind sich zunehmend bewusst, dass sie heute und in Zukunft nach ihrem Beitrag zur gesellschaftlichen Entwicklung und ihrer Verantwortung gegenüber den hier relevanten Stakeholdern bewertet werden. Sie reagieren mit vielfältigen Projekten sowie Unterstützung durch Sach- und Geldmittel. Unternehmensverantwortung existiert jedoch strategisch gesehen bislang lediglich als Idee mit zahlreichen, thematisch und organisatorisch weitgehend unverbundenen Umsetzungsbeispielen. Obwohl das Ziel und die Notwendigkeit einer ethisch reflektierten, werteorientierten Unternehmensführung als gesellschaftspolitisch entscheidend für den mittel- bis langfristigen Unternehmenserfolg betrachtet werden kann, sind systemorientierte Instrumentarien und eine systematische Erfassung von Erfolgsmustern jenseits einzelner Best Practice-Beispiele kaum entwickelt. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die kurzfristigen Maßstäbe, nach denen Unternehmen durch die Politik und das Finanzsystem bewertet werden, die eher langfristige Logik gesellschaftlicher Verantwortung kaum bedienen.

These 2: Unternehmensverantwortung muss das gesamte Bild in den Blick nehmen und eine Politik des Krisenmanagements überwinden

Das Verantwortungsprinzip in einer globalisierten Gesellschaft muss alle Akteure gesellschaftlicher Verantwortung in den Blick nehmen. Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen bestimmt daher die Beziehung neu:

- zu den Produkten und Dienstleistungen, zu deren sozial und ökologisch verträglicher Produktion ebenso wie deren Rolle und Bedeutung für das Gemeinwohl,
- zu den Bürgern, die – nicht nur als Konsumenten betrachtet – ihre Rolle und Gestaltungsmöglichkeiten in einer „marktwirtschaftlich geprägten Zivilgesellschaft“ erkennen müssen, sowie
- zu den öffentlichen und/oder politischen Institutionen, die aktiv eine Balance zwischen Deregulierung und Regulierung herstellen müssen.

These 3: Unternehmensverantwortung: vom Nullsummenspiel zur Koproduktion von Gemeinwohl

Während immer mehr Unternehmen ihre soziale Verantwortung teilweise praktizieren oder sich zumindest diesem Thema annähern, machen Lobbyisten und Funktionäre

daraus eine Politik zwischen Deregulierung und Einführung neuer Regeln: Unternehmerverbände verlangen steuerliche und arbeitsmarktpolitische Zugeständnisse als Voraussetzung dafür, diesem Thema den Stellenwert einzuräumen, den er etwa in England, USA, Kanada und Asien schon längst hat. Gewerkschaften sehen die historische Chance, Forderungen nach Mitbestimmung und Arbeitnehmerrechten neu zu verpacken. Die Parteipolitik macht daraus eine Grundsatzdebatte, die vor allem durch ihre Ferne zur Praxis besticht. Letztlich werden deregulierte Verhältnisse mit CSR-Projekten überschminkt; die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen bleibt dabei auf der Strecke.

Erst in jüngerer Zeit wird Corporate Social Responsibility (CSR) und Corporate Citizenship (CC) nicht nur als „business case“, sondern auch als „society case“ diskutiert. Die Unternehmensstrategie trägt damit nicht nur den Erwartungen von Anteilseignern und Anlegern, sondern auch dem Gemeinwohl und tatsächlichen und potentiellen Kunden Rechnung.

These 4: Unternehmensverantwortung im Widerspruch: jenseits von Legitimation und Kontrolle

Die aktuelle gesellschaftswissenschaftliche und praktische Debatte um die soziale Verantwortung von Unternehmen beschränkt sich selbst auf legitimatorische oder marketingbezogene Fragen: Der weit überwiegende Teil der bisherigen Berichte und Arbeiten konzentriert sich auf Fragen, weshalb CSR/CC für heutige Unternehmen wichtig ist oder sein sollte (Legitimation), wie sehr oder wie wenig CSR/CC in verschiedenen Ländern, Regionen, Branchen verbreitet ist (Bestandsaufnahme; Best Practice), oder wie die CSR/CC-Aktivitäten und -Erfahrungen am besten aktuelle oder potentielle Kundengruppen anziehen und in entsprechenden Berichten zur Nachhaltigkeit oder „social responsibility“ dargestellt werden („accountability“).

Die Rede von gesellschaftlicher Verantwortung wird zudem in den letzten Jahren immer häufiger korrumpiert: Im globalisierten Wettbewerb stehen stolz dargestellte vereinzelte Engagementprojekte nicht selten bruchlos neben deregulierten und nicht-akzeptablen Arbeitsverhältnissen oder Umweltsünden oder etwa neben der gezielten Umgehung des Werbeverbots in Schulen und Kindergärten.

These 5: Gesellschaftlich verantwortliche Unternehmen sind bereit zur Kooperation und Koproduktion auf Augenhöhe

Das Potential einer zivilgesellschaftlich gestaltenden gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen ist kaum erkannt und noch weniger ausgeschöpft: bisherige CC-Aktivitäten kratzen gerade mal an der Oberfläche neuer Geschäfts- und Entwicklungsmöglichkeiten, bei denen die kapitalistische Marktwirtschaft nicht nur als soziales Nullsummenspiel begriffen wird, bei dem es nur „Sieger oder Verlierer“ gibt. Gesellschaftliche und soziale Interessen (Gemeinwohl) und erfolgreiche Geschäfte (Gewinn) sind unter dem Blickwinkel nicht unvereinbar, sondern können sich gegenseitig stützen und fördern, wenn die Bereitschaft wächst, dass alle Akteure das Gesamtbild in den Blick nehmen und auf Augenhöhe agieren.

Unternehmensverantwortung kann langfristig nur als soziales gesellschaftliches Projekt oder Systemaufgabe begriffen werden. Dazu müssen sich die jeweiligen Systeme öffnen. Dies ist aber gerade hinsichtlich strategischer Neuausrichtungen die höchste Herausforderung.

These 6: Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen als Entwicklung von Unternehmenskultur

Soziale Verantwortung von Unternehmen und soziales Engagement von Management und Mitarbeiterschaft muss mehr sein als ein „business case“ im Sinne traditionellen

strategischen Managements; diese Haltung der Verantwortung nicht nur gegenüber den Shareholdern, sondern auch gegenüber Gesellschaft und Umwelt gehört in die Kultur des Unternehmens. Daher

- werden Qualitätskriterien für CC/CSR benötigt, die einer werteorientierten Analyse der Unternehmenskultur und der Ermöglichung eines Benchmarkings dienlich sind und die gesellschaftliche Verantwortung von CSR-Aktivitäten selbst sicherstellen,
- ist die Analyse der Erfolgsmuster kooperativer Ansätze und Projekte, die gesellschaftliche Herausforderungen regional und überregional angehen, zentral,
- sind Steuerungsinstrumentarien für den Bereich der Unternehmenskultur und der regionalen Engagementkultur zu entwickeln, die die erforderlichen Lernprozesse in und zwischen Unternehmen gemeinsam mit den Akteuren aus der Region anregen und Innovationen auf der Basis differenzierter sozialer und ökologischer Schlüsselqualifikationen bei Mitarbeitern und Führungskräften ermöglichen,
- werden regionale und überregionale Netzwerke verschiedener Akteure und eine funktionierende „network governance“ entscheidend sein für eine innovative und nachhaltige Unternehmensstrategie mit gesellschaftlicher Verantwortung.

These 7: Herausforderung Unternehmens- und Engagementkultur

Unternehmensverantwortung kann als Katalysator für organisatorische und gesellschaftliche Veränderungsprozesse dienen: Sie kann sowohl interne Strukturen und Unternehmenskulturen als auch regionale Engagementkulturen gestalten, ohne sie vorher zu determinieren.

Wird soziale Verantwortung nur in den Führungsetagen diskutiert oder gar „von oben“ verordnet, so hat CSR/CC nur wenig Innovationspotential und bleibt auf der legitimatorischen Ebene hängen. Beteiligung, Lernen und Innovation ist Ergebnis der Schaffung einer entsprechenden Unternehmenskultur: Durch den Einbezug möglichst vieler Mitarbeiter können Lernprozesse vor allem im Bereich der zukünftig bedeutsamen sozialen Kompetenzen angestoßen werden.

Innovationsförderliche Entscheidungsprozesse in Organisationen brauchen die Sicherheit und Stabilität von „shared values“ / „shared knowledge“ ebenso wie die spielerische Instabilität der Improvisation und des Experiments.

Die Entwicklung einer Engagement- und Verantwortungskultur sollte bereits in den Ausbildungsinstitutionen (Hochschulen) beginnen und praktisch erfahrbar sein. Die vom Hochschulnetzwerk „Bildung durch Verantwortung“ formulierten Grundsätze der gesellschaftlichen Verantwortung von Hochschulen führen zu praxisorientierten Lehrformaten wie „Service Learning“ und der Entwicklung von sozialen Innovationen bereits an der Hochschule.

These 8: Corporate Social Innovation als Koproduktion und gegenseitiges Lernen

Wirklich interessant wird der Verantwortungsdiskurs für die Unternehmens- und Gesellschaftsentwicklung jedoch erst dann, wenn sich darüber auch neue Ideen, Geschäftsmodelle oder Managementformen entwickeln lassen. Gesellschaftliche Verantwortung kann mehr sein als Wohltätigkeit oder ein klassischer „business case“, wenn Unternehmen und soziale Institutionen gemeinsam den Schritt von der sozialen Verantwortung von Unternehmen zur Koproduktion im Sinne von „corporate social innovation“ (CSI) und Social Entrepreneurship wagen. Erfolgreiches CSI erfordert dann jedoch die Risiko- und Veränderungsbereitschaft aller Akteure.



Bericht

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen

Die Stichworte „Corporate Social Responsibility“ und „Corporate Citizenship“ fallen in den letzten Jahren vermehrt sowohl in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften als auch in Unternehmens- und Managementkreisen. Die Stichworte suggerieren eine gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen, die sich sowohl darauf beziehen kann, auf welche Art und Weise die Unternehmen Gewinne erzielen, als auch darauf, ob und wie Unternehmen Gewinne für gemeinwohlfördernde Projekte etwa am Unternehmenssitz verwenden. Die Frage, welche Unternehmensverantwortung unsere Gesellschaft in Zukunft braucht, erscheint in der Diskussion im Workshop umso relevanter, nachdem Meinhard Miegel im morgendlichen Keynote-Vortrag eine andere Art des Wirtschaftens anmahnte, nämlich eine, die nicht auf grenzenlose Maximierung von Produkten und Gewinnen setzt, sondern nachhaltigen Wohlstand ermöglicht, ohne die ökologischen Tragfähigkeitsgrenzen der Erde zu überschreiten.

Kurzfristige Gewinnorientierung gegen langfristiges Verantwortungsdenken

Unternehmensverantwortung muss eigentlich langfristig gedacht werden, wird aber kurzfristig bewertet. So lautet eine der Thesen des Impulsgebers. In drastischen Worten bestätigt dies ein Teilnehmer der Runde, der langjährige Erfahrungen als Unternehmer und Vorstand aufweist: Die Unternehmen unterliegen, ihm zufolge, zu häufig einer „völlig überzogenen, auf kurzfristige Ökonomisierung ausgerichteten Unternehmensführung amerikanischen Stils“. Das lässt die Forderung nach der Zunahme einer gelebten, mit Taten unterfütterten Unternehmensverantwortung unrealistisch wirken. Die Frage steht im Raum: Kann es ein „Zurück“ zum „guten Unternehmertum“ geben, wie es in den familiengeprägten Unternehmensstrukturen früher häufig vorkam? In kleineren Betrieben, etwa einer Handwerkerfirma mit 15 Mitarbeitern, findet sich das gewünschte „gute Unternehmertum“ auch noch heute, lautet eine Antwort aus der Runde.

Zugleich wird konstatiert, dass früher auch große Unternehmen familiäre Strukturen aufwiesen. In den 1960er und 1970er Jahren, so zeigt sich in einem kurzen Bericht über ein großes Traditionsunternehmen, verhielt sich die Firmenspitze gemeinwohlverträglich sowohl gegenüber den eigenen Mitarbeitern, als auch in ihren gesellschaftlichen Aktivitäten außerhalb des Betriebs. Mit den 1980er Jahren trat eine Änderung ein. Einerseits suchte die Belegschaft nicht mehr nach gemeinsamen geselligen Anlässen, andererseits strich die Führungsebene aufgrund finanzieller Erwägungen nach und nach soziale Aktionen des Unternehmens.

Zwei Gründe für diese Veränderung lassen sich erschließen:

- eine gesellschaftliche Entwicklung, die die Beschäftigten nicht mehr im Verbund mit Kollegen, sondern außerhalb der Arbeitszusammenhänge nach Erfüllung suchen lässt,

- das Anwachsen einer „Ideologie“ an den Universitäten, die die Gemeinwohlverträglichkeit des Unternehmens mit jedem Jahrgang, der von den Universitäten in das Unternehmen eintrat, mehr und mehr zerstörte.

Die Unternehmenskultur änderte sich somit tiefgreifend.

Die Rolle der Bildung

Die Rolle der Hochschulen wird in mehreren Beiträgen in der Diskussionsrunde hervorgehoben. Sie sind es, die die künftige Führungsriege der Unternehmen ausbilden und damit eine Mitverantwortung tragen. Sie sollten statt einer, in der Runde als Ideologie gebrandmarkten, allein auf kurzfristige Gewinne orientierten Betriebswirtschaftslehre einen Ansatz lehren, der die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen beherzigt. Nicht nur die Manager, auch die Beschäftigten unterhalb der Führungsetage der Unternehmen müssen in den Blick genommen werden. Aus einem Wohnungsunternehmen mit mehreren hundert Beschäftigten berichtet ein Teilnehmer, wie schwer es dem dortigen Personal zu vermitteln ist, kundenfreundliche, längere Öffnungszeiten anzubieten – obwohl der Vorteil für die eigene Kundschaft auf der Hand liegt. Wie soll es dann mit Themen gehen, die weiter entfernt von dem Erfahrungsfeld der Mitarbeiter liegen als die eigenen Kunden? Sind diese den eigenen Mitarbeitern vermittelbar?

Hier lässt sich das Stichwort „Bildungsverantwortung von Unternehmen“ anschließen. Noch liegen zu wenig Forschungsergebnisse vor, um zu beurteilen, inwieweit Unternehmen Bildungsverantwortung sehen und umsetzen. Die Weiterbildungsakademien großer Unternehmen, so eine Einschätzung, weisen eine gute Qualität auf, die durchaus über der von Einrichtungen außerhalb der Unternehmen liegt. Allerdings, lässt ein Einwurf verlauten, sollte man auch die Kehrseite von „In-House-Seminaren“ sehen: Sie verhindern den wünschenswerten gesellschaftlichen Dialog, weil man dabei nur unter seinesgleichen lernt.

Wirkungen von Nachhaltigkeitsberichten und Zertifizierungen

Die Runde ist sich uneins über die Rolle von Nachhaltigkeitsberichten. Diese formulieren oftmals auf Hochglanzseiten die ökologischen und sozialen Errungenschaften eines Unternehmens. Ist das letztlich nur ein Marketinggag? Oder kann man der Gegenmeinung folgen, die eine Wirkung dieser Berichte auf die Unternehmensleitung aufzeigt: Wie eine „self fulfilling prophecy“ wirkt ein geschriebener Bericht bei der weiteren Führung des Betriebs. Wenn man sich rühmt, besonders sorgsam zum Beispiel im Umgang mit der Menge verbrauchten Wassers zu sein, entwickelt sich daraus leicht ein Anreiz, sich in diesem Bereich weiter zu verbessern. Ähnliches kann für Zertifizierungsprozesse gelten.

Gemäß einer skeptischen Prognose zur gesellschaftlichen Verantwortungsübernahme von Unternehmen führen Zertifizierungen und Berichte verstärkt dazu, dass sich die Corporate Social Responsibility auf berechenbare, monetär messbare Bereiche konzentriert, wie Umweltschutz und Ressourceneinsparung. Andere Felder hingegen fallen heraus. Um dies zu verhindern und die gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von Unternehmen generell zu fördern, ist weitere politische Regulierung vonnöten.

Im Einzelnen fragt die anschließende Diskussion:

- Wie lässt sich der gewünschte Prozess hin zu mehr gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme durch Unternehmen politisch fördern?
- Wie ist dem scheinbaren Reflex von Wirtschaftsverbänden entgegenzuwirken, in jeder Änderung eine Gefahr für das freie Unternehmertum zu erahnen?
- Wie kann man Branchen in die Pflicht nehmen, Standards für gutes Unternehmertum zu definieren?

Eine optimistischere Sicht dazu betont, dass Institutionen wie Nachhaltigkeitsberichte und weitere politisch gesetzte Anreizstrukturen die Abkehr vom Leitbild des ehrbaren Kaufmanns ein Stück weit zurückzudrängen vermögen. Offenkundig handelt es sich dabei um einen Prozess, der wie jeder Prozess Zeit braucht. Die Frage bleibt, ob dieser Wandel zurück zu einem gemeinwohl- und umweltverträglichen Wirtschaften schnell genug vonstattengehen wird: Die mahnenden Worte des Keynote-Speakers Professor Miegel klingen im Workshop noch nach.

Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Unternehmen

Die Debatte im Workshop spitzt sich auf die Frage zu: Muss die Gesellschaft Verantwortung für die Unternehmen übernehmen? Oder: *Was muss die Gesellschaft für Unternehmen tun, damit Unternehmen etwas für die Gesellschaft tun?*

Eine Antwort aus der Runde darauf fällt eindeutig aus: Der Wandel geht nur von unten. Gemeint sind die Bürgerinnen und Bürger, die Druck auf Unternehmen ausüben müssen, um die notwendige grundsätzliche Veränderung im unternehmerischen Selbstverständnis zu bewirken. Sonst bleibt es bei „netten Schulprojekten“, die durchaus ehrenhaft und gut sein mögen, aber an den ökonomischen Strukturen und Befangenheiten nichts ändern. Seitens der Politik, so die Fortführung dieses Gedankens, ist nicht viel zu erwarten. Der politische Diskurs bleibt zu oft bei dem Verweis auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und der Wirtschaftskraft stecken. Die Politik traut sich nicht, tiefgehende und spürbare Veränderungen durch strenge Regulierungen etwa hinsichtlich ökologischer Ansprüche des Wirtschaftens durchzusetzen. Wenn man auf einen Wandel von unten setzt, muss indes enttäuschen, dass selbst gravierende Ereignisse beziehungsweise die Veröffentlichung von erschütternden Erkenntnissen es nicht vermögen, die Bürgerinnen und Bürger ausreichend zu „wecken“, um sozialen Druck auszuüben. Weder die Brandkatastrophe in einer Bekleidungsfabrik in Bangladesch noch die durch die Medien ziehenden Informationen darüber, wie stark deutsche Universitäten mit ihren Forschungen in Waffenproduktionen involviert sind, haben eine entsprechende Wirkung auf Seiten der Zivilgesellschaft gezeitigt.

Eine weitere Antwort auf die Frage, was die Gesellschaft für Unternehmen tun muss, damit diese etwas für die Gesellschaft tun, appelliert an die Zivilcourage der einzelnen Mitarbeiter in Unternehmen. Diese müssten sich für gemeinwohlverträgliche Unternehmensstrategien stark machen. Im Zusammenhang damit kann man die nach der Diskussion naheliegende Forderung an eine veränderte Ausbildung an den Universitäten und Hochschulen sehen. Deren Ziel muss sein, keine Absolventen mehr von der Universität in die Berufstätigkeit zu entsenden, denen der Blick auf das Gemeinwohl verloren gegangen ist. Im Gegenteil: Die Studierenden sollen ihr jeweiliges Fachgebiet an der Universität so kennen lernen, dass sie es sofort gemeinwohlfördernd anwenden können. Ein entsprechendes Lehrkonzept namens „Service Learning“ macht vor, wie das funktionieren kann.

Weiterhin gilt es, Beispiele guten, nachhaltigen und sozial verträglichen Unternehmertums, die es durchaus gibt, stärker hervorzuheben. Auch die Forschung könnte hier mehr leisten. Wir sollten, so der Aufruf in der Runde, die „zarten Pflänzchen der Änderung“ wahrnehmen und wertschätzen.



Digitale Medien in den Sozialwissenschaften: Wie verändert sich die Wissenschaft durch Neue Medien?

Impulsgeber: Prof. Dr. Christian Stegbauer

Moderator: Dr. Patrick Honecker

Begleitung: Peter Lonitz

Prof. Dr. Christian Stegbauer

Impuls zum Workshop

Die technischen Möglichkeiten des Internets haben eine Reihe von Veränderungen in der Wissenschaft angestoßen. Grob lassen sich die Bereiche der Wirksamkeit in Produktion, Vermittlung und Präsentation von Wissenschaft und deren Ergebnisse einteilen. Im Workshop wird der Fokus auf die Präsentation von Wissenschaft in Neuen Medien gerichtet.

Präsentation von Wissenschaft im Internet und ihre Folgen

Neben den Veränderungen hinsichtlich der Produktion und der Vermittlung von Wissenschaft finden sich weitere Neuerungen, die durch das Internet befördert werden. Es geht um die Präsentation von Wissenschaft in den Online-Medien. Hier findet sich der Schwerpunkt des Workshops. Man kann sagen, dass die Präsentation Tendenzen zu einer „verbesserten“ gegenseitigen Beobachtung und einer Erhöhung des Konkurrenzdrucks verstärkt. Die Internetpräsenzen machen aber nicht nur die Arbeit der Anderen durchsichtiger, sie verstärken auch bereits vorhandene Ungleichheiten.

Erhöhung der Konkurrenzwahrnehmung und des Konkurrenzdrucks

Gegenseitige Beobachtung wird durch Datenbanken, etwa Scholar-Google, oder dem Social Science Citation Index und der Nutzung von Networkingsites (Xing, LinkedIn) und Wissenschaftsnetworkingsites (zum Beispiel ResearchGate) erleichtert. Sicherlich werden hierdurch auch die Zugänglichkeit von Wissenschaft und die Recherchemöglichkeiten verbessert, aber eben auch als „Nebeneffekt“ die Ungleichheit verstärkt. Mechanismen hierfür sind aus der Netzwerkforschung bekannt und haben ihre Ursache in kognitiven und zeitlichen Beschränkungen. Die geringen Barrieren des Internets, so die Hypothese dieses Zweigs der Netzwerkforschung, sind mitverantwortlich für eine Verstärkung von Ungleichheit. Stichworte hierzu sind: „Power Law“ für die ungleiche Verteilung von Verweisen und „Preferential Attachment“ als Erklärung für das Zustandekommen der Ungleichheiten (Barabasi/Albert (1999), siehe auch Robert K. Merton (1968): „Matthäus-Effekt“).

Ein wichtiger Faktor ist die Transparenz von Zitationen und Versuche der Messung von Reputation, etwa über Scholar-Google, oder die zunehmende Bedeutung des Impacts der Veröffentlichungsorgane. Am Ball zu bleiben wird durch „Soziale Medien“, etwa Networking Sites oder Blogging und Mikroblogging, erleichtert. Der Orientierungshilfe für den Wissenschaftler durch solche Medien angesichts der Ausdifferenzierung der Fachgebiete und der hohen Menge an produzierten Texten steht eine noch stärkere Konzentration auf „einflussreiche“ oder „einschlägige“ Veröffentlichungen gegenüber. Hier entsteht eine Konzentration der Aufmerksamkeit auf einige Wenige. Deren Veröffentlichungen werden als wichtiger erachtet. Diese geben den Ton an. Das Gewicht des Arguments und damit die Möglichkeiten gleichwertig zu konkurrieren werden hierdurch erschwert.

Freie Publikation im Internet oder Beibehaltung der Traditionen?

Das Internet beherbergt die technische Möglichkeit, eine freie, schnellere und kostengünstigere Zugänglichkeit zur Literatur zu generieren. Zwar finden sich auch in den Sozialwissenschaften frei zugängliche Online-Zeitschriften, die Zeitschriften mit hoher Reputation erscheinen jedoch immer noch bei den bekannten Wissenschaftsverlagen. Das ist einerseits erstaunlich, weil der Inhalt von Zeitschriften in der Regel vom Wissenschaftssystem nicht nur erzeugt, sondern auch ausgewählt und begutachtet wird. Die hohen Preise, welche die Verlage erzielen, entziehen dem Wissenschaftssystem (unnötig) Mittel, wobei gleichzeitig doppelt bezahlt wird (einmal für die Erzeugung der Wissenschaft, in Form von Forschungsgeldern und Einkommen für die in der Wissenschaft Tätigen und dann nochmals für den Zugang zu den daraus entstandenen Veröffentlichungen).

Es wäre naiv zu glauben, die technischen Möglichkeiten alleine könnten einen Wandel einleiten. Die Bewertungssysteme und der Bedeutungsgewinn von Versuchen, auch wissenschaftliche Leistungen messbar zu machen, stehen einer Neuorganisation des Veröffentlichungswesens entgegen. Hier sind es nicht nur die Messung von Impact-Faktoren und das Zählen von Zitation, die bedeutend sind, auch hochschulpolitische Entscheidungen, etwa eine Leistungskomponente in den Gehältern der Professorinnen und Professoren einzuführen und auf eine nachvollziehbare Grundlage zu stellen, können als eine Barriere für eine andere Organisation des Veröffentlichungswesens angesehen werden (An der Goethe-Universität in Frankfurt werden die Veröffentlichungen in A-, B- und C-Veröffentlichungen eingeteilt. A-Veröffentlichungen sind in der Regel meist in amerikanischen Zeitschriften).

Neue Zeitschriften, die nur über das Internet verbreitet werden, haben nur eine geringe Chance, in die Erste Liga aufzusteigen (gleichwohl gibt es in der Biologie und Chemie Beispiele dafür).

Diskussionsfragen

Was sind die Vor-, was die Nachteile für eine erhöhte Transparenz der Konkurrenz untereinander? Soll Konkurrenz in der Wissenschaft transparenter werden? Wie wird Leistung gemessen? Kann man Leistung durch die Repräsentation von wissenschaftlichen Arbeiten im Internet (Datenbanken) tatsächlich messen oder führen die Indikatoren in die Irre? Führen einheitliche Bewertungsmaßstäbe zu einem Verlust der Bedeutung der eigenen Wissenschaftskultur: Anpassung an andere Forschungstraditionen, um in Journalen mit hohem Impact-Faktor veröffentlichen zu können, Vereinheitlichung der Wissenschaftssprache, Bedeutungsverlust von Buchveröffentlichungen?

Wäre die Etablierung von neuen Zeitschriften (allgemein zugänglich) wünschenswert? Wo liegen Hindernisse? Welches wären Vorteile? Wie könnte man ein „neues“ Veröffentlichungssystem durchsetzen?

Wie können wir unter diesen Umständen als Wissenschaftler dazu beitragen, auf die Präsentation von Wissenschaft Einfluss zu nehmen? Was wären Ziele, an denen wir uns orientieren sollten?

Gibt es „zwangsläufige“ Entwicklungen oder sind diese beeinflussbar?

Literatur

Barabási, Albert-László / Albert, Réka 1999: Emergence of Scaling in Random Networks, in: Science 286 (5439), S. 509-512.

Merton, Robert K. 1968: The Matthew Effect, in: Science: The reward and communication systems of science are considered, in: Science 159 (3810), S. 56-63.



Bericht

Vermittlung und Präsentation von Wissenschaft im Internet

Die zunehmende Orientierung auf die Online-Medien wird als grundlegende Veränderung in der Präsentation und Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse gesehen. Neben verbesserten Recherche- und Zugangsmöglichkeiten zu den Ergebnissen wissenschaftlicher Produktion ist durch die größer gewordene Transparenz auch ein erhöhter Konkurrenzdruck unter Wissenschaftlern spürbar.

Von großer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Auswahl des Veröffentlichungsorgans. Dabei verstärkt die Veröffentlichung in einflussreicheren, zumeist amerikanischen Publikationen die Wertschätzung des Autors. Es besteht ein Zitationsgefälle: Artikel werden je nach Bedeutung und Reputation der sie publizierenden Fachzeitschriften unterschiedlich bewertet. Mit den neu hinzukommenden Online-Medien entstehen neue Ungleichheiten, die die wissenschaftliche Community diskutiert.

Die Bedeutung von Bewertungsmaßstäben im Vergleich der freien Online-Veröffentlichungen und traditioneller Zeitschriftenbeiträge setzt an der Frage an: *Ist die Etablierung von allgemein zugänglichen wissenschaftlichen Veröffentlichungen in Online-Medien wünschenswert?*

Diese Frage zielt auf die Hemmnisse und Vorteile des „neuen“ Veröffentlichungssystems. Als positiv werten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Internationalisierung der Produktion und den damit verbundenen Professionalisierungsschub.

Zwar sind die Voraussetzungen für schnelle und kostengünstige Veröffentlichungen im Internet rein technisch gegeben, aber das Maß der Reputation entwickelt sich mit den Veröffentlichungen in Zeitschriften renommierter Fachverlage. Es gibt insgesamt wenige Online-Zeitschriften in den Sozialwissenschaften. Im Unterschied zu den Naturwissenschaften haben in den Sozialwissenschaften neue Internet-Zeitschriften geringe Chancen, auf der Reputationskala aufzusteigen.

Veröffentlichungen von wissenschaftlichen Artikeln in Internetforen mit kostenfreiem Zugang sind einfach zu handhaben, aber, so die These, bei Veröffentlichungen in Neuen Medien wie Facebook, Twitter oder Xing droht Reputationsverlust. Kostenfreier Zugang, Open Access zum Beispiel, zu interdisziplinären Foren bedeutet keinen Automatismus für die Auswirkung auf eine höhere Leistungsbewertung. Es bedarf eines entsprechenden Know-hows, gerade auch von Gesellschaftswissenschaftlern, um die gewünschte Wirkung einer von anderen anerkannten Publikation zu erzielen. Denn, so das Beispiel einer Teilnehmerin, es muss bei der Überlegung, ob eine Promotion als Buch oder online veröffentlicht wird, die Frage im Mittelpunkt stehen, wie die gewünschte Zielgruppe erreicht wird.

Im Zusammenhang mit der Publikation wissenschaftlicher Ergebnisse in Flyern, Broschüren oder Filmen stellt sich die Frage: Welche Zielgruppe will ich mit der Veröffentlichung „abholen“? Die Buchproduktion ist teurer und aufwendiger als eine niederschwellige Online-Publikation. Entsprechend wird die Frage gestellt: Wo bewegen sich Wissenschaftler? Suchen sie den Austausch in Foren?

Bei einer Veröffentlichung in bestimmten Zeitschriften bekannter Fachverlage zahlt das Wissenschaftssystem neben der Produktion der wissenschaftlichen Erkenntnisse nochmals für den Zugang zu den daraus entstandenen Veröffentlichungen, die käuflich zu erwerben sind. Eine Teilnehmerin verteidigt deshalb Open Access.

Mitzudenken sind auch die Ansprüche der Drittmittelgeber an Publikationen. Angesichts der Gefahr, dass die Publikation eines Forschungsvorhabens vernachlässigt wird, kann eine Open Access-Veröffentlichung hilfreich sein.

Durch Neue Medien eigens für Wissenschaftler und Open Access-Veröffentlichungen kann die Distanz zwischen Laien-Kommunikation und professioneller Kommunikation verkleinert werden. Es bedarf einer Effizienzsteigerung der innerwissenschaftlichen Kommunikation, mehr Kommunikation der Online-Medien, nicht nur „eingedampft für den Samstagnachmittag“, so ein Teilnehmer. Denn, so die Überlegung, es müssen Wege zu einer vernünftigen Kenntnisnahme und Bearbeitung der globalisierten Informationsströme gefunden werden.

Am Beispiel der Gestaltungsqualität wird ein Defizit der Neuen Medien deutlich. Bei Buchprojekten wird ein hoher Wert auf die Ausgestaltung der Publikation, beziehungsweise der einzelnen Sammelbeiträge gelegt.

Vermittlung von wissenschaftlichen Ergebnissen in die politische Praxis

Das zentrale Problem bei der Vermittlung von wissenschaftlichen Ergebnissen in die politische Praxis liegt in der Person des Vermittlers. Welcher Vertreter aus welcher Disziplin kann vermitteln? Man stellt sich hier die Frage nach der Wirkung von wissenschaftlichen Veröffentlichungen in der politischen Praxis. Wie kommt es in der Politik an? Was wird von den Ergebnissen angenommen? Positiv bewertet werden interdisziplinäre Ansätze oder die Transparenz in der Darstellung komplexer Themen. Hingegen wird die Bewertung Neuer Medien als Quelle der Politikberatung kontrovers beurteilt.

Wissenschaft und Öffentlichkeit

Beim Dialog mit der Praxis wie mit der Öffentlichkeit, so ein Hinweis, stellt sich die Frage nach dem wissenschaftlichen Nutzen ein Hemmnis. Geht es für den Lehrenden noch darum, die beruflichen Chancen seiner Studierenden zu verbessern, besteht für den Forschenden wenig Interesse, Artikel in Publikumszeitschriften zu verfassen.

Wie können Wissenschaftler auf die Präsentation von Wissenschaft Einfluss nehmen? Nach wie vor, so wird festgestellt, sollte sich die wissenschaftliche Forschung auch an den Anforderungen aus der Praxis orientieren. Einen Beitrag hierzu können Zeitschriften mit hohem Impact-Faktor leisten. Wissenschaftstransfer sollte sich an den jeweiligen Zielgruppen orientieren. Beispielsweise schlägt ein Teilnehmer angesichts des demographischen Wandels vor, Filmbeiträge zur Vermittlung wissenschaftlicher Inhalte speziell für die Generation 50 plus zu produzieren.

Das Ziel, an dem sich die Vermittlung wissenschaftlicher Ergebnisse orientieren sollte, ist die Vernetzung von Wissenschaft und Öffentlichkeit.



Impressionen aus den Workshops / Drei Werkstattbesuche

„Der angenehme Teil der demographischen Wende liegt hinter uns“ – Professor Kaufmann weiß, wie man die Aufmerksamkeit des Publikums gewinnt. Gleich zu Beginn seines gut besuchten Workshops über die Zukunft des Sozialstaats sagt der Bonner Soziologe auch, wann der unangenehme Teil beginnt: 2015. Dann nämlich setze eine Phase ein, in der die Generationenbalance komplett umkippe. Die zwischen 1950 und 1970 geborenen Babyboomer-Generationen scheiden aus dem Erwerbsleben aus, während immer weniger junge Leute nachrücken, bedingt auch durch den erneuten rasanten Geburtenrückgang zwischen 1990 und 2006. „Für den Sozialstaat stellt das, soweit man es jetzt absehen kann, den Hauptkonfliktpunkt dar“, betont Kaufmann. Entschärft werden könne der Verteilungskampf nur durch eine substantielle Verlängerung der Lebensarbeitszeit. Weil das aber politisch schwer durchsetzbar sei, müssten die erwerbstätigen Generationen wohl die Hauptlast tragen.

Er wolle erst gar keine fatalistischen Argumente bemühen, so Kaufmann. Denn angesichts der Lebensplanung vieler junger Frauen und der Bedürfnisse des Arbeitsmarktes sei eine Politik der Geburtenförderung wenig aussichtsreich. Erfolg versprechender sei eine Politik der Förderung bereits geborener Kinder. Kaufmann: „Derzeit leisten wir uns immer noch den Luxus, rund 20 Prozent der Kinder in Armut leben zu lassen.“ Bildung sei die entscheidende Voraussetzung, um der Armutsfalle zu entkommen. Eine zentrale Rolle spiele hier die Frühförderung, wie psychologische Studien zeigten. Investitionen in frühkindliche Förderung und die Kompensation schulischer Defizite zahlten sich unter allen sozialen Aufwendungen am ehesten aus. In diesem Zusammenhang plädiert Professor Kaufmann auch für Sozialarbeiter in jeder Schule. Zudem sei aus demographischen Gründen der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte sehr erwünscht. Zugleich bedeute er eine erhebliche Herausforderung für den Sozialstaat. Denn Deutschland sei bisher nicht sehr erfolgreich gewesen, Hochqualifizierte dauerhaft anzuwerben, bilanziert Kaufmann und fügt hinzu: „In diesem Punkt ist die Schweiz viel besser.“

Die Frist für einen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik, heißt es in der Diskussion, laufe 2017 ab. Denn danach seien die älteren Wähler in der Mehrheit und bestimmten den politischen Kurs im eigenen Interesse. Einen Determinismus dieser Art sehe er keineswegs, entgegnet Kaufmann und verweist auf psychologische Forschungsergebnisse. Demnach sind alte Menschen oft bereit, für jüngere Generationen auf Vorteile zu verzichten. Entlastend könnte der zunehmende Trend zum Austausch von Leistungen wirken, hebt ein Teilnehmer des Workshops hervor. Das kann zum Beispiel Kinderbetreuung als Hilfe beim Einkauf sein.

Im Workshop von Professor Titzmann finden auch neu Hinzugekommene rasch den Einstieg in die laufende Diskussion. Auf einem Flipchart hat jemand die Leitfrage notiert: Wie können Kinder und Jugendliche bei wachsender Diversität in der Entfaltung

ihrer Potentiale unterstützt werden? Zum Beispiel durch die Einbeziehung von Großeltern in die Arbeit von Kindergärten, sagt ein Workshop-Teilnehmer und verweist dabei auf ein Projekt in Frankfurt am Main. Dort habe eine Stiftung erfolgreiche Partnerschaften initiiert. Das gemeinsame Erfahren und Erleben sei wichtig, heißt es unisono, etwa in Vereinen, in der außerschulischen Jugendarbeit und in Freundschaften, die durchaus im Internet beginnen können. Dabei gelte es, die bestehende Andersartigkeit anzuerkennen. Unwiderrprochen bleibt die Feststellung: „Der Schlüssel zur Integration ist die Bildung.“ Wichtig sei hier, die vielen bereits bestehenden Initiativen in den Regionen zusammenzuführen. Integration durch Bildung ist jedoch kein Selbstläufer, wie ein in der Diskussion kolportiertes Beispiel aus Osnabrück zeigt: Dort schicken alteingesessene Familien, die auf sich halten, ihre Kinder auf gute katholische Schulen – Kinder aus Migrantenfamilien bleiben weitgehend außen vor. Das kritische Fazit des Teilnehmers: „Alle reden von Inklusion, das ist heute das große Mantra, aber im täglichen Leben setzen wir auf Exklusion.“

Wie die Neuen Medien zumindest die Kommunikation in der Wissenschaft verändern, demonstriert ein Teilnehmer des Workshops von Professor Stegbauer. Er hat während der Veranstaltung einige Tweets in die Welt geschickt und berichtet nun über die Resonanz. So hat beispielsweise ein Wirtschaftsinformatiker aus Braunschweig gleich zurückgetwittert, um sein Interesse am Workshop mitzuteilen. Die anderen Teilnehmer registrieren das kleine Experiment mit wohlwollender Neugier. Insgesamt überwiegt jedoch Skepsis angesichts der Veränderungen durch die Neuen Medien. Online-Veröffentlichungen verstärkten die zunehmende Zersplitterung der Sozialwissenschaften in hochspezialisierte Fachrichtungen, wird in der Diskussion beklagt. Wer könne da noch den Überblick behalten! Problematisch sei auch die Einschätzung der Qualität, die Flüchtigkeit und mangelnde Verlässlichkeit der Neuen Medien. Ob das Lamento damit zu tun hat, dass einige Workshop-Teilnehmer der Schreibmaschinen-Generation entstammen und sich heute höchstens „Digital Immigrants“ nennen dürfen? So einfach sei das nicht, macht eine junge Kunsthistorikerin deutlich. Sie stehe vor der Frage, ob sie ihre Dissertation teuer oder günstig online publizieren solle. Ihre Kommilitonen seien geschlossen für die teure Printvariante.

Lilo Berg

66 **WorldCafé 1**

Gastgeberin: Prof. Dr. Gabriele Abels

70 **WorldCafé 2**

Gastgeberin: Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.

74 **WorldCafé 3**

Gastgeber: Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyen

77 **WorldCafé 4**

Gastgeber: Prof. Dr. Stephan Lessenich

81 **WorldCafé 5**

Gastgeberin: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Renate Mayntz

86 **WorldCafé 6**

Gastgeber: Prof. Dr. Thomas Pleil

90 **WorldCafé 7**

Gastgeber: Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel



WorldCafé 1

Gastgeber: Prof. Dr. Gabriele Abels

Moderatorin: Dr. Kirsten Mensch

Begleitung: Monika Berghäuser

Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis – eine Bestandsaufnahme

Zentrale Bedeutung für einen funktionierenden und damit erfolgreichen Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis, so der Einstieg in WorldCafé 1, kommt den Ausgangsbedingungen sowohl seitens der Wissenschaft als auch seitens der Gesellschaft zu – wobei deren Bereich weit über den der Politik hinausgeht. Zahlreiche Faktoren erschweren, ja blockieren einen guten Austausch.

Was hindert Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler am Dialog mit der Praxis?

Investitionen von Zeit und Mühe in den Aufbau von Praxiskontakten werden innerhalb des Wissenschaftssystems derzeit nicht honoriert, so die übereinstimmende Einschätzung. Praxisdialoge erzeugen keine Reputation, die für eine wissenschaftliche Karriere oder für Berufungen unabdingbar ist. Dort zählen vor allem Publikationen, möglichst in englischsprachigen „Peer-Reviews“. Anwendungsorientierte Beiträge wie Evaluationsforschung oder Praxisanalysen sind in diesen Journalen unterrepräsentiert. Dieser Publikationszwang wird nicht nur von Wissenschaftsseite beanstandet – er ist abstrus, so ein Kommentar aus der Praxis.

Ein weiteres wichtiges Kriterium für Berufungen sind Erfolge bei der Drittmittelwerbung. Diese Aufgabe bietet gleichfalls wenig Berührungspunkte mit der Praxisseite. Sie unterliegt, wie erläutert wird, einer Art Hierarchisierung: Mittel aus EU-Töpfen sind „die Krönung“, die Kooperation mit Geldgebern aus der Praxis – Unternehmen, Bürgerstiftungen – vergleichsweise unattraktiv, Kontakte mit Stakeholdern, um „an Geld zu kommen“, eher unbeliebt.

Noch ein entscheidendes, mehrfach genanntes Hemmnis für das Zustandekommen von Praxiskontakten ist die Knappheit der Ressource Zeit im Wissenschaftsbetrieb. Forschungszeit muss regelrecht erkämpft werden.

Ursachen für Dialogprobleme sind aber schon früher anzusiedeln. Bereits die „typische Bildungskarriere“ blendet den Praxisbezug aus, von einem Dialog ganz zu schweigen. Optimierte Studieninhalte konzentrieren sich zunehmend auf bestimmte, dabei weniger werdende Themenfelder. Gerade unter jungen Wissenschaftlern, wird ergänzend angemerkt, herrscht große Unsicherheit über das Wie eines Dialogs. Befürchten sie die Trivialisierung von Wissenschaft? Und passt dazu die Beobachtung, dass es bislang vorwiegend etablierte Hochschullehrer sind, die sich dem Ansinnen der Schader-Stiftung widmen?

Wobei im Rahmen dieser Analyse zu differenzieren ist, wie eingewendet wird – denn Wissenschaft findet nicht nur in den Universitäten, sondern zu einem vergleichsweise kleinen Teil in anwendungsorientierten Instituten statt. Doch auch die Position der dort tätigen Forscher ist komplex, da sie mehreren Herren dienen müssen: ihren Geld- und Auftraggebern wie auch dem Wissenschaftsrat als Kontrollinstanz. Das macht insbesondere die Entwicklung von Gütekriterien für Evaluierungsverfahren schwierig.

Was hindert Praxispartner am Dialog mit den Gesellschaftswissenschaften?

Wie der Bericht über die Kooperation eines Bürgervereins mit seinem wissenschaftlich tätigen Beirat zeigt, ist auch in funktionierenden wechselseitigen Wissenschafts-Praxis-Beziehungen die Zeitknappheit des Forschers ein Problem, auf das in der ansonsten unkomplizierten Zusammenarbeit Rücksicht genommen werden muss. Davon abgesehen profitiert in diesem Beispielsfall der Verein von fundierter Beratung, und der Wissenschaftler findet hier den Praxisbezug und ein Forschungsfeld. Zeitknappheit kann sich auch auf der Praxisseite als Dialoghindernis erweisen, und angesichts genügend anderer Aufgaben fragt sich mancher Praktiker in mancher Runde: Was soll ich hier? Ungut ist es, so wird ergänzt, wenn zwecks anwendungsorientierter Forschung praktische Probleme definiert werden und dabei eine Seite die andere dominiert.

Mangelnde personelle Kontinuität in Unternehmen oder Verbänden stellt sich ebenso als Hemmschuh dar und erschwert ein funktionierendes Gespräch mit Vertretern der Wissenschaft. Zwar fällt die Liste der Schwierigkeiten auf Seiten der Praxis deutlich kürzer aus, aber eines kann nicht die Lösung sein: die Koordination des Dialoggeschehens auf die Praxis zu „schieben“, wie es derzeit beobachtet wird.

Den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis stärken

Gesellschaftswissenschaftler müssen entschieden ihre Aufgabe anerkennen, Dialoge zu führen und sich gesellschaftlich einzumischen. Darin stimmt der Teilnehmerkreis grundsätzlich überein. Viele Wissenschaftler, so eine Einschätzung, sind auch grundsätzlich bereit, etwas für die Gesellschaft zu tun. Im Kontakt mit der Praxis fällt ihnen dann manches Mal doch, wie registriert wird, allein die Rolle des Experten und weniger des Gesprächspartners auf Augenhöhe zu – auf einer Bürgerversammlung beispielsweise obliegt ihnen die Zuständigkeit für fachliche Erläuterungen.

Als einer der Ansatzpunkte für Verbesserungen wird der Bereich Bildung genannt. Schon in den Studiengängen sollte die Praxissicht einen größeren Stellenwert einnehmen. Auch Nachwuchswissenschaftler müssten vermehrt an das Thema Praxis herangeführt werden. Noch agieren Wissenschaftler oft hilflos, wenn sie ihr Arbeitsgebiet Nicht-Wissenschaftlern erklären sollen. Wobei, so wird betont, zwischen den Fächern hinsichtlich des Praxisbezuges große Unterschiede bestehen. Architektur oder die Ingenieurwissenschaften bieten im Studium mehr davon, während mancher Wirtschaftswissenschaftler nie in einem Unternehmen gearbeitet hat. Das bleibt nicht ohne Einfluss auf die Dialogfähigkeit, so eine Anmerkung an dieser Stelle.

Wie und bei wem ansetzen?

Gefordert wird ein genauer Blick auf die Ausgangspunkte der sozialen Systeme. Dialogbereitschaft muss honoriert werden, um die Selbstbezüglichkeit der Wissenschaft nicht weiter zu forcieren. Anreizsysteme werden empfohlen, die das Eintreten in Praxisdialoge lohnend machen. Dazu Vorschläge aus der WorldCafé-Runde:

- Forschungsberichte, die mit einem wissenschaftsjournalistischen Praxissupplement in Form eines Statements zu den praktischen Implikationen des Themas gekoppelt sind, sollten bevorzugt in wissenschaftliche Journale aufgenommen werden. Um ein solches System zu etablieren, bräuchte es ein populäres Forum, eine „Praxisrelevanz-Peer-Group“, die durchaus hohe Hürden für die Aufnahme in die Praxisausgabe setzen sollte.



- Ein Nachwuchspreis für Praxisrelevanz könnte förderlich sein und noch dazu neue Geldgebermilieus erschließen – vorausgesetzt, es handelt sich nicht um eine „zweitklassige“ Auszeichnung.
- Ohnehin sollten Anreize für Dialoge mit der Praxis im Bereich der Drittmittelförderung angesiedelt sein.
- Als Ort für wechselseitige Kontakte zwischen Wissenschaft und Praxis eignen sich, so ein Vorschlag, die Pressestellen der Universitäten. Sie können Informationen für die Praxis zusammentragen und weitergeben. Pressearbeit allein, wird an diesem Punkt eingewendet, reicht allerdings nicht aus.
- Um Wissenstransfer wirksam leisten zu können, müssen Schnitt- oder Andockstellen komplexe Informationen aufbereiten, ohne in Mediensprache zu verfallen. Das leisten Transferstellen in den Universitäten, die allerdings bis jetzt vorwiegend den Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften abdecken. Zusätzlich müssten sich die Gesellschaftswissenschaften darum bemühen, „Transfergeeignetes“ anzubieten.

Wer genau soll und kann diesen Dialog führen – und mit wem? Grundlagenforscher zum Beispiel brauchen Übersetzer in die Praxis. Dabei hat Grundlagenforschung ihre Berechtigung. Die Forderung nach Praxisbezug sollte nicht übertrieben werden. Dass der Dialog per se nicht einfach ist, zeigen schon die Schwierigkeiten eines Gesprächs zwischen zwei Fakultäten an der Universität. Als interessante Ansprechpartner, darauf wird hingewiesen, kommen Postdocs in Frage, vor allem die zahlreichen unter ihnen, die nicht wissenschaftlich tätig bleiben, sondern beispielsweise in Verwaltungen oder Verbänden arbeiten.

Mit welchem Instrumentarium kann die Schader-Stiftung den Dialog weiter verbessern?

Die Schader-Stiftung bewegt sich, so eine Einschätzung, mehr auf die Wissenschaft zu. Sie kann den Weg aus dem Elfenbeinturm in die Praxis, in Unternehmen und Redaktionen, ebnen. Die Schader-Stiftung sollte, so einer der Vorschläge, das Thema „Dialog“ an sich in den Mittelpunkt ihrer Tätigkeit stellen: Die Stiftung initiiert einen Arbeitskreis, der sich in gleichbleibender personeller Besetzung kontinuierlich in kürzeren Abständen trifft. Oder sie bietet als „Formateverwalterin“ eine Plattform für experimentelle Dialoge, denn fertige Rezepte für den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis existieren nicht. Für einen guten Dialog ohne „Scheren im Kopf“ kann eine assoziative, ja tagungsordnungsfreie Zusammenarbeit hilfreich sein. Ergebnisoffenheit, das heißt der Verzicht auf die Einforderung von Ergebnissen, ist dabei nicht, wie betont wird, mit Ergebnislosigkeit gleichzusetzen, sondern sie führt möglicherweise zu überraschenden Resultaten.

Die Schader-Stiftung könnte, wird vorgeschlagen, einen „public impact factor“, der in den Gesellschaftswissenschaften fehlt, entwickeln. Die Arbeit bereits bestehender

Dialogforen erfährt Unterstützung durch die Schader-Stiftung, indem sie weiterhin die Praxisseite stärkt. Insgesamt, so ein Resümee, müssen neue, unbekannte Wege wie auch unkonventionelle Lösungsansätze gefunden werden.

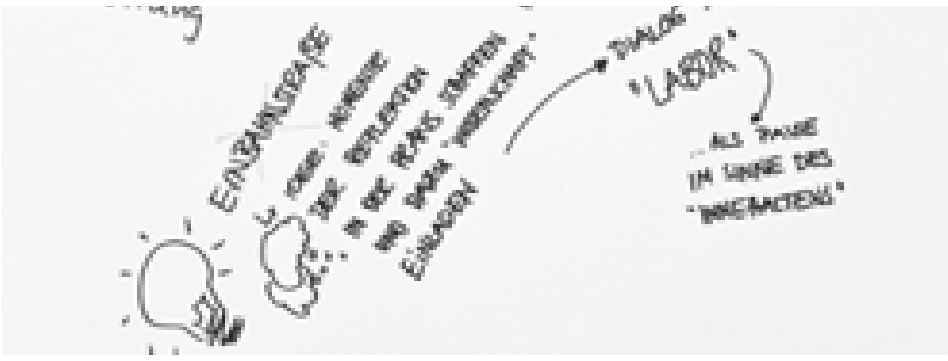
Welche Aufgabenfelder thematisiert das Gespräch zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis?

Grundsätzlich sollten die Gesellschaftswissenschaften, so ein Argument, eher Reflexions- als Lösungswissen anbieten und eine beobachtende Rolle einnehmen – und auf die Behauptung verzichten, durch wissenschaftlichen Input könne die Gesellschaft immer weiter verbessert werden. Wichtiger ist darzustellen, dass es verschiedene Lösungen mit verschiedenen Nebenfolgen gibt. Gute Lösungen findet die Gesellschaft dann durchaus selbständig. Entgegen dieser Einschätzung wird von den Gesellschaftswissenschaften Mut zur Positionierung eingefordert, was auch konkrete Handlungsempfehlungen beinhaltet.

Austausch mit der Praxis findet bereits statt in den Sektionen und Arbeitskreisen der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Themen sind, neben anderen, Entwicklungspolitik, die Menschenrechte sowie Verbände- oder Migrationsforschung. Fragen zu Stadtpolitik und Infrastruktur in einer zunehmend heterogenen, schnelleren und mobileren Gesellschaft sollten ein Arbeitsthema sein. Als weiteres Feld wird Pluralitätsfähigkeit genannt: Nicht nur die Gesellschaft braucht sie im Sinne einer Robustheit, die zulässt, Fremdes zu integrieren, sondern die Wissenschaft braucht in sich die Fähigkeit zur Pluralität.

Aus Sicht der Moderatorin

Drei WorldCafé-Runden mit entsprechend vielen Tischgästen ergeben eine Fülle von Ideen und Anregungen. Vielfach kreist die Diskussion um die Frage, wie man Anreize im Wissenschaftssystem schaffen kann, um den Dialog mit der Praxis attraktiv werden zu lassen. Denn bislang scheint für Menschen, die ihr Berufsleben der Wissenschaft verschrieben haben, der Bezug zur und Kontakt mit der Praxis wenig lohnend zu sein. Die Debatte im WorldCafé schwankt zwischen Strukturbedingungen in der Wissenschaft selbst sowie deren möglichen Änderungen und dem, was die Schader-Stiftung tun könnte, um Gesellschaftswissenschaften und Praxis verstärkt und dauerhaft in Dialog miteinander zu bringen. Interessant ist dabei, wie sehr sowohl Wissenschaftler als auch Nicht-Wissenschaftler die Zwänge des Wissenschaftssystems, insbesondere die Anforderungen im Rekrutierungsverfahren, kritisieren. Zugleich jedoch scheinen alle Beteiligten ein Aufweichen der Zwänge für äußerst schwierig zu halten. Sollte das nicht eine Herausforderung für die Schader-Stiftung sein?



WorldCafé 2

Gastgeberin: Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.

Moderatorin: Vera de Wendt

Begleitung: Sebastian Fellner

Herausforderungen an den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis

Um den Ist-Zustand des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis zu diskutieren, ist eine simple Frage zu Beginn unerlässlich: Wer soll mit wem sprechen? Auf der einen Seite steht der wissenschaftliche Sektor in Form der Gesellschaftswissenschaften in ihrer disziplinären Breite, auf der anderen eine multidimensionale Akteursgruppe, die mit dem Begriff Praxis beschrieben wird. Der Praxissektor umfasst in diesem Verständnis die Teilsysteme Politik, öffentliche Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft.

Richtet sich der Fokus auf den derzeitigen Zustand des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis, so ist festzustellen, dass in der Gesamtheit zu wenige Formate vorhanden sind, die Dialogprozesse ermöglichen und zu Interaktion zwischen den Sektoren führen. Der Dialog, sofern er stattfindet, ist partiell angelegt und weist nur wenig Persistenz auf. Darüber hinaus ist zwischen den Sektoren eine starke Hierarchisierung feststellbar, die einen partizipativen Austausch auf Augenhöhe erschwert. Dadurch, dass die Wissenschaft in vielen Fällen die Deutungshoheit beansprucht, gestaltet sich eine Etablierung und Institutionalisierung intersektoraler Dialogformen als diffizil.

Des Weiteren leben sich die einzelnen Sektoren aufgrund unterschiedlicher Anreizsysteme zunehmend auseinander. So stellt die Reputationswahrung der Wissenschaft nicht den Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Öffentlichkeit dar, da Arbeiten mit Transferthematik in den prestigeträchtigen „peer-reviewed“ Journals nur wenig Beachtung finden. Im Gegensatz zur angelsächsischen Buchkultur, die es versteht, wissenschaftliche Sprache zu transferieren, richtet sich die wissenschaftliche Sprache im deutschsprachigen Raum stark an der Scientific Community aus.

Getrennte Sektoren: Sprachbarrieren überwinden

Grundlegende Voraussetzung für den Dialog ist eine sprachliche Annäherung und die Fähigkeit, sich gegenseitig zu verstehen. Ein zentrales Problem, das den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis betrifft, ist eine fehlende Verständigung über die Sektoren hinweg. Zu häufig reden Wissenschaft und Praxis aneinander vorbei. Damit Dialog gelingen kann, gilt es, das Kommunikationsproblem zu lösen und zwischen den verschiedenen Sprachen der Sektoren zu vermitteln.

Mangelnde Reflexion: Zeit als dialoghemmender Faktor

Die einzelnen Sektoren weisen eine unterschiedliche Zeitlichkeit auf. Die Praxis, besonders die Teilsysteme Politik und Wirtschaft, stehen unter einem enormen Zeitdruck, während wissenschaftliche Ergebnisse Zeit benötigen, um sich reiben und entfalten zu können. Dabei befinden sich vor allem junge Wissenschaftler „im Hamsterrad“ und müssen entscheiden, wofür sie ihre Zeit einsetzen. So sollen sie möglichst viele Drittmittel generieren und gleichzeitig in den Top-Journals publizieren, bei denen oft der Tauschwert entscheidender ist als der Inhalt der Artikel. In diesem Prozess bleibt zu wenig Zeit für Reflexion. Ein Dialog als Moment der Reflexion und als Pause im Sinne des Innehaltens ist unter diesen Bedingungen kaum zu verwirklichen.

Gefahr der Instrumentalisierung: Die Rolle der Wissenschaft im Dialogprozess

Von Seiten der Praxis, vor allem von Seiten der Politik, besteht die Erwartung, dass wissenschaftliche Arbeiten für die Politik passende Lösungen generieren. Die Erwartungshaltung der Adressaten beeinflusst den Transfer und die Transferprodukte. Die Wissenschaft soll häufig diejenigen Probleme lösen, die durch die Praxis nicht in den Griff zu bekommen sind. Neben dem Kommunikationsproblem zwischen den Sektoren und den unterschiedlichen Handlungslogiken ist insgesamt ein tradiertes, mechanisches Verständnis von Wissenschaft auszumachen. Mittels einer inputorientierten Steuerung in Form von finanziellen Steuerungsanreizen soll die Wissenschaft Produkte erzeugen. Die Generierung und der Transfer von Wissensbeständen und Erkenntnissen werden hierbei vernachlässigt.

Für die Wissenschaft geht mit einer dialogorientierten Arbeits- und Funktionsweise ein Risikopotential einher, da im Dialog Deutungsmacht und Verantwortung teilweise abgegeben werden. Die Wissenschaft wird in vielen Fällen zu Legitimationszwecken von Politik oder Wirtschaft benutzt. Häufig implizieren bereits Fragestellungen von Forschungsvorhaben Machtverhältnisse. Die Studien werden dann genutzt, um Politik zu legitimieren. Es finden Instrumentalisierungen der Wissenschaft im Kommunikationsprozess statt, beispielsweise durch die Klassifikation als Begleitforschung. Die Verweigerung von Kommunikation kann für die Wissenschaft in diesem Zusammenhang ein Mittel der Einflussnahme und der Gegensteuerung darstellen.

Wege zu einem gelingenden Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis

Vor dem Hintergrund der beschriebenen hemmenden Faktoren gilt es, Kommunikationskriterien herzustellen, Rahmenbedingungen für einen Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu schaffen und Erwartungen abzugleichen. Nicht zuletzt geht es auch darum, die individuellen und auch egoistischen Interessen der Dialogbeteiligten zu bedienen. Verletzte Eitelkeiten, etwa nach dem Motto „die Wissenschaft hat die wahre Rationalität, die Praxis ist selbst schuld, wenn sie sie nicht annimmt“, stehen derartigen Verständigungsprozessen entgegen. Der Versuch einer Verständigung kann in handlungsentlastenden Organisationsformen gelingen. Hilfreich sind Institutionen, die Transdisziplinarität ermöglichen. Positive Ansatzpunkte in Form von Transferformaten und interdisziplinärer Forschung sind im Bereich der Technikforschung, beispielsweise durch die Fraunhofer-Institute, vorhanden. Dadurch können Netzwerke zwischen Wissenschaftlern und Praktikern entwickelt, Themen gesetzt und Dialog verändert werden. Wichtig wäre ein Paradigmenwechsel in dem Sinne, dass Wissenschafts-Praxis-Kontakte nicht nur auf eine Anwendung, sondern auch auf eine Umwandlung von Wissen abzielen. Der Dialog sollte dabei nicht hierarchisch, sondern gleichberechtigt stattfinden.

Transformation von Wissen kann nicht nur im Sinne einer Einbahnstraße in eine Richtung verlaufen. Gewinnbringend ist der gegenseitige Wissenstransfer, bei dem auch die Bürger als Experten in den Dialogprozess zwischen Wissenschaft und Praxis miteingebunden werden. Dazu sollte dieser Diskurs auf Dauer angelegt und verstetigt werden.



Dialogfördernd wäre außerdem die Verbindung von Grundlagen- und Anwendungsforschung. Dazu müssten neue Formate mit interdisziplinär vorgelagerten Prozessen gefunden werden, die auf reinen Grundlagenprojekten aufbauen, die interdisziplinäre und intersektorale Treffen mit der Praxis ermöglichen und die Grundlagenforschung schlussendlich sichtbar machen.

Mit Blick auf die Lehre ist ein Praxisbezug während des Studiums unerlässlich. Die Fähigkeit, sich über die Sektoren hinweg zu verständigen und Forschung zu vermitteln, ist essentiell für einen gelingenden Dialog. Exemplarisch könnte an dieser Stelle ein Medientraining für Doktoranden angeführt werden, das auch Verständnis für die Bedarfe der Medien vermittelt. Dazu gehören auch häufigere Treffen zwischen Wissenschaft und Praxis, um eine gemeinsame Sprache zu finden. Exemplarisch lässt sich in diesem Bereich die „Journalist in Residence Fellowship“ des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung anführen, die Journalistinnen und Journalisten eine intensive Zusammenarbeit mit der Wissenschaft ermöglicht und die Voraussetzung für gegenseitiges Verständnis schafft.

In der Summe geht es darum, wissenschaftliche Karrieren zu entschleunigen und Kompetenzen zu schaffen, die interdisziplinäres Arbeiten ermöglichen. Das bedarf mehr Zeit, geeigneter Formate und herrschaftsfreier Räume, in denen Dialog auf Augenhöhe stattfinden kann. Die Schader-Stiftung könnte mit dem Schader-Forum eine solche Arena der Handlungsentlastung bieten.

Perspektiven: Die Schader-Stiftung als handlungsentlastender Akteur

Die Schader-Stiftung kann den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis fördern, indem sie eine politisch und weltanschaulich nicht fixierte Stätte des Austauschs darstellt. Insbesondere für Nachwuchswissenschaftler kann sie Freiräume schaffen, um sie an den Schnittstellen zwischen Wissenschaft und Praxis zu unterstützen. Die Schader-Stiftung ermöglicht Dialogförderung und ist ein Ort, an dem überkomplexe oder bislang ausgesparte Top-Themen behandelt werden können. Die Themen müssen hierbei nicht politisch besetzt oder im wissenschaftlichen Ranking hoch angesiedelt sein. Die einzelnen Akteure und Disziplinen können in der Schader-Stiftung mit dem Ziel einer Dialogverdichtung zusammengebracht werden. Entscheidend ist an dieser Stelle die Sicherung der Kontinuität des Diskurses. Was das Format der Zusammenkünfte betrifft, ist der „Runde Tisch“ ein exemplarisches Format. Entscheidend hierbei sind eine Regelmäßigkeit der Treffen und ein partiell konstanter Teilnehmendenkreis, um eine gewisse Kontinuität zu erreichen. Durch eine interdisziplinäre, intersektorale und statusdifferenzierte Zusammensetzung der Gesprächsrunden können Synergien entstehen.

Es reicht also nicht nur aus, Treffen zu organisieren und die entsprechenden Räumlichkeiten zu stellen. Die Schader-Stiftung soll vielmehr seismographisch als „Themenwatcher“ operieren und eine „Advocacy Function“ für zu Unrecht liegende Ebene

Themen wahrnehmen (zum Beispiel: Soziale Implikationen der Energiewende). Eine zusätzliche Handlungsoption für die Schader-Stiftung liegt darin, Agenda-Setting zu betreiben und bestimmte Themen voranzutreiben (zum Beispiel: Neuorganisation der privaten und öffentlichen Fürsorge; Nachhaltigkeit; Wachstum).

Durch die Schaffung eines Vertrauensraums, die Kontinuitätssicherung der Diskussion und den Einbezug partizipativer Elemente kann die Schader-Stiftung einen Beitrag für einen gelingenden Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis leisten.

Aus Sicht der Moderatorin

Dialog erfordert die Bereitschaft, sich Zeit zu nehmen und „auf Augenhöhe“ miteinander zu sprechen. Das gemeinsame Ziel des Dialogs kann das Ausloten der Möglichkeiten zur Verständigung sein, um sich dann darüber auszutauschen, inwieweit die Handlungslogiken kompatibel sind.

Sprachliche Annäherung als Voraussetzung für Dialoge kann durch neue Formate erreicht werden. Es könnten neue Zeitschriften etabliert werden, in denen wissenschaftliche Erkenntnisse in einer für die Praxis verständlichen Sprache aufbereitet werden. Mehr Doktorarbeiten könnten in die Praxis verlagert werden. Bereits bei der Formulierung von Forschungsvorhaben sollten praktische Nutzenaspekte berücksichtigt werden. Medientraining für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler kann zur besseren Verständigung beitragen. Durch Kontinuität gekennzeichnete Stammtisch-Formate wären hilfreich.

Die Schader-Stiftung kann die Vertrauensbildung zwischen interdisziplinären, intersektoralen und statusdifferenzen Gruppen fördern und als neutraler Raum zur handlungsentlasteten Verständigung einladen. Dabei sollten „vergessene“ und überkomplexe Themen den Vorzug erhalten.



WorldCafé 3

Gastgeber: Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeppen

Moderator: Dr. Patrick Honecker

Begleitung: Anne Müller

Dialog-Kommunikation in der Schader-Stiftung

Dialog muss *kommuniziert* werden, es reicht nicht aus, wenn er nur *betrieben* wird. Dies mag zunächst paradox erscheinen, schließlich ist Dialog eine Form der Kommunikation. Jedoch ist die Öffentlichkeit bei dieser Form – bei dem Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis, wie er in der Schader-Stiftung betrieben wird – meist außen vor beziehungsweise schenkt diesem wenig (mediale) Aufmerksamkeit, so wird zu Beginn der WorldCafé-Runde festgestellt. Die Gesellschaftswissenschaften verfügen über wenige öffentlichkeitswirksame „Stars und Sternchen“ und müssen ihre mediale Präsenz daher verstärkt selbst in die Hand nehmen. Die Schader-Stiftung sollte dabei zukünftig Unterstützung leisten, wie sie es bei der Vermittlung von Dialog bereits seit 25 Jahren erfolgreich tut. Konkret bedeutet das, die Schader-Stiftung spitzt ihren Stiftungsauftrag zu, indem sie den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis nicht nur herstellt, sondern diesen Dialog auch in und mit der Öffentlichkeit kommuniziert.

Die Schader-Stiftung als Förderer journalistischer Qualität

Öffentliche Kommunikation ist Grundlage moderner Gesellschaften. Kommunikation sorgt für Stabilität, gesellschaftliche Ordnung und Fortschritt. Allerdings gibt es zwei wachsende Problemlagen: den Generation Gap und die nachlassende Qualität der medialen beziehungsweise journalistischen Kommunikation. Ersteres äußert sich in einem Auseinanderdriften der jungen und alten Generationen durch die Wahl der Kommunikationsmittel – das bezieht sich auf die unterschiedliche Nutzung der Neuen Medien. So gibt es auch in den Gesellschaftswissenschaften Differenzen in der Art der Kommunikation zwischen Nachwuchsforschern und Etablierten. Die andere Problemlage – die nachlassende Qualität – lässt sich durch die extreme Ökonomisierung der Kommunikation erklären. Es kommt zu keiner Entwicklung von Qualität mehr: Die Redaktionen betreiben ein bloßes Sammeln von gewinnbringenden Agenturmeldungen und die prekären Arbeitsverhältnisse in der Branche erschweren die Recherche und Vermittlung komplexer Themen. In der medialen Kommunikation geht es heute ausschließlich um Quoten, dabei verflacht die Qualität der Transmission. Die Kommunikation leidet.

Konzeptionelle Ideen zur Qualitätssteigerung sind zwar vorhanden, beispielsweise als „Stiftung Medientest“, werden in der Politik jedoch noch kaum wahrgenommen. An die Problematik der Verflachung medialer Kommunikation sollte die Schader-Stiftung anknüpfen und zukünftig als Förderer von qualitativem Journalismus auftreten. Denn für eine gelingende Kommunikation, insbesondere über den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis, ist guter Journalismus unabdingbar.

Good-Practice-Beispiele für die Förderung von gutem Journalismus gibt es deutschlandweit wenige. Diese Realität verweist nicht zuletzt auf die Dringlichkeit einer solchen Förderung, präzisiert ein Teilnehmer. Mögliche Aufgaben der Schader-Stiftung könnten deshalb sein: Die Medienlandschaft sowie das Medienverhalten im Hinblick auf Defizite und Probleme zu analysieren und überdies einen Preis für guten Wissenschaftsjournalismus beziehungsweise für gelingende wissenschaftliche Kommunikation zu verleihen. Ebenfalls sinnvoll erscheint der WorldCafé-Runde die Einrichtung einer Summer School für Journalisten, in der nicht nur qualitätsvoller Wissenschaftsjournalismus erarbeitet wird, sondern die Journalisten mit dem Gegenstand in Kontakt kommen, über den sie berichten sollen: den Dialog zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis.

Koordinierung einer Dreiecksbeziehung

An diesen Gedanken schließt ein weiteres mögliches Tätigkeitsfeld der Stiftung an, nämlich Transferorganisator zu sein; Transferorganisator für die Wissenschaft, die Praxis und die Medien. Denn um Dialog besser beziehungsweise überhaupt kommunizieren zu können, bedarf es nicht nur einer Qualitätssteigerung der journalistischen Kommunikation, sondern auch einer Schnittstelle zwischen diesen drei Akteuren.

Die Schader-Stiftung könnte zukünftig diese Dreiecksbeziehung koordinieren und neben der Bereitstellung der Infrastruktur sowie der Förderung von gutem Wissenschaftsjournalismus auch die Wissenschaftler im Umgang mit den Medien trainieren. Zudem könnte über die Einrichtung einer Expertendatenbank als Service für Medien-schaffende nachgedacht werden. Ihr Vorbild findet die Schader-Stiftung im „Medien-dienst Integration“, einer ebensolchen Service-Plattform zu den Themen Migration, Integration und Asyl in Deutschland. Die Schader-Stiftung könnte sich ebenfalls (nur) auf ihre Spezialthemen konzentrieren, und so ihr vorhandenes Mitarbeiterpotenzial entsprechend nutzen, so die Überlegungen.

Ferner sollte die Nutzung der Neuen Medien innerhalb der Gesellschaftswissenschaften sowie in deren Kommunikation mit der Praxis und Öffentlichkeit vorangetrieben werden. So könnte beispielsweise über die Erforschung sowie Erstellung eines Regelwerks zur „richtigen“ Kommunikation nachgedacht werden. Auch im Hinblick auf den Generation Gap wäre dies eine erste mögliche Handlungsanleitung und zudem eine Anknüpfung an das Konzept des „Lebenslangen Lernens“. Eine weitere Überlegung ist es, generell die Forschung zur kommunikativen Praxis stärker als Aufgabenfeld der Stiftung wahrzunehmen.

Indes herrscht in der WorldCafé-Runde Einigkeit darüber, dass die Schader-Stiftung nicht ausschließlich Schnittstelle beziehungsweise Transferorganisator sein sollte, sondern auch weiterhin Innovationskontor ist und bleibt, und ihre Ideen in den wissenschaftlichen Diskurs einführt.

Verstetigung durch Fachkompetenz – Die Schader-Stiftung als Innovationskontor

In der Vergangenheit hat sich die Schader-Stiftung in Good-Practice-Beispielen für die Vermittlung von Dialog sowie durch ihre Fachkompetenz und ihre Modellprojekte hervorgetan. Auch zukünftig sollte die Fachkompetenz in Form der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bestehen bleiben. Diese sollten von der Entwicklung des theoretischen Konzepts bis zur praktischen Umsetzung an einem Projekt beteiligt sein, ähnlich der Arbeitsweise des „Bauhaus Dessau“. Inhaltliche Themen, die sich in der Vergangenheit als relevant erwiesen haben, wie der demographische Wandel, Leben in der Stadt oder Integration, sollten weiter- und tiefgehend erforscht werden. Zudem wird vorgeschlagen, diese Themenbereiche zusammenzuführen, um eine Erforschung von „Lebenswertigkeit“ sicherzustellen und somit eine höhere Handlungsebene im Blick zu haben.



Eine zu breite und rein funktionale thematische Neuaufstellung, so ein Beitrag, sollte nicht die Zielsetzung der Schader-Stiftung sein, vielmehr gilt es neue Ideen nach Möglichkeit aus dem wissenschaftlichen „Nebenstrom“ zu generieren und in bestehende Themenfelder einzuspeisen – sozusagen eine neuartige Herangehensweise an bestehende und eventuell stagnierende Themenfelder und wissenschaftliche Problemlagen zu finden. Die Kommunikation der Forschungsergebnisse in und mit der Öffentlichkeit sollte weiterhin durch Publikationen und vermehrt auch durch die Neuen Medien erfolgen.

Vor dem Hintergrund der Fachkompetenz der Schader-Stiftung sollte zukünftig zudem ein stärkerer Fokus auf die Verstetigung von Modellprojekten gelegt werden und ein weiterer auf die Aufwertung kultureller Wertschätzung.

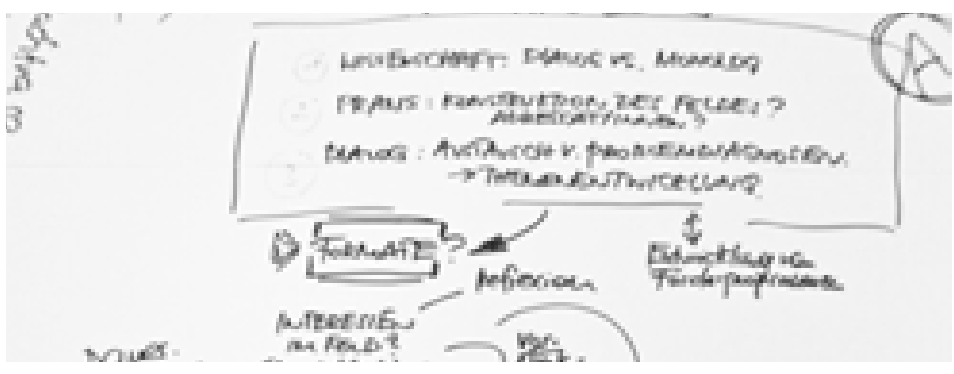
Durch eine (verstärkte) Kommunikation des Dialogs von Gesellschaftswissenschaften und Praxis sowie dessen anwendungsorientierter Ergebnisse in die Öffentlichkeit, könnte die Schader-Stiftung in Kontakt mit den Bürgern treten. So würde ein besserer Austausch über die Realisierbarkeit anwendungsorientierter Wissenschaftsmodelle stattfinden und somit deren Verstetigung optimiert. Hinzu kommt, dass die Schader-Stiftung durch die Kommunikation des Dialogs zur Stärkung der Engagement-Kultur beitragen würde. Denn nur durch die Partizipation der Bürger, so wird argumentiert, geschieht tatsächlicher gesellschaftlicher Wandel. Überdies wird das Bewusstsein für verschiedenste Modellprojekte geschärft, wodurch letztlich kulturelle Wertschätzung zunimmt.

Aus Sicht des Moderators

Eine positive Form des Austauschs von Wissenschaft und Praxis wird in zahlreichen Projekten zur Migration und Diversität gesehen. Hier forciert die hohe gesellschaftliche Relevanz die Nachfrage an wissenschaftlicher Expertise.

Als problematisch wird von den Diskutanten sehr häufig die Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Medien beschrieben. Die vielfältigen Veränderungen in der medialen Praxis, von der Ökonomisierung bis zur Kannibalisierung durch digitale Formate, erschwert eine angemessene Form des Transports von relevanten Themen aus der Wissenschaft zu relevanten Zielgruppen.

Daher spricht man sich in dieser WorldCafé-Runde für unterstützende Maßnahmen der Schader-Stiftung im Bereich der Wissenschaftskommunikation aus. Dabei wird besonders der Wunsch nach moderierten Medientrainings im Stiftungszentrum formuliert.



WorldCafé 4

Gastgeber: Prof. Dr. Stephan Lessenich

Moderator: Dr. Thomas Windmann

Begleitung: Verena Fries

In den drei WorldCafé-Runden wird diskutiert, von welchen Faktoren ein gelingender Dialog abhängig ist, wodurch Themenstellungen bedingt werden und wie die Rolle der Stiftung bezogen auf die thematische Arbeit aussehen kann.

Gleichberechtigte Akteure

Einen Dialog zwischen zwei Akteuren kann es nur geben, wenn die Akteure selbst sich auf einer gleichberechtigten Ebene begegnen. Wichtig dabei ist, zu verdeutlichen, dass der Dialog an sich ernst genommen werden muss, dass es nicht um einen ansonsten meist monologisch geprägten Wissensaustausch geht. Einen solchen gleichberechtigten Dialog kann es zwischen Gesellschaftswissenschaft und Praxis aus rein ideologischen Gründen nicht geben, so die These eines Teilnehmenden. Vor einem Dialog mit der Praxis muss die Professionalisierung der Wissenschaft stehen und ihre Autonomievorstellung geklärt werden. Man benötigt allerdings den Dialog, um Probleme zu lösen. Die Gesellschaftswissenschaften verstehen sich jedoch als beobachtende Wissenschaft, die sich in das Handeln der Akteure nicht einzumischen sucht. Die Widersprüchlichkeit von Wissenschaft und Praxis und das Auseinanderdriften dieser beiden Pole durch ihre Professionalisierung zeigen, dass eine dritte Säule nötig wird, die sowohl die Sprache der Wissenschaft spricht als auch den Bezug zur Praxis herstellen kann.

Gemeinsame Sprache

Ein besonderes Problem bei der Debatte um einen erfolgreichen Dialog wird im Fehlen einer gemeinsamen Sprache von Wissenschaft und Praxis erkannt. Die Machtstrukturen des Feldes bedingen den Transfer von der Wissenschaft in die Praxis. Wer macht-bewusst nachfragt, kann sich leichter Zugang zu wissenschaftlichem Wissen verschaffen. Es muss aber gelingen, auch weniger Machtvollen die Wege zu wissenschaftlichen Erkenntnissen zu ebnet. Es wird gefragt, ob man möglicherweise PR-Berater braucht, um sozialwissenschaftliche Erkenntnisse in die Öffentlichkeit zu bringen. An dieser Stelle stellt sich die Frage der Definition von Öffentlichkeit – dies könnten die verschiedensten Akteure sein: Geldgeber, Presse, Auftraggeber, Gemeinwesen.

Identifikation der Adressaten

Es ist problematisch, von einem Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis zu sprechen und diesen einzufordern, wenn im Voraus unklar ist, wer die Praxis ist beziehungsweise diese repräsentiert. Adressaten können Organisationen und Personen gleichermaßen sein: „Man weiß nicht a priori, wer die potenziellen Partner sind.“ Eventuell braucht es neben der Politikberatung, die oft als Adressat des Austauschs zwischen Wissenschaft und Praxis gilt, eine Gesellschaftsberatung.

Gemeinsame Formulierung des Themas

Ein gelingender Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis formuliert bereits das Thema, mit dem es sich zu beschäftigen gilt, gemeinsam. Die frühzeitige Bezugnahme führt zum Transfer von gegenseitigem Wissen – im Optimalfall gibt es während des Prozesses regelmäßige Rückmeldungen aus beiden Bereichen. Die Vielfalt der Themenbezüge und Fragestellungen ist jedoch bedingt durch die verschiedenen Formen der Forschungsförderung. Abhängig davon können Themen bereits gemeinsam formuliert werden oder aber abhängig sein von den Förderbedingungen selbst (Auftragsforschung, Drittmittelprojekte).

Bereitschaft zur Veränderung

Der Dialog bedarf eines klugen Situationsverständnisses; nach Aristoteles bedeutet dieses für die Akteure, situationsangemessen zu handeln und zu wissen, wo Handlungsbedarfe bestehen. Hierzu braucht es ein gegenseitiges Verständnis der Situation des jeweiligen Dialogpartners, namentlich der Gesellschaftswissenschaften und der Praxis. Die Praxis muss befähigt werden, wissenschaftlich zu denken und zu handeln, so wie gleichermaßen die Wissenschaft befähigt werden muss, praktisch zu denken und zu handeln. Eine eigene Forschungseinrichtung, die sich mit den Fragestellungen beschäftigt und den Bereich intermediär übernimmt, so die Überlegung, soll als eine dritte Säule den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis vermitteln. Es wird vorgeschlagen, dass die Stiftung die Aufgabe der Initialzündung eines „Leibniz-Instituts für Transformationsforschung“ übernimmt.

Kontinuität des Dialogs

Um den Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis erfolgreich zu fördern, ist es notwendig, ihn auf Dauer anzulegen. Nur so kann sichergestellt werden, dass ein regelmäßiger und konstruktiver Austausch stattfinden kann.

Themenstellungen für die zukünftige Arbeit der Stiftung

Möglicherweise ist ein spezielles Format vonnöten, um sozialwissenschaftliche Probleme zu erkennen. Um gesellschaftlich relevante Themen für die zukünftige Arbeit der Stiftung zu identifizieren, gibt es verschiedene Herangehensweisen, die abhängig sind von der Perspektive der Akteure. Im Folgenden wird dargestellt, welchen Einfluss diese unterschiedlichen Perspektiven auf die Fragestellungen nehmen.

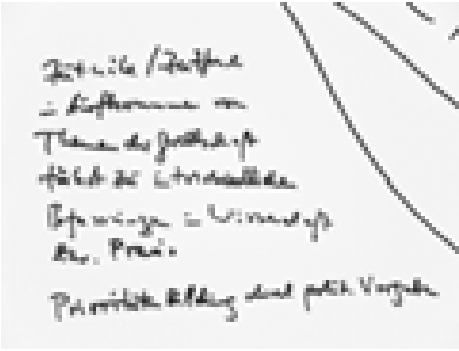
Freiheit der Wissenschaft versus Probleme der Gesellschaft versus Auftragsforschung

Auf der einen Seite steht das Privileg freier Wissenschaft, die eigenen Themen selbst zu identifizieren. Daneben gibt es Drittmittelprojekte und Auftragsforschung, bei denen zumindest im Groben Themen vorgegeben sind. Die Freiheit der Wissenschaft ist gefährdet, sobald Themenstellungen von außen vorgeschrieben werden.

Auf der anderen Seite stehen die gesellschaftlichen Akteure, die, so kann man meinen, ihre Probleme selbst am besten identifizieren können. Wer bestimmt also die Probleme – die Wissenschaft als Beobachter oder die Akteure als Interagierende? Eine Aufgabe der Stiftung kann es sein, Scheinprobleme zu identifizieren und den öffentlichen Diskurs von Fehlwahrnehmungen zu befreien.

Zeitnähe versus Zeitferne

Die Relevanz von Themen ist von zeitlichen Gegebenheiten abhängig. Das Aufkommen von Themen innerhalb der Gesellschaft führt zu unterschiedlichen Betrachtungen in Wissenschaft und Praxis. Prioritätenbildung erfolgt oft durch politische Vorgaben. Der Zeitpunkt der gesellschaftlichen Relevanz eines Themas unterscheidet sich vom Zeitpunkt der Beschäftigung innerhalb der Wissenschaften mit diesem. Der interdisziplinäre Dialog ist abhängig von Zyklen und Amtszeiten in Ministerien und der Regierung, die bestimmen, welche Themen aktuell relevant werden. Diese zeitliche Relevanz ist



eine besondere Herausforderung beim Generieren von Themen für die zukünftige Stiftungsarbeit.

Die Rolle der Stiftung

Im Verlauf des Gesprächs mit den unterschiedlichen Teilnehmenden wird deutlich, dass diese sich verschiedene Aufgaben für die Stiftung vorstellen können.

Themeninkubator und Themenscout

Ein Teil der Teilnehmenden sieht die Stiftung in der Funktion eines „Themeninkubators“. Die Stiftung soll frühzeitig zukünftige Themen erkennen und diese sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis kommunizieren. Ein Vorschlag für konkrete Fragestellungen, zu denen sich die Stiftung beschäftigen sollte: 1. (an die Keynote des Vormittags angelehnt): Wie ist mit der Expansion umzugehen – sind wachstumsferne Gesellschaften denkbar? 2. Unter welchen Bedingungen kann die Lernfähigkeit der Praxis und der Wissenschaft gesteigert werden (Zeittakt, Beschleunigung durch neue Kommunikationswege)? Andere Teilnehmende sehen die Aufgabe der Stiftung darin, Themen zu identifizieren, die noch nicht oder noch nicht ausreichend von den Sozialwissenschaften aufgegriffen wurden. Als konkretes Beispiel werden die Themen Prostitution und Altersdiskriminierung genannt, die in Deutschland noch nicht ausreichend behandelt werden. Die Funktion der Stiftung als Themenscout bringt eine Vielfalt von Themen mit sich.

Vermittlungsinstanz

Als weitere mögliche Aufgabe für die Stiftung wird das „Matchmaking“ genannt. Die Stiftung kann als Vermittler fungieren, den Austausch von Wissenschaft und Praxis insofern zu fördern, als dass das Wissen in die Praxis getragen und gleichermaßen Problemstellungen in die Wissenschaft transportiert werden. Um im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis erfolgreich zu sein, bedarf es eines Dialogs innerhalb der Wissenschaften. Die Sozialwissenschaften brauchen selbst einen institutionalisierten Dialog als Vorstufe, damit die Wissenschaft mit der Praxis in Dialog treten kann. Das Einüben von Sprechweisen ist dabei von basaler Bedeutung. Es gibt derzeit keinen institutionalisierten Dialog der Gesellschaftswissenschaften untereinander innerhalb der Universitäten. Die Schader-Stiftung kann also als Vermittler zwischen Praxis und Wissenschaft einerseits und innerhalb der Wissenschaft andererseits fungieren.

Übersetzungsagentur

Die Stiftung kann sich als Initialzündler eines „Leibniz-Instituts für Transformationsforschung“ verstehen, als eine Institution zwischen Wissenschaft und Praxis – eine intermediäre Instanz, die die Sprache der Wissenschaft und der Praxis jeweils für die andere Seite „übersetzt“.

Plattform/Börse

Die Stiftung als Plattform oder Börse, auf der einerseits die Praxis und auf der anderen Seite die Wissenschaft ihre aktuellen Themen und Problemstellungen (etwa auf regionaler Ebene) darstellen kann.

Experte für einen Themenkomplex

Entgegen den voranstehenden Aufgaben, die die Teilnehmenden für die Schader-Stiftung sehen, gibt es die Meinung, dass sich diese auf ein Themengebiet fokussieren sollte, in dem die Stiftung Expertise anbieten kann und zu welchem die Arbeit intensiviert werden kann. Wenn man die Themen der Gesellschaftswissenschaften in ihrer vollen Breite versucht zu behandeln, überfordert das die Stiftung – so diese Meinung. Je kleiner das Themengebiet, desto besser.

Aus Sicht des Moderators

Die Gesprächsrunden im WorldCafé sind geprägt von grundsätzlichen Problemdiskussionen und konstruktiven Lösungsansätzen. Kann es einen echten Dialog zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis geben? Ja: Wenn alle zu Veränderungen bereit sind und sich auf Augenhöhe begegnen! Die frühzeitige Bezugnahme zur Praxis, ein Abgleichen der Problemwahrnehmung aller Beteiligten und die Analyse des machtstrukturierten Umfeldes in Projekten werden angestrebt, um zukünftig die Erwartungen zu treffen und die Erfolge nachhaltig zu sichern. Die Zielgruppen der Gesellschaftswissenschaften bezogen auf die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit werden immer wieder thematisiert. Potenzielle Handlungsfelder für die Schader-Stiftung sehen die Diskussionsteilnehmer im Vermitteln und Übersetzen zwischen Wissenschaft und Praxis, dem Matchmaking der Partner, dem Themenscouting und der Rolle der Stiftung als Inkubator für zukünftige Trends.



WorldCafé 5

Gastgeberin: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Renate Mayntz

Moderator: Dr. Michael Hinz

Begleiter: Dr. Tobias Robischon

Welche Praxis meint die Frage nach guter Praxis?

Die Frage nach Beispielen guter Praxis des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis fordert zunächst zwei Gegenfragen heraus. Zum ersten: Welche Praxis der vielen möglichen ist gemeint, wer ist jeweils Gegenpart der Gesellschaftswissenschaften? Persönliche Erfahrungen, so Professorin Mayntz, habe sie nur im Dialog mit der Politik. Zum zweiten stellt sich die Frage, welche Art der Kommunikation als Dialog bezeichnet werden soll.

Wissenschaftskommunikation hat vielfältige Formen

Die Kommunikation von wissenschaftlichen Ergebnissen findet in vielen Formen statt. Besonders die Naturwissenschaften bedienen sich dieser Vielfalt. Diese bemühen sich darum, ihre Arbeit möglichst verständlich und möglichst breit zu kommunizieren. Ein solch breiter, auf ein Verständnis der Öffentlichkeit („public understanding of science“) angelegter Ansatz findet sich in den Sozialwissenschaften nicht. Dort gibt es punktuelle, auf einzelne Themenfelder beschränkte Bemühungen, wissenschaftliche Ergebnisse für die Medien aufzubereiten und den Medien den Zugang zu Experten zu vermitteln. Dialogartige Gesprächsformen, die nicht zwingend unter Beteiligung von Gesellschaftswissenschaftlern stattfinden, aber als Vorbilder dienen könnten, finden sich beispielsweise in den evangelischen Akademien. Diese machen es sich zur Aufgabe, Konfliktparteien zu einem Gespräch zusammenzuführen und Gespräche zwischen Gruppen anzuregen, zwischen denen bislang keine Kommunikation stattfindet. Als weiteres Beispiel wird der Bergedorfer Gesprächskreis der Körber-Stiftung genannt, der jedoch auf eine Kommunikation innerhalb der intellektuellen und politischen Elite beschränkt ist. Zukunftswerkstätten oder Wahrheitskommissionen sind weitere Beispiele.

Dialog ist Aufklärung und Kooperationsanbahnung

Dialog ist nur eine von vielen möglichen Formen der Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis. So sind Beratung und Dialog durchaus unterschiedliche Ansätze. Während etwa Beratung von Politik handlungsorientiert ist, bezeichnet Dialog eine ergebnisoffene Verständigung. Damit entspricht Dialog als Form auch eher einem Selbstverständnis der Sozialwissenschaftler, sich als Problemdiagnostiker zu begreifen, die im klassischen Sinne über die Verhältnisse aufklären – im Gegensatz zu einem Anspruch, Probleme lösen zu wollen. Beratung soll in diesem Sinne zu besserer Politik führen, Dialog allerdings zu Kooperation.

Ganz generell kann man sich Dialog als eine Kommunikation zwischen (potentiellen) Kooperationspartnern vorstellen. Dialogpartner haben jedoch nicht unbedingt gemein-

same, sondern möglicherweise ganz verschiedene Ziele und Interessen. Dies wirft die Frage auf, unter welchen Umständen Kooperation bei unterschiedlichen Interessen überhaupt möglich ist. Diese Frage ist sowohl als praktisches wie als wissenschaftliches Problem wohlbekannt. Entscheidend für das Ergebnis ist, ob sich die Dialogpartner als Gleichberechtigte gegenüberstehen oder einer übergeordneten hierarchischen Instanz unterstehen. Letztere kann Kooperation erzwingen. Ob ein von der Politik erzwungener Dialog jedoch ein Muster für die Kommunikation zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis sein kann, ist sehr fraglich.

Beschränkt sich die Wissenschaft auf die Bereitstellung von Informationen, so genügt dies nicht für das Zustandekommen einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis. Der eigentliche Brückenschlag besteht in der Anwendung wissenschaftlicher Theorien und Kenntnisse, wofür es in den Sozialwissenschaften kaum systematische Ansätze gibt.

„Gemeinsamer Verstehenshorizont“ ist Bedingung des Dialogs

Die Verständigung unterschiedlicher Partner ist nicht nur aufgrund eventuell verschiedener Interessenlagen voraussetzungsvoll. Die Frage ist: Unter welchen Bedingungen können sie sich gegenseitig verstehen? Zunächst muss es eine grundsätzliche Bereitschaft zur Kommunikation mit Menschen aus anderen Bereichen oder Milieus geben. Darüber hinaus setzt ein Dialog zweierlei voraus: Zum einen ein Motiv, sich auf das Gespräch einzulassen und zum anderen einen gemeinsamen Gesprächsgegenstand. Der individuelle Anreiz und das verbindende Thema sind Bedingungen für einen gemeinsamen Verstehenshorizont. Eine weitere wichtige Rahmenbedingung ist Zeit, die für das wechselseitige Kennenlernen und den Aufbau von Vertrauen notwendig ist.

Wissenschaftliche Politikberatung funktioniert nicht

Sozialwissenschaftliche Beratung von Politik, so wird anhand persönlicher Erfahrungen geschildert, verlaufe aus wissenschaftlicher Sicht regelmäßig ergebnislos. Dies gelte für Anhörungen und Beratungsgremien, und in etwas eingeschränkter Form auch für Enquete-Kommissionen. Oft würde den vortragenden Wissenschaftlern gar nicht zugehört. Wenn etwas aufgegriffen wird, so oftmals als vorschnelle Umsetzung unausgereifter Gedanken oder Jahre später in einem ganz anderen Kontext. Dies ist den unterschiedlichen Rationalitäten von Politik und Wissenschaft geschuldet, aber ebenso dem Gegensatz einer sich auf Problemdiagnose konzentrierenden Sozialwissenschaft und einer an Handlungsansätzen interessierten Politikpraxis. Übrig bleibt bei einzelnen Wissenschaftlern die Hoffnung, einmal in einem persönlichen Gespräch mit einem Entscheidungsträger Ideen vorzubringen, die in Erinnerung bleiben und deren Zeit irgendwann einmal kommt.

Die Kritik, sozialwissenschaftliche Argumente könnten je nach politischer Bedarfslage beliebig beschafft werden, wird zurückgewiesen. Es besteht ein erheblicher Unterschied zwischen der Gutachtertätigkeit eines gezielt ausgewählten Einzelwissenschaftlers und der Tätigkeit eines unabhängig agierenden wissenschaftlichen Gremiums. Wer über den mutmaßlich geringen Sachverstand von Politikern klagt, berücksichtigt dabei nicht, dass Politik eine Querschnittsaufgabe ist und stets eine Fülle von Themen zu behandeln hat, so einer der Teilnehmenden. Andere Praxisfelder sind dagegen thematisch wesentlich konzentrierter angelegt, was vermutlich auch zu anderen Formen der Rezeption führt.

Deutlich kritisiert wird die Vorstellung, Politikberatung durch die Wissenschaft müsse auf die Übernahme wissenschaftlicher Gedanken in die Politik hinauslaufen. Ein Teilnehmender hält dies für anmaßend, denn damit will der Wissenschaftler das politische Ergebnis vorwegnehmen und letztlich demokratische Entscheidungen durch wissenschaftlichen Ratschlag ersetzen.



Die gesellschaftliche Problembearbeitung ist bereits verwissenschaftlicht

Der Kontakt mit der akademischen Wissenschaft an Hochschulen ist für eine wissenschaftliche Problembearbeitung in vielen Fällen nicht erforderlich. Die Professionalisierung der Praxis hat dazu geführt, dass diese Aufgabe in Organisationen von wissenschaftlich ausgebildetem Personal übernommen wird. Dies zeigt auch, welche Bedeutung der berufliche Verbleib von Absolventen für das Verhältnis zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis hat.

Gesellschaftswissenschaften sollen Hilfe zur Verhaltensänderung leisten

Auf die Frage, welchen speziellen inhaltlichen Beitrag die Gesellschaftswissenschaften für bestimmte Praxisfelder leisten können, werden keine Antworten genannt. Allgemeiner wird ihr Potenzial mit Problembeschreibung und Ursachenanalyse dargestellt. Lösungen können die Gesellschaftswissenschaften nicht anbieten, da damit immer zugleich auch Wertfragen verbunden sind. Die Wertfreiheit der Wissenschaft kann aber gewahrt bleiben, wenn diese sich auf die Analyse der meist ohnehin bereits vorhandenen Lösungsvorschläge beschränkt, und deren mögliche Risiken und Nebenwirkungen aufzeigt. Dies sind dann wissenschaftliche Aussagen über die möglichen Folgen beabsichtigten Handelns. Gehör bei der Politik werden solche Überlegungen jedoch nur in den Phasen vor politischen Entscheidungen finden.

Dagegen sind die Erwartungen anderer Disziplinen und aus der Praxis an das, was die Gesellschaftswissenschaft leisten soll, recht eindeutig: Sie soll Hilfen zur Verhaltensänderung bereitstellen. Die Sozialwissenschaft hat hierfür jedoch keine Antworten, da sie sich in der Regel darauf beschränkt, das Zustandekommen bestehender Verhaltensweisen zu erklären, jedoch nicht untersucht, wie diese zu verändern sind. Es wird eine neue Art von Forschung benötigt, die neue Praktiken initiiert. Beispielhaft hierfür ist Professor Wolfgang van den Daele zu nennen, der Deliberationsverfahren initiiert und empirisch studiert hat.

Mögliche Dialogthemen für die Sozialwissenschaften schwer greifbar?

Als gesellschaftliche Problemlagen, die zum Thema eines Dialogs gemacht werden sollten, werden unter anderem genannt: Wie können die auseinanderdriftenden gesellschaftlichen Milieus wieder zusammengeführt werden? Kommunikation über Milieugrenzen hinweg findet, so sagt die Stadtforschung, immer weniger statt. Wer kann die Stadt-Umland-Beziehungen gestalten, wer die Innenentwicklung der Städte? Auch die Energiewende ist ein drängendes Thema. Als aktuelles Beispiel der Stiftungsarbeit wird die Verknüpfung der Themenfelder Arbeitsmarkt, demographischer Wandel und Regionalentwicklung genannt: Wie können ländliche Regionen angesichts des Fachkräftemangels im Kampf um die besten Köpfe mithalten? Welche Rolle kann hier eine gezielte Integrationspolitik spielen?

Die genannten Beispielthemen zeichnen sich dadurch aus, dass sie „immer das ganze Leben umfassen“, sich also mindestens aus Sicht der Praxis als hochkomplexe, sich über die Zeit verändernde Zusammenhänge darstellen. Doch die Fluidität und Veränderlichkeit eines Gegenstands ist aus Sicht der Sozialwissenschaft problematisch: Die Gültigkeit wissenschaftlicher Aussagen ist zeitlich beschränkt. Was heute richtig war, kann in wenigen Jahren falsch sein. Zwar kann dies mit einer regelmäßigen, institutionalisierten Berichterstattung über ein Feld aufgefangen werden, bei einzelnen Aussagen ist man dagegen vorsichtig. Darin zeigt sich eine Sehnsucht nach einfachen Rahmenbedingungen, wird aus Sicht der Praxis entgegnet, mit einem diagnostischen Bericht macht es sich die Wissenschaft zu leicht. Im gemeinsam definierten Sinn besteht Dialog darin, Akteure zu einer Kooperation zu bringen. Das ist erheblich schwerer.

Benötigt Dialog einen geschützten Raum?

Da der Druck von Machtverhältnissen und Rollenerwartungen Hindernisse eines offenen Dialogs sind, so ein Argument, muss es „geschützte Räume“ geben, in denen die Gesprächspartner von diesem Druck befreit sind. Die Räume dürften keine „Ohren haben“ und man müsse dem Dialog eine längere Laufzeit geben. Dem wird deutlich widersprochen: Der „geschützte Raum“ ist keine Option, die einen Dialog mit Politikern ermöglicht. Denen fehlt es schon an der nötigen Zeit. Üblich ist ein kurzer Small Talk, schon ein zweistündiges Gespräch ist eine absolute Ausnahme. Im Übrigen werden die Ideen eines individuellen Politikers im Prozess der politischen Willensbildung zermahlen. Persönliche Überzeugung genügt nicht, um politisch handlungsfähig zu sein. Es sind beispielsweise Koalitionszwänge und Ressortzuständigkeiten zu beachten, und im politischen Multi-Vetosystem der Bundesrepublik müssen auch die übrigen Vetospieler überzeugt werden.

Hilfreich kann ein geschütztes Dialogsetting jedoch für die Kommunikation mit anderen Praxisgruppen sein: Da die Angehörigen der Exekutive in anderen Zeithorizonten denken können und nicht unter den gleichen Zwängen stehen wie Politiker, sind sie für die Wissenschaft die interessanteren Gesprächspartner. Auch Organisationen der Zivilgesellschaft oder Bürgergruppen kommen als Dialogpartner in Frage.

Modelle für die Stiftungsarbeit

Dialog, so hat die Diskussion gezeigt, braucht zu seinem Entstehen verbindende Themen und Motivation zum Gespräch. Dialog benötigt auch, so ein Hinweis, den Mut zum Unperfekten, die Bereitschaft, sich auf Unfertiges oder Unvollendetes einzulassen. Hier hat die Wissenschaft große Schwierigkeiten, denn sie wartet die Perfektion ihrer Aussagen ab, bis sie zum Gespräch bereit ist. Deswegen hinkt sie der Diskussion hinterher. Für die Praxis hat dagegen die rasche Verbreitung und Diskussion von experimentellen Erfahrungen oder „best practices“ großen Nutzen. Dem wird entgegnet, dass die Verbreitung von „best practice“-Beispielen oftmals wenig Substanz hat.

Das Grundproblem bleibt jedoch, wie Beispiele aus Experimenten oder „best practices“ in andere Kontexte transferiert werden können. Voraussetzungen zur Umsetzung solcher Erfahrungen sind Macht oder mindestens eine Lern- und Veränderungsbereitschaft der Gesellschaft. In China wird systematisch mit gesellschaftlichen Regeln experimentiert und diese gegebenenfalls auf andere Regionen übertragen. Doch in China, so ein Einwand, wird nicht die Blaupause 1:1 übernommen, sondern aus der Vorlage etwas Eigenes entwickelt.

Wenn Dialog nicht von alleine entsteht, so muss sein Entstehen gefördert werden. Der erste Impuls kann von einer Förderinstanz ausgehen, die Themen setzt und gezielt zum Gespräch einlädt. Im Alternativmodell geht der Impuls von einem der Gesprächs-

partner aus, der dann von der Förderinstanz unterstützt wird. Doch die Gesellschaftswissenschaft beschränkt sich selbst, merkt ein Teilnehmer an, sie will ja nur analysieren. Im Gegensatz dazu ist ein pädagogisches Arbeiten nicht möglich, ohne sich ganz selbstverständlich in einem normativen Rahmen zu bewegen, und ohne zu gestalten. Die Schader-Stiftung, so der Schluss, muss daher auch selber Initiative ergreifen. Dialog, der erfolgreich sein will, muss Dauer haben, es braucht dafür Zeit und einen Rahmen. Als mögliche Form der Dialogförderung wird der Schader-Stiftung vorgeschlagen, Arbeitsgemeinschaften von Wissenschaftlern und Praktikern zu schaffen, die sich in einer gewissen Kontinuität treffen und auf ein bestimmtes Arbeitsergebnis oder Produkt hinarbeiten. Die zentrale Frage der Förderung des Dialogs zwischen Gesellschaftswissenschaften und Praxis bleibt stets: Wer redet mit wem, zu welchem Thema und warum?

Aus Sicht des Moderators

An der Jubiläumstagung der Schader-Stiftung als Moderator teilgenommen zu haben, war ein ertragreiches Vergnügen. Für bemerkenswert halte ich insbesondere zwei Dinge: Zum einen die Nachdrücklichkeit und Nachhaltigkeit, mit der die Stiftung ihre Partner – aktuelle wie künftige – in ihre Themenfindung und Strategieentwicklung für die kommenden Jahre einzubinden versucht. Und zum anderen den Mut, sich insbesondere mit dem Programmteil WorldCafé eines Formates zu bedienen, das gerade bei einem Kreis von Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die dieses Format nicht kennen, ein gewisses Risiko in sich birgt, auf der anderen Seite aber auch große Chancen mit sich bringt. Im Ergebnis der von mir moderierten WorldCafé-Runde sehe ich zahlreiche Ideen und Anregungen für die weitere Arbeit der Schader-Stiftung, die in Auswertung der Tagung hoffentlich insgesamt zu dem Ergebnis kommt: Experiment gelungen!



WorldCafé 6

Gastgeber: Prof. Dr. Thomas Pleil

Moderator: Prof. Dr. Franz Nick

Begleitung: Gudrun Kirchhoff

Rolle der Online-Kommunikation für die Gesellschaftswissenschaften

Das Internet prägt zunehmend die Realitätskonstruktion und damit die Wahrnehmung von Themen. Das Internetangebot kann man untergliedern in ein Informationsangebot und ein Angebot des Dialogs.

Bezüglich der Nutzung der Online-Kommunikation für den Dialog zwischen den Gesellschaftswissenschaften und der Praxis stellen sich einige grundlegende Fragen:

- Was findet man im Netz und was sollte man finden?
- Welche Ansätze des Dialogs mit der Praxis sind sinnvoll?
- Was bringt die Online-Publikation für die Wissenschaft?
- Wie steht es mit der Öffentlichkeit der Lehre?
- Welche Bedeutung haben „Social Media“ und spezielle Plattformen für den Dialog?

Bisher wird die Online-Publikation in den Gesellschaftswissenschaften eher gering bewertet. Bei großer Publikationsfreude im Internet besteht sogar die Gefahr der Reputationsminderung, man gilt schnell als „Dampfplauderer“. Gedruckte Publikationen und die Veröffentlichung von Aufsätzen in referierten Fachzeitschriften gelten immer noch als Maßstab für die wissenschaftliche Anerkennung. Dadurch gibt es wenig Anreiz, das Internet für die Kommunikation nicht nur mit der Praxis sondern auch innerhalb der Wissenschaft zum Beispiel zur Vernetzung zu nutzen. Das Internet dient bisher vor allem als Informationspool und als mediales Hilfsmittel.

Es gibt allerdings einige positive Beispiele für den Online-Dialog:

- Twitterkanal der Historiker mit Informationen zur Reichsprogromnacht am 9. November 1938 (<https://twitter.com/9nov38>),
- Videoserie in den USA zu wirtschaftswissenschaftlichen Themen,
- Science Blogs – die bisher jedoch vor allem im naturwissenschaftlichen Bereich angesiedelt sind.

Motivlage und Zielgruppen des Dialogs

Die Motive für den Dialog können zum einen gemeinwohlorientiert sein – man will zur Lösung eines gesellschaftlichen Problems beitragen. Zum anderen können ganz egoistische Motive dahinter stehen, zum Beispiel die Förderung der eigenen Karriere durch den Dialog. Beide Motive können sich ergänzen oder überschneiden. Voraussetzung, dass ein Wissenschafts-Praxis-Dialog gelingt, ist eine Praxis, die wissenschaftliche Expertise abrufen und eine Wissenschaft, die Antworten anbietet. Es stellt

sich also die Frage nach den Zielgruppen und Akteuren für einen wirksamen Dialog. Bei den Zielgruppen der Wissenschaft ist zu unterscheiden zwischen den Akteuren im Anwendungsbereich und der allgemeinen Öffentlichkeit und Politik. Wissenschaft braucht in der Regel enge Bezüge zu bestimmten Praxisgruppen, dies gilt insbesondere für die sogenannten Bindestrich-Soziologien, zum Beispiel die Arbeitssoziologie zu den Gewerkschaften. In der Rechtspraxis ist der intensive Dialog zwischen den Rechtswissenschaften und der Anwendungsebene des Rechts gang und gäbe. Im Zentrum des Dialogs stehen demnach Inhalte und je nach Disziplin und Anwendungsfeld ist der Dialog auch in den Dialogformaten verschieden.

Der Dialog darf keine Einbahnstraße sein, zum Beispiel als Angebot der Wissenschaft an die Praxis, sondern muss auch umgekehrt als Lernen von der Praxis verlaufen. Die Probleme der Praxis fallen nicht in den Kompetenzbereich einer einzigen Wissenschaft. Die Motivlage muss also auf beiden Seiten korrespondieren. Voraussetzung für einen wirksamen Dialog ist ein Akteursmix, die Nutzung der Interdisziplinarität der Wissenschaft (zum Beispiel die Arbeitssoziologie mit den Arbeitswissenschaften) und das Finden einer gemeinsamen Sprache.

Doch wie kann die Zielgruppe erweitert werden und damit die Kampagnenfähigkeit der Wissenschaft und der Einfluss auf die Politik? Hier bietet die verstärkte Online-Kommunikation eine geeignete Plattform, verbessert die Möglichkeit der Teilhabe und die Nutzung wissenschaftlicher Expertise zum Beispiel durch Nichtregierungsorganisationen.

Voraussetzungen für einen wirksamen Online-Dialog

Die Voraussetzungen für den Dialog sind:

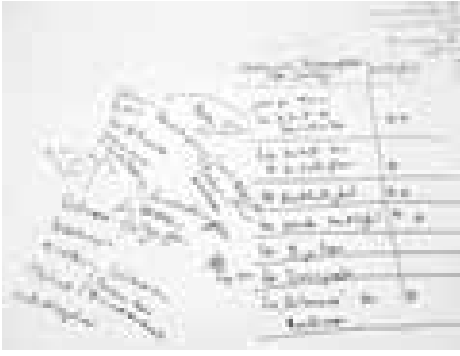
- Das Selbstverständnis der Wissenschaft zum Beispiel als Citizen Science,
- die Medienkompetenz der Wissenschaften – Web Literacy,
- ausreichend Zeit und Ressourcen von Wissenschaft und Praxis für den Dialog.

Das Internet kann den Raum für den Dialog erweitern. Der Online-Dialog braucht jedoch klare Spielregeln, er muss betreut und begleitet werden und die Anforderungen müssen definiert sein. Wichtig ist auch Vertrauen in Format und Institution als Grundlage für einen wirksamen Dialog. Folgende Voraussetzungen müssen also gegeben sein:

- Festlegung von Zielen und Aufgabenstellung,
- zeitliche und personelle Ressourcen,
- Einsatz eines Dialogmanagers,
- Festlegung eines Zeitrahmens.

Die Erfahrung zeigt, dass moderierte Online-Foren geeignete Dialogformate sind, wobei die Moderation durch einen Dialogmanager als *fördernder Faktor* entscheidend ist. Als weiterer fördernder Faktor ist eine serviceorientierte Anfangsschulung zur Schaffung von Dialogstrukturen vor allem für die Wissenschaft vorstellbar und wünschenswert.

Als eher *hemmender Faktor* wird die komplexe sprachliche Konstruktion in den Gesellschaftswissenschaften angesehen. Sie gilt als Herrschafts- und Kompetenzausweis. Einig sind sich die Teilnehmenden, dass die Sprache vereinfacht werden muss, um einen wirksamen Dialog führen zu können. Als weiterer hemmender Faktor wird das Fehlen von Leitmedien und Qualitätsjournalismus im Internet hervorgehoben. Es gibt zwar einzelne Lichtblicke, die sich langsam herauskristallisieren, aber insgesamt ist das Feld eher bunt und der Online-Diskurs wenig qualitativ. Angemerkt wird, dass die Kommunikation zwischen Wissenschaft und Praxis weiterhin on- und offline erfolgen sollte. Es hat sich als sinnvoll erwiesen, Online-Angebote durch direkte Kommunikation und den persönlichen Erfahrungsaustausch zu ergänzen, wobei Online-Offline-Grenzen zunehmend verschwimmen.



Gesellschaftswissenschaftliche Herausforderungen der nächsten zehn Jahre?

Bei der Frage nach den gesellschaftswissenschaftlichen Herausforderungen, den zentralen Fragestellungen und Perspektiven für die Zukunft, sind vier Bereiche hervorzuheben:

- Inklusion verknüpft mit Demographie und Vielfalt, gesellschaftliche Teilhabe und soziale Gerechtigkeit.
- Transformation der Gesellschaft durch die extreme Veränderung von Arbeit und Beruf. Mit dem Bedeutungsverlust von Arbeit geht ein zunehmender Identitätsverlust einher, der durch die Neuen Medien beschleunigt wird. Es stellt sich die Frage, ob komplexe Gesellschaften noch eine vernünftige Identität ausbilden können.
- Die Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Milieus und Identitäten und die Wechselbeziehung von Gesellschaft und Individuum. Wie sind die Fliehkräfte der unterschiedlichen Milieus zu bewerten und wie kann ein neuer gesellschaftlicher Zusammenhalt entstehen?
- Die Zukunft der Demokratie nach dem NSA-Skandal. Die Demokratie muss neu gedacht und vermessen werden und als Thema operationalisiert werden.

Welche Rolle könnten Stiftungen als Partner für den Dialog spielen?

Der Vorteil von Stiftungen ist, dass sie ohne Eigeninteresse Menschen zusammenbringen und den Dialog initiieren können. Dadurch genießen sie eine Vertrauensposition, die sie zu idealen Partnern des Dialogs zwischen Wissenschaft und Praxis macht. Sie können zudem ohne Rücksicht auf Interessen und Politik eigene Themen setzen. Das Programm „Lernen vor Ort“ hat gezeigt, dass Stiftungen als „Irritation“ des kommunalen Dialogs fungieren und damit neue Impulse setzen können. Stiftungen können innovative Ideen und Erfahrungen aufbereiten und kommunizieren, können also Erfahrungs- und Wissensmanagement betreiben und Lernplattformen für junge Menschen anbieten. Das Handlungsspektrum könnte ergänzt werden durch die Bewertung wirksamer Dialogformate und eine Aufbereitung entsprechender Good-Practice-Beispiele im Internet. Die Rolle von Stiftungen kann also vielfältig sein.

Ausgehend von den beschriebenen Herausforderungen sind für die zukünftige Arbeit der Schader-Stiftung folgende strategische Themenfelder vorstellbar:

- Zukunft der Demokratie,
- Zukunft des Wirtschaftens,
- Nachhaltigkeit,
- Generationengerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit,
- Migration, Demographie, alternde Gesellschaft,
- Realität 2.0: Bedeutung künstlicher Intelligenz, Strukturierung des Alltags durch Algorithmen / Smart Living / „Autonomie“ von Maschinen,
- Überwachung Internetverkehr,
- Bildung: Lebenslanges Lernen, Zukunft von Schulabbrechern.

Die Themen „Zukunft der Demokratie“ und „Zukunft des Wirtschaftens“ werden dabei als prioritär aber als schwierig und abstrakt für den Dialog mit der Praxis eingeschätzt.

Aus Sicht des Moderators

Unter dem Eindruck der morgendlichen Keynotes werden die Nachhaltigkeit und die Zukunft des Wirtschaftens als besonders bedeutsame Themen diskutiert, wovon Projektaufträge abgeleitet werden sollten. Auch die Zukunft der Demokratie, unter den Aspekten der Steuerung der Gesellschaft, der Wissensgesellschaft und der sozialen Gerechtigkeit wird als wichtiger Themenpulk für den Dialog herausgestellt. Eine These lautet dabei: Die Demokratie muss neu vermessen werden.

Perspektivisch sollte nach Auffassung der WorldCafé-Besucher die Transformation der Gesellschaft mit Blick auf die Veränderungen von Arbeit und gewandelte Berufsbilder das Interesse der Schader-Stiftung finden. Ebenfalls verdient die Veränderung der Kommunikation in der Gesellschaft durch soziale Netzwerke Beachtung. Die Online-Kommunikation wird als Instrument zur Unterstützung des Dialogs, insbesondere wegen der vergrößerten Reichweite, gesehen. Dabei müsste sich jedoch die Wissenschaftssprache um Verständlichkeit für die Praxis bemühen.



WorldCafé 7

Gastgeber: Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel

Moderator: Prof. Dr. Hanns H. Seidler

Begleitung: Claudia Bolte

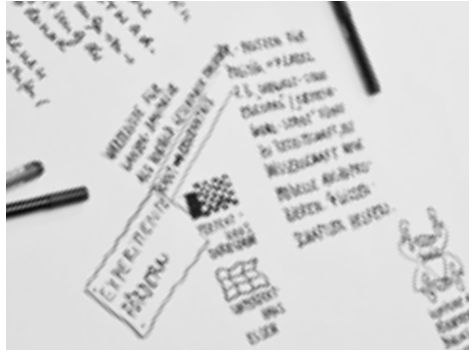
Gute Erfahrungen im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis

Die Disziplinen Stadtplanung und Architektur bilden ein Feld vielfältiger Dialogbeziehungen zwischen Akteuren und Stakeholdern. Eine Status quo-Betrachtung zeigt, dass der Dialog zwischen diesen Wissenschaften und der Praxis bereits in Akademien stattfindet, wie beispielsweise der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, sowie in Hochschulen und Stiftungen. Diese Akteure bieten gute Zugänge zu den Dialogpartnern. Förderlich gestalten sich in diesem Zusammenhang vor allem „familiäre Situationen“ – die Möglichkeit, sich in einem engen Kreis austauschen zu können. Einen solchen Ort der Begegnung und des Austauschs bietet auch die Schader-Stiftung.

Kommunen und Wissenschaft brauchen Orte für Experimente und Bürgerwissen

Ein Beispiel, wie die Wissenschaft ihren Weg in die Praxis findet, wird von den Teilnehmenden auf der kommunalen Handlungsebene gesehen. Manche Kommunen greifen zur Bewältigung komplexer kommunaler Zukunftsaufgaben und zur Legitimation kommunalpolitischen Handelns auf wissenschaftliche Expertise zurück und kommunizieren diese somit auch in die Praxis. Da den Kommunen oftmals der Raum und die Möglichkeiten fehlen, neue experimentelle Wege einzuschlagen, werden vorrangig abgesicherte beziehungsweise anwendungserprobte wissenschaftliche Erkenntnisse nachgefragt. Dennoch werden Experimente als wichtig erachtet, um innovative Lösungen zu generieren. Die Schaffung von Experimentierfeldern kann ein neues Forschungsfeld für die Gesellschaftswissenschaft beschreiben. Dabei bedarf es auch einer gewissen Risikobereitschaft der Wissenschaft, geschlossene Theorien nicht nur genuin sondern querschnittsorientiert weiterzudenken und sich einer Sprache zu bedienen, die für die Praxis verständlich ist.

Gerade der Paradigmenwechsel in der Stadtentwicklung von Wachstum zu Schrumpfung liefert diesbezüglich Experimentierstoff. Beispielsweise erfordert die Anpassung an demographische Schrumpfungsbedingungen teilweise alternative Versorgungslösungen, wie freiwillige Fahrdienste oder virtuelle Schulen, die sich aufgrund einer Vielzahl von Regelungen und standardisierten Vorgaben oft nicht umsetzen lassen oder zu „kalkulierten Regelverstößen“ führen. Es stellt sich die Frage, wie solche Regelverstöße zukünftig systematisiert und eine Hinterfragung von Rechtsnormen erfolgen kann. Derzeit erproben einige Bundesländer, wie eine Standardöffnung oder Befreiung von landesrechtlichen Bestimmungen erfolgen kann, um die kommunalen Handlungsspielräume zu erweitern. Es wird angeregt, dass die Schader-Stiftung solche Experimente und Fragestellungen aufgreift.



Dialogstrukturen zwischen Wissenschaft und Praxis

Die Dialogstrukturen zwischen Wissenschaft und Praxis bestehen auf kommunaler Ebene überwiegend zwischen Stadt und Wissenschaft auf der einen und den Bürgern und der Stadt auf der anderen Seite. Der direkte Dialog zwischen Bürgern und Wissenschaft findet bisher kaum statt. Einen solchen Dialog zu fördern ist Ziel aktueller Projekte, wie beispielsweise „Citizen Science“, „Labore für die Zivilgesellschaft“ oder „Community-Based Research“. Hier geht es über den Erfahrungsaustausch hinaus auch um die wissenschaftliche Reflexion des Handelns. Damit die Partizipation der Bürgergesellschaft erfolgreich ist, muss sie von den Kommunen gezielt gefördert werden und politisches Gewicht bekommen. Fördernd ist in diesem Prozess die Erarbeitung konkret sichtbarer Ergebnisse, beispielsweise die Schaffung von Labels für die eigene Stadt wie „Umwelt-Stadt Europas“, „Wissenschaftsstadt“ oder „Gemeinwohlstadt“. Der Wissenschaft kommen in diesem Dialog zwei Rollen zu: 1. die Vermittlung technischen Expertenwissens an die Bürger und 2. die Sicherstellung einer nachhaltigen, gerechten Prozessmoderation.

Um den Rahmen für Dialog- und Experimentierprozesse zu schaffen und diese zu fördern, erscheinen die folgenden Aspekte wesentlich: Zum einen wird eine gewisse „Unperfektheit des Ortes“ als hilfreich erachtet, um Innovationen entstehen zu lassen. Innovationen entstehen demnach nicht an „perfekten“ Orten, sondern eher an Orten, an denen Probleme erkennbar beziehungsweise sichtbar sind. Eine Teilnehmerskizze verdeutlicht, angelehnt an das so genannte „Unperfekthaus“ in Essen, dass die Schader-Stiftung als ein solcher Denk- und Gesprächsraum fungieren könnte.

Es bedarf einer Abkehr von der Suche nach einer perfekten Lösung für komplexe gesellschaftliche Probleme. Dialogprozesse sollen vielmehr der Entstehung vielfältiger Lösungsansätze dienen. Maßgeblich für jeden Dialogprozess ist dabei die Gewinnung der „richtigen“ Akteure für ein Thema. Im Zusammenhang mit der Frage, wie beispielsweise „Lernorte“ gestaltet werden müssen, um ansprechend zu wirken, zeigt sich der Bedarf nach konkreten Handlungs- und Anwendungswissen. Hierfür wird die Kooperation von Architektur und Städtebau mit der Pädagogik als zielführend angesehen.

Entwicklung von Partizipationsprozessen – Interdisziplinäre Ansätze und die Rolle der Gesellschaftswissenschaft

Das Partizipationsverhalten zivilgesellschaftlicher Gruppen im Planungsprozess hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Dies bietet auch der Wissenschaft die Möglichkeit, verstärkt Erkenntnisse aus der Praxis zu generieren und miteinzubinden. Wie sich neue Formen der Planungspartizipation zivilgesellschaftlicher Gruppen gestalten und wie Bürger als Experten oder „Bürgerflüsterer“ alternativ beziehungsweise additiv zu bisherigen institutionalisierten Verfahren in den Dialog gebracht werden können, bedarf einer genaueren Analyse. Vor allem aber sind die Gründe, Bedingungen und Konsequenzen für die Umsetzungsschwierigkeiten von Großprojekten in interdisziplinärer Form zu untersuchen. Insgesamt stellt sich die Frage, welche Ansatzpunkte die

Wissenschaft liefern kann, damit Bürgerbeteiligungsprozesse dahingehend gestaltet werden können, Gemeinwohlinteressen abzufragen und wissenschaftliche Erkenntnisse zu gewinnen. Vor allem online-gestützte Partizipationsprozesse erfahren seit einiger Zeit einen Aufschwung. Eine Aufgabe der Sozialwissenschaft könnte darin gesehen werden, diese Systeme zu konzipieren, zu evaluieren und bestimmte Fragen aufzuwerfen, etwa: „Was wollen die Bürger?“, „Wie reagieren Politik und Verwaltung darauf, beziehungsweise was halten sie dagegen?“, „Welche Rolle spielen Macht und Interessen?“.

Unter den Teilnehmenden besteht Einigkeit darüber, dass eine Entscheidungsfindung in den genannten Prozessen nur gewährleistet werden kann, wenn die Bürger mit in die Verantwortung genommen werden. Nur wenn die Bürger auch für die Konsequenzen ihrer Entscheidungen Verantwortung tragen, können solche Prozesse institutionalisiert werden. In den Fragen, wie die Verantwortung übertragen werden kann und unter welchen Voraussetzungen eine Selbstregulierung funktionieren kann, wird Diskussionsbedarf gesehen. Diesen Diskurs könnte die Schader-Stiftung organisieren.

Interdisziplinarität und Forschungsverbünde in der Gesellschaftswissenschaft

Ein Blick auf die Forschungslandschaft und hier speziell auf die Verbundforschung und geförderte Forschung (etwa durch Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft oder des Bundesministeriums für Bildung und Forschung) zeigt, dass bestimmte Forschungsdisziplinen mit deutlich mehr Mitteln versehen werden als andere. In Verbindung damit steht oftmals auch ein bestimmtes Qualitätslabel. Eine Aufgabe für die Schader-Stiftung könnte es sein, sich vor allem den riskanten Forschungen, Nischenforschungen oder experimentellen Forschungen anzunehmen.

Forschung im Verbund bedeutet vielfach auch Zusammenarbeit in interdisziplinären Teams. Nach Meinung einiger Teilnehmer findet Interdisziplinarität in den Ingenieurwissenschaften häufiger Anwendung als in den Gesellschaftswissenschaften. Ein Dialog zwischen der Wissenschaft und der Praxis auf der einen Seite aber auch innerhalb der Wissenschaft (mit anderen Lehrstühlen beziehungsweise Disziplinen) und innerhalb der Praxis (Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft) wird als notwendig formuliert. Dabei zeigt sich allerdings, dass Interdisziplinarität vor allem dann funktioniert, wenn die Bearbeitung von Forschungsaufgaben eine Zusammenarbeit erfordert.

Die Zusammenarbeit von Vertretern aus der Wissenschaft mit der Praxis wird in der wissenschaftlichen Community in Deutschland oftmals als Hemmnis angesehen. In anderen Ländern wie beispielsweise den USA wird der Praxisbezug weitaus positiver bewertet. Hierzulande ist demnach ein Dialog innerhalb der Wissenschaft notwendig, um den Mehrwert der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis zu verdeutlichen. Weiterhin wird ein stärkerer Praxisbezug der Gesellschaftswissenschaft als notwendig erachtet, um zukünftig alle gesellschaftlichen Gruppen in einer an Heterogenität zunehmenden Gesellschaft erreichen zu können. An dieser Stelle befinden sich die Gesellschaftswissenschaften als beobachtende Wissenschaften in einem Dilemma. Da sie sich mit der Abbildung der Praxis befassen, müssen sie eine gewisse Distanz wahren. Auf der anderen Seite besteht die Forderung einer Zusammenarbeit mit der Praxis, weshalb sie keine Distanz zu dieser pflegen sollen. In der wissenschaftlichen Beobachtung wird eine Gesellschaft anhand von Daten und Statistiken simuliert bzw. visualisiert, deren Abgleich mit der Realität erfolgen muss. Auch dieser Konflikt kann einen Ansatzpunkt für die Schader-Stiftung darstellen.

Aus Sicht des Moderators

Ausgangspunkt der Diskussionen sind die Überlegungen zum Dialog von Wissenschaft und Praxis im Bereich Stadtplanung und Architektur. Sehr schnell besteht Übereinstimmung, dass es wenig fruchtbar ist, wenn die Wissenschaft die Praxis mit geschlossenen Theorien konfrontiert, die umzusetzen sind. Weitaus zielführender ist es, wenn „Orte des Dialogs“ geschaffen werden können, die Gelegenheit zu Experimenten geben, wo neue, auch durchaus risikoreiche Gedanken gedacht und hergebrachte Normen und Erfahrungen in Frage gestellt werden können.

Dafür muss aber auch eine Dialogfähigkeit hergestellt werden, die insbesondere die Bereitschaft der Wissenschaft umfasst, Praxis nicht als wissenschaftlich „minderwertig“ zu qualifizieren, sondern in einem erweiterten Sinne der Interdisziplinarität in den eigenen Erkenntnisprozess einzubinden, ohne die notwendige reflexive Distanz aufzugeben. Die Einbindung der Praxis kann mittlerweile durch IT-gestützte Partizipation erfolgen mit der Zielsetzung, eine translationale Wissensproduktion zu ermöglichen.



Impressionen aus dem WorldCafé

Zwanzig Personen an einem großen Tisch, darauf eine sparsam bekratzte weiße Decke: Bei Gastgeberin Professorin Mayntz scheuen die Besucher den Griff zum Textmarker, um ihre Gedanken aufs Tapet zu bringen. Aber manches prägt sich auch so ein. Zum Beispiel die Ideen, die Dr. Hinz, Moderator der Runde und Kanzler an der Universität Erfurt, mit seiner Frage auslöst: „Was könnte die Schader-Stiftung Gutes tun?“ Sie könnte den auseinander driftenden Milieus der Städte ein Forum bieten, regt der Abgeordnete des Hessischen Landtags, Michael Siebel, an: „Die reden doch alle nicht mehr miteinander.“ Dass eine gewisse Verbindlichkeit auch einer Kaffeehausdiskussion gut tut, zeigt sich am Tisch der Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung, Professorin Allmendinger. Die Gäste stellen sich kurz vor, die Gastgeberin macht klare Ansagen. Wie könnte ein neues Konzept für die Stiftung aussehen, lautet eine Leitfrage. Von einem Vertrauensraum ist daraufhin die Rede, von einem Ort, an dem sich gesellschaftliche Akteure ohne Handlungsdruck offen austauschen können. Und welchen Themen sollte die Stiftung sich zuwenden? Soll sie ein „Club der toten Themen“ werden oder Agenda Setting betreiben? So spitzt es ein Wissenschaftler zu und in der Diskussion, die er damit entfacht, neigt sich die Waagschale zugunsten der zu Unrecht liegen gebliebenen Fragen.

Sollte die Stiftung sich also eher mit der Energiewende beschäftigen statt auf aktuelle Megathemen wie Wachstum zu setzen? „Man muss die Fragen identifizieren, die im gängigen Förderzirkus nicht vermittelbar sind“, heißt es an diesem Nachmittag auch am Tisch des Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Professor Lesenich. Ein Beispiel: Vor 25 Jahren, im Gründungsjahr der Stiftung, wollte niemand etwas von dem Problem alternder Belegschaften wissen. Heute ist das Mainstream. Unterdessen kündigen sich die Themen von morgen an. Vielleicht sogar auf weißen Tischdecken.

„Die Sozialwissenschaften haben es schwer in den Medien. Dabei befassen sich doch gerade Disziplinen wie Soziologie, Psychologie, Politologie, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften mit Themen, die die Gesellschaft und jeden Einzelnen betreffen.“ Das Zitat stammt aus einem Beitrag von Burckhard Wiebe in dem 1996 erschienenen Handbuch „Wissenschaftsjournalismus“. Seither sind viele Jahre vergangen, doch an dem Befund hat sich offenbar nicht viel geändert.


Themen aus den Gesellschaftswissenschaften hätten kaum eine Chance in den Medien, klagen Besucher des WorldCafés des Eichstätter Journalistik-Professors Altmepfen. Das Interesse an Ergebnissen aus der sozialwissenschaftlichen Forschung lasse zusehends nach. „Vielleicht hat das damit zu tun, dass unsere Studien oft über lange Zeit laufen“, lautet ein hilfloser Erklärungsversuch. Andere suchen die Schuld bei den Medien. Deren zunehmende Ökonomisierung prangert Professor Miegel an. Heute gebe es keine richtigen Redaktionen mehr, moniert der Bonner Sozialforscher und


Publizist. Rar geworden seien feste Stellen, die Fachredakteuren den nötigen Freiraum verschafften, um Themen wirklich auf den Grund zu gehen. Stattdessen habe man es mit einem Heer mehr oder weniger kenntnisfreier Universaljournalisten mit kurzfristigen Verträgen zu tun. „Früher kamen die Journalisten mit einem Konzept zum Interview“, berichtet Miegel, „heute fragen sie mich, was sie mich denn fragen sollen.“ Widerspruch erntet der Gründer des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft in Bonn erst, als er anhebt, sich über die massenhaften Informationspartikel zu beschweren und mehr Einordnung und Überblick von den Medien zu fordern. „Wir haben doch die beste Informationslage der Welt“, heißt es dagegen von der anderen Seite des Tisches, „und feste Stellen gibt es in den Medien nach wie vor reichlich, zumindest bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten.“ Der Geräuschpegel im WorldCafé schnellte an diesem Nachmittag gelegentlich nach oben – dies war so ein Moment.

Das kurze Wortgefecht zeigt: An den Stellen allein kann es nicht liegen. Aber an was liegt es dann? Am Tisch von Gastgeber Professor Altmeppen sucht man in dieser Frage ebenso nach Antworten wie an anderen Tischen. Denn eigentlich, so formuliert es ein Wissenschaftler am Tisch des Soziologie-Professors Lessenich, würde man erwarten, dass die Kluft zwischen Gesellschaftswissenschaften, Gesellschaft (und Medien) sich durch die zunehmende Akademisierung schließt. Erstaunlich sind in diesem Zusammenhang auch die Befunde einer repräsentativen Journalisten-Studie aus Dortmund: Demnach hat der überwiegende Teil der festangestellten Wissenschaftsjournalisten in Deutschland ein Studium in den Sozial- oder Geisteswissenschaften absolviert. Und doch finden sich auf den Wissenschaftsseiten und in den Wissenschaftssendungen fast nur Themen aus Naturwissenschaften, Technik und Medizin. Einmal im Berufsleben angelangt, wenden sich die Redakteure, so scheint es, von ihren akademischen Wurzeln ab.

Eine Vernachlässigung, die im WorldCafé nicht hingenommen wird und so gibt es allenthalben Vorschläge zur Verbesserung der Situation. Vielleicht könnte ein Preis Wissenschaftsjournalisten locken, sich mit den Gesellschaftswissenschaften zu beschäftigen, schlägt ein Gast vor. Vielleicht, so ein anderer, wäre eine Summer School der richtige Weg, um Forscher und Journalisten ins Gespräch zu bringen. Auch die gute alte Idee von einer unabhängigen Stiftung Medientest – sie geht auf eine 1994 von Richard von Weizsäcker berufene Sachverständigenkommission zurück – wird erneut bemüht. Mit Hilfe einer solchen Stiftung, so die Hoffnung, sollten sich wichtige Themen besser platzieren lassen. Aber sind die Gesellschaftswissenschaften wirklich auf die große Schwester Medientest angewiesen? Oder schaffen sie es auch allein?

Lilo Berg

Ihre Anregungen zum Fachkongress 

Name: 

DIE STIFTUNG DARF MUT FÜR ERNEUERUNG,
FÜR EXPERIMENTELLEN FREIRAUM,
FÜR DEN VON MIEGEL GEFORDERTEN
PARADIGMENWECHSEL HABEN UND
IN VERANTWORTUNG UND VORREITER-
ROLLE GEHEN!

*Danke für
die Tagung +
Dialekt +
Forum!*

6

Anhang

98 **Biogramme der Teilnehmenden**

114 **Publikationen der Schader-Stiftung**

Biogramme der Teilnehmenden



Prof. Dr. Gabriele Abels, geboren 1964, ist seit September 2007 Professorin für politische Systeme Deutschlands und der EU sowie Europäische Integration an der Universität Tübingen. Abels studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Englische Philologie an der Universität Marburg. Ihr wissenschaftliches Interesse gilt vorrangig dem Prozess der europäischen Integration. Sie ist Mitherausgeberin der „femina politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft“ und seit 2012 Vorsitzende der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Prof. Jutta Allmendinger Ph.D., geboren 1956, ist Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und Professorin an der Humboldt-Universität Berlin. Allmendinger studierte Soziologie und Sozialpsychologie an der Universität Mannheim, wurde an der Harvard University promoviert und habilitierte sich an der Freien Universität Berlin. Sie ist in zahlreichen Beiräten im In- und Ausland tätig, u. a. im Beirat der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration. 2013 erhielt Allmendinger den Schader-Preis.



Prof. Dr. Klaus-Dieter Altmeyden, geboren 1956, ist Professor für Journalistik an der Universität Eichstätt-Ingolstadt. Er absolvierte das Studium der Neueren Geschichte, Publizistik und Politikwissenschaft in Münster. Altmeyden war Gastprofessor am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg und am Institut für Publizistikwissenschaft und Medienforschung der Universität Zürich. Seit 2010 ist Altmeyden Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft.



Petra Becher, geboren 1963, ist Geschäftsführerin des Bürgerinstituts e.V. – Soziales Engagement in Frankfurt am Main. Nach dem Abitur und diversen zusätzlichen Ausbildungen im Bereich des Finanzwesens sammelte sie langjährige Leitungserfahrung und -verantwortung im Bereich der Finanzindustrie. Ihre beruflichen Schwerpunkte sind Marketing, PR, Vertrieb, Produktentwicklung und Fundraising.



Prof. Dr.-Ing. Klaus J. Beckmann, geboren 1948, war von 2006 bis Oktober 2013 Institutsleiter des Deutschen Instituts für Urbanistik in Berlin. Nach dem Studium des Bauingenieurwesens an der Technischen Universität Braunschweig promovierte er dort 1983 zum Dr.-Ing. Danach folgte der Ruf an das Institut für Stadtbaugesellschaft und Stadtverkehr an der Technischen Hochschule Aachen sowie die Mitgliedschaft im Wissenschaftlichen Beirat für Verkehr des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung.



Iris Behr, geboren 1954, ist seit 1981 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Behr ist Rechtsanwältin und hatte Lehraufträge an deutschen und ausländischen Universitäten inne. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die kommunale Wohnungspolitik und -wirtschaft in Deutschland und mittel- und osteuropäischen Ländern, die Durchführung von bilateral, EU oder UNECE geförderten Projekten, insbesondere die Politik- und Gesetzgebungsberatung in den Akzessionsstaaten.



Lilo Berg ist seit 2013 freie Wissenschaftsjournalistin in Berlin und betreibt ein Büro für Wissenschaftskommunikation – „Lilo Berg Media“. Sie studierte Germanistik und Psychologie in Bonn, Mainz und Berlin. Sie war Wissenschaftsredakteurin der Süddeutschen Zeitung in München sowie Leiterin des Ressorts Wissenschaft und leitende Redakteurin der Berliner Zeitung in Berlin. Berg gibt Seminare und hat Lehraufträge zum Thema Wissenschaftsjournalismus an Universitäten und Journalistenschulen inne. Zudem ist sie als Moderatorin im Bereich Wissenschaft, Medizin, Technik und Bildung tätig.



Monika Berghäuser M.A., geboren 1955, Soziologin und Assessor juris, ist seit 2007 als freie Autorin und Lektorin für die Schader-Stiftung tätig. Sie studierte Rechtswissenschaften, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Gießen. Ihr Arbeitsschwerpunkt als Autorin liegt im Bereich innovative Wohnkonzepte und gemeinschaftliche Wohn-Pflegeformen.



Prof. Dr. Helmuth Berking, geboren 1950, ist seit 2002 Professor für Soziologie an der Technischen Universität Darmstadt. Er war Gastprofessor an der Freien Universität Berlin, an der Technischen Universität Berlin und an der Universität Freiburg. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Globalisierungstheorien, kulturelle Globalisierung und Urban Anthropology. Berking ist u.a. Mitherausgeber und Redakteur der Zeitschrift „Ästhetik und Kommunikation“ sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Bauhaus Dessau.



Prof. Dr. Daniel Bieber, geboren 1956, ist seit 2004 Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Universität Heidelberg sowie Geschäftsführer und Wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Sozialforschung und Sozialwirtschaft in Saarbrücken. Er studierte Soziologie, Volkswirtschaft und Philosophie an der Universität Frankfurt. Biebers Arbeitsschwerpunkte liegen u.a. in der Innovationsforschung, der Veränderung von Arbeit und Organisation sowie in der Unternehmens- und Politikberatung.



Claudia Bolte ist Diplomingenieurin der Raum- und Umweltplanung und arbeitet seit 2012 als wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der Schader-Stiftung in Darmstadt. Von 2004 bis 2009 studierte sie an der Technischen Universität Kaiserslautern. Im Anschluss daran war sie drei Jahre als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Regionalentwicklung und Raumordnung der Technischen Universität Kaiserslautern tätig. Ihr Schwerpunkt liegt im Bereich der Projektkoordination des Forschungs-Praxis-Projektes „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“.



Prof. Dr. Wolfgang Bonß, geboren 1952, ist seit 1995 Professor für allgemeine Soziologie an der Universität der Bundeswehr in München und seit 2012 Sprecher des Forschungszentrums RISK. Bonß absolvierte das Studium der Soziologie, Politikwissenschaft, Germanistik, Geschichte und Jura in München. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Risiko und Unsicherheit in modernen Gesellschaften und Soziologie der Arbeit und Arbeitslosigkeit.



Prof. Dr. Hans-Liudger Dienel, geboren 1961, hat die Professur für Arbeitslehre/Technik an der Technischen Universität Berlin inne. Er studierte Maschinenbau, Geschichte und Philosophie an der Universität Hannover, der LMU München und der Technischen Universität München. Dienel war u.a. Geschäftsführer des Zentrums Technik und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin. Zudem war er Gastprofessor an der Technischen Universität Wien am Institut für Technik und Gesellschaft. Dienels Arbeitsschwerpunkte liegen u.a. im Bereich des Wissens- und Kooperationsmanagements und der Innovationsforschung.



Dr. Oliver Döhrmann, geboren 1978, arbeitet seit 2012 im Kompetenzzentrum Wissenschaft der Stiftung Mercator in Essen. Dem Studium der Philosophie und der Psychologie folgte die Promotion in Psychologie/Kognitiver Neurowissenschaft an der Universität Maastricht sowie von 2009 bis 2011 ein Postdoktorat am Massachusetts Institute of Technology und der Boston University. Döhrmann ist u.a. Mitglied der Neurowissenschaftlichen Gesellschaft und der Organisation for Human Brain Mapping.



Yvonne Endes M.A., geboren 1962, ist Geschäftsführerin des Deutschen Werkbunds Baden-Württemberg. Sie studierte Kunstgeschichte, Baugeschichte und Literaturwissenschaften an der Universität Karlsruhe. Ihre beruflichen Schwerpunkte im Werkbund sind u.a. die Verwaltung einer interdisziplinären Kulturinstitution, die Mitarbeit an der inhaltlichen und praktischen Konzeption und Umsetzung von Aktivitäten, die Beschäftigung mit disziplinübergreifenden Gestaltungsfragen sowie der Aufbau und die Pflege von Netzwerken und Kooperationen.



Sebastian Fellner, geboren 1988, ist seit 2013 studentischer Mitarbeiter der Schader-Stiftung. Er studiert an der Technischen Universität Darmstadt den Master-Studiengang Governance und Public Policy. Zuvor absolvierte er ein Studium der Politik- und Kommunikationswissenschaften an der Universität Augsburg.



Dr. Marion Fleige, geboren 1977, ist Leiterin des Programms „Inklusion/Lernen im Quartier“ am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für lebenslanges Lernen (DIE) in Bonn. Sie studierte Erziehungswissenschaften und Evangelische Theologie. Zu ihren beruflichen Stationen gehören die Technische Universität Chemnitz, die Humboldt-Universität zu Berlin und die Universität der Bundeswehr Hamburg. In der Forschung befasst sie sich mit Programmen, Räumen und Lernorten der Erwachsenenbildung.



Verena Fries, geboren 1985, ist seit 2012 bei der Schader-Stiftung in Darmstadt und dort seit 2013 als Assistentin des Stifters tätig. Sie schloss im Frühjahr 2012 das Studium der Diplomsoziologie mit dem Schwerpunkt Bildung und Macht an der Technischen Universität Darmstadt ab.



Alexander Gemeinhardt M.A., geboren 1973, ist seit 2013 Vorstandsvorsitzender und Direktor des Stiftungszentrums der Schader-Stiftung in Darmstadt. Gemeinhardt absolvierte das Studium der Religionspädagogik, des Sozialwesens und der Sozialen Verhaltenswissenschaften. Er war zunächst Geschäftsführer des Evangelischen Bundes Hessen und Nassau, dann Geschäftsführer und Publizistischer Referent des Konfessionskundlichen Instituts in Bensheim.



Dr. des. Anja Gerdemann, geboren 1976, ist wissenschaftliche Volontärin der Abteilung Kunst- und Kulturgeschichte am Hessischen Landesmuseum Darmstadt. Sie absolvierte ein Studium der Kunstgeschichte, Theater-, Film- und Fernsehwissenschaft und Skandinavistik in Erlangen, Oslo und Köln. Gerdemann war Promotionsstipendiatin im Graduiertenkolleg „Imaginatio Borealis“ an der Universität Kiel. Gerdemann promovierte 2011 an der Universität zu Köln. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit der Kunst des 19. und 20. Jahrhunderts sowie der Kunst nördlich der Alpen/Skandinavien.



Silke Geschka-Rasbieler, geboren 1969, ist seit 2006 im Amt für Wirtschaft und Stadtentwicklung im Bereich Standortmarketing der Stadt Darmstadt tätig. Sie studierte Publizistik, Psychologie und Filmwissenschaft an der Universität Mainz. Geschka-Rasbieler war PR-Referentin bei der Wella AG in Darmstadt und ist seit 2001 Redakteurin in der Pressestelle der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Zudem ist sie freiberuflich im Bereich strategische Markenbildung tätig, u. a. bei der Geschka & Partner Unternehmensberatung.



Dana Giesecke ist seit 2011 wissenschaftliche Leiterin der FUTURZWEI-Stiftung Zukunftsfähigkeit in Berlin. Sie studierte Soziologie mit kultursoziologischem Schwerpunkt Kunstgeschichte und Kommunikationswissenschaft an der Technischen Universität Dresden. Giesecke war Leiterin der Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Gieseckes Forschungsschwerpunkte sind u. a. die Kultur-, Kunst- und Mediensoziologie sowie die Wissens- und Professionssoziologie.



Dr. Franz Grubauer ist Oberkirchenrat und Referent für Statistik und Sozialforschung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau. Zuvor war er Generalsekretär des Verbands Evangelischer Akademien in Deutschland. Er gehört der Präsidialversammlung des Deutschen Evangelischen Kirchentags an und war Lehrbeauftragter am Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt.



Dipl.-Ing. Alexander Grünenwald, geboren 1949, ist Geschäftsführer der BauWohnberatung Karlsruhe und Leiter der Regionalstelle des Forum Gemeinschaftliches Wohnen. Er studierte Architektur und gründete 1980 die „Gruppe 4 Plus“, 1998 das Büro „Grünenwald+Heyl Architekten“. Seit Januar 2013 ist Grünenwald Vorsitzender des Deutschen Werkbunds Baden-Württemberg sowie Mitglied im Bundesverband Baugemeinschaften. Seine Arbeitsschwerpunkte sind innovative soziale Wohnprojekte und integrale, prozessorientierte Planungsmethoden.



Dr. Thomas Hain ist seit Oktober 2013 leitender Geschäftsführer der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte/Wohnstadt. Hain studierte Volkswirtschaftslehre an der LMU München. Er war u.a. Marktteamleiter der HYPO Vereinsbank Leipzig, Leiter der Immobilienabteilung der Deutschen Kreditbank Leipzig und Geschäftsführer der VOLKSWOHNUNG GmbH Karlsruhe.



Dr. Ulrich Hatzfeld ist Leiter der Unterabteilung Stadtentwicklung im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Hatzfeld studierte Stadt-, Regional- und Landesplanung an der Universität Dortmund. Er war Inhaber des Büros „Hatzfeld-Junker, Stadtforschung/Stadtplanung“ sowie Gruppenleiter Stadtentwicklung im Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen.



Prof. Dr. Michael Haus ist seit April 2012 Professor für Moderne Politische Theorie an der Universität Heidelberg. Er studierte die Fächer Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie an der Universität Frankfurt und an der Universität Heidelberg. Haus ist Sprecher des Arbeitskreises „Lokale Politikforschung“ sowie Mitglied im Beirat der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Walter Hiller, geboren 1949, ist seit 2005 Direktor für Kommunikation und internationale Beziehungen der Software AG-Stiftung in Darmstadt. Nach einem Studium der Germanistik, Politik und Pädagogik für das gymnasiale Lehramt an der Universität Frankfurt war er zunächst als Oberstufenlehrer an einer Freien Waldorfschule tätig, anschließend wurde er Bundesgeschäftsführer der Freien Waldorfschulen. Hiller ist Mitglied des Stiftungsverbands „Lernen vor Ort“ und Beirat des Instituts für Soziale Arbeit und Sozialpolitik der Hochschule Darmstadt.



Dr. Michael Hinz ist seit 2008 Kanzler der Universität Erfurt. Er studierte Rechtswissenschaften an der Universität Marburg und promovierte an der Universität Jena. Er war in verschiedenen Funktionen in der zentralen Verwaltung der Universität Jena beschäftigt, u.a. als Dezernent Finanzen, Beschaffung, Datenverarbeitung. Hinz ist Leiter mehrerer Moderations-, Weiterbildungs- und Beratungsprojekte am Zentrum für Wissenschaftsmanagement Speyer.



Dr. Patrick Honecker ist Leiter des Dezernats für Kommunikation und Marketing der Universität zu Köln. Er studierte Germanistik, Geschichte und Sprechwissenschaften in Bonn, Aachen und Trier. Er arbeitete für den Südwestrundfunk, die Wissenschaftsredaktion des Deutschlandfunks und die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (heute GWK). Honecker ist Fellow Wissenschaftsmanagement des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Universität Siegen.



Lena Hummel M.A., geboren 1985, ist als freiberufliche Prozessbegleiterin tätig. Ihre methodischen Schwerpunkte sind interaktive Lern- und Austauschformate (z.B. Open Space) und die Begleitung von Gruppen in der Selbstorganisation. 2012 war sie Preisträgerin des BMVBS Stadtentwicklungsprojektes „Tatort Stadt“ zum Thema „Neue Wege der Bürgerbeteiligung“. Sie engagiert sich zudem seit 2009 in europäischen Netzwerkprojekten zu Beteiligungsmethoden und aktuellen Stadtentwicklungsthemen.



Imke Jung-Kroh M.A., geboren 1978, ist Bürgerbeauftragte der Wissenschaftsstadt Darmstadt. Sie studierte Politikwissenschaft und Pädagogik und ist Diplom-Sozialpädagogin (FH). Jung-Kroh arbeitet am Aufbau eines Konzepts zur Bürgerbeteiligung und ist Beraterin der Verwaltung und Stadtspitze bei der Planung, Durchführung und Auswertung von Projekten mit Bürgerbeteiligung. Zudem ist sie tätig im Anliegen- und Beschwerdemanagement der Stadt Darmstadt.



Dr. Karin Jurczyk arbeitet seit Januar 2002 am Deutschen Jugendinstitut in München. Sie studierte Soziologie und Politologie in München und promovierte an der Universität Bremen über „Familienpolitik als andere Arbeitspolitik“. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich mit dem Zusammenhang von Familie und Beruf, mit Familienpolitik, Gender, alltäglicher Lebensführung und Zeit. Jurczyk ist Mitglied im Konzil der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und seit 2013 Beirätin im Bundesforum Familie.



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Franz-Xaver Kaufmann, geboren 1932, ist emeritierter Professor für Soziologie. Kaufmann absolvierte ein juristisches, wirtschaftswissenschaftliches und soziologisches Studium an der Universität Zürich, der Hochschule St. Gallen und der Université de Paris. Er war Professor für Sozialpolitik und Soziologie an der Universität Bielefeld, Direktor am Zentrum für interdisziplinäre Forschung sowie Leiter zahlreicher Projektgruppen und Kommissionen. Kaufmann wurden zahlreiche Auszeichnungen zuteil, u.a. 2007 der Schader-Preis.



Gudrun Kirchoff ist seit 2006 wissenschaftliche Referentin bei der Schader-Stiftung in Darmstadt. Sie studierte Soziologie an der Freien Universität Berlin mit dem Schwerpunkt Stadtsoziologie. Nach dem Diplom arbeitete sie als Stadtforscherin in verschiedenen Institutionen in Berlin und Brandenburg. Ihre Schwerpunkte sind: Migration und Integration im Sozialraum, Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik sowie Soziale Stadt. Derzeit ist sie Projektleiterin des Projektes „Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel“.



Dr. Jörg Klein, geboren 1964, ist Geschäftsführer der Daimler und Benz Stiftung in Ladenburg. Die wissenschaftsfördernde Stiftung wurde durch die Daimler-Benz AG (heute Daimler AG) gegründet. Klein ist studierter Diplom-Chemiker, seine Promotion verfasste er zu den Themenbereichen Zoologie und Molekularbiologie. Es folgten Postdoc-Aufenthalte in den Niederlanden und USA. Anschließend war Klein als Referent bzw. stellvertretender Geschäftsführer der Leibniz-Gemeinschaft in Bonn tätig. Seine beruflichen Schwerpunkte liegen im Stiftungswesen sowie in Wissenschaft und Forschung in Deutschland.



Dr. Reiner Klingholz, geboren 1953, ist seit 2003 Direktor und seit 2009 Vorstand des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung in Berlin. Er ist studierter Chemiker und Molekularbiologe und promovierte über makromolekulare DNS-Strukturen. Anschließend arbeitete Klingholz als Redakteur für DIE ZEIT, das Monatsmagazin GEO und GEO WISSEN. Für seine journalistische Arbeit und seine Buchveröffentlichungen, wie bspw. „Wir Klimamacher“, erhielt er mehrere Preise, darunter zwei Mal den Journalistenpreis Entwicklungspolitik des Bundespräsidenten.



Prof. Dr. Jürgen Kohl ist Professor am Institut für Soziologie an der Universität Heidelberg. Er studierte Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Politikwissenschaften an der Universität Frankfurt und an der Universität Bielefeld. Anschließend promovierte er an der Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim. Kohl war u.a. wissenschaftlicher Assistent an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld und wissenschaftlicher Angestellter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.



Dipl.-Ing. Georgios Kontos, geboren 1980, ist Bauassessor und als Regionaler Radverkehrsbeauftragter beim Regionalverband FrankfurtRheinMain im Bereich Mobilität tätig. Er studierte Architektur an der Technischen Universität Darmstadt und war, vor seiner Ausbildung zum Bauassessor beim Regierungspräsidium Darmstadt, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Architekturfakultät der Technischen Universität. Kontos ist zweiter Vorsitzender des Deutschen Werkbunds Hessen sowie Leiter der Werkbundakademie Darmstadt.



Dr. Ulrich Kuther ist Geschäftsführer der „hessenstiftung - familie hat zukunft“. Er studierte in Mainz, Angers (Frankreich) und Tübingen Katholische Theologie und promovierte in Frankfurt. Er war Abteilungsleiter der Karl-Kübel-Stiftung in Bensheim und Referatsleiter beim Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung. Kuthers Interessengebiete liegen im Stiftungsmanagement, der Beziehung von Vätern in Familie und Beruf sowie im zukunftsorientierten Aufwachsen von Kindern.



Prof. Dr. Willehad Lanwer ist Professor für Heilpädagogik an der Hochschule Darmstadt und Dekan des Fachbereichs Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Er ist Physiotherapeut, Diplom-Behindertenpädagoge und promovierte 2001 an der Universität Bremen. Seine Forschungsschwerpunkte sind u.a. Rehistorisierende Diagnostik, integrierte Therapie sowie die Integration emotional, kognitiv und sozial beeinträchtigter Menschen mit tiefgreifenden Entwicklungsstörungen.



Dr. Lupold von Lehsten, geboren 1961, ist seit 1990 wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Personengeschichte in Bensheim. Er studierte u.a. Geschichte, Germanistik, Philosophie und Politikwissenschaften in Heidelberg, Bonn, Freiburg, Stuttgart-Hohenheim und Duisburg. Von 1995 bis 2006 war er Leiter des Instituts für Personengeschichte, seit 2006 ist er dessen stellvertretender Leiter. Zudem ist von Lehsten u.a. seit 2001 Mitglied im Vorstand der Deutschen Arbeitsgemeinschaft genealogischer Verbände und seit 2012 Vorsitzender des Stiftungsrats der Otto und Erich Langguth-Stiftung in Wertheim.



Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard, geboren 1946, ist Staatssekretär a.D. des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst. Er absolvierte das Studium der Geschichtswissenschaft, Klassischen Philologie, Historischen Hilfswissenschaften und der Philosophie an den Universitäten Frankfurt und Heidelberg. Er war Vorstand und Direktor der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main und Potsdam sowie Generalsekretär des Goethe-Instituts. Zuletzt war Leonhard Präsident der von Behring-Röntgen-Stiftung in Marburg und Vorsitzender des Kuratoriums der Schader-Stiftung.



Prof. Dr. Stephan Lessenich, geboren 1965, ist seit 2004 Professor für Soziologie an der Universität Jena. Lessenich studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Universität Marburg. Er ist u.a. Mitglied des Wissenschaftlichen Redaktionsbeirates „WSI-Mitteilungen“ sowie des Wissenschaftlichen Beirates von Attac Deutschland. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u.a. Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung und Soziologie des Alter(n)s. Lessenich ist Vorsitzender des Vorstands der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.



Peter Lonitz, geboren 1959, ist wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung in Darmstadt und zuständig für den Bereich Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Er studierte Soziologie, Psychologie und Städtebau an der Technischen Universität Darmstadt. Peter Lonitz ist Mitglied im Presseclub Darmstadt und vertritt die Schader-Stiftung im Stiftungsnetzwerk Südhessen.



Dr. Anne Margarian ist seit 2009 wissenschaftliche Angestellte am Thünen-Institut in Braunschweig. Margarian studierte Agrarwissenschaften mit dem Schwerpunkt Ökonomie an der Universität Kiel und promovierte an der Humboldt-Universität Berlin zum Zusammenhang zwischen Agrarstrukturwandel und lokalen Bodenmärkten. Ihre Interessenschwerpunkte liegen auf Fragen der Koordination wirtschaftlicher Aktivität in unvollständigen Märkten sowie auf ökonomischer Politikbewertung.



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Renate Mayntz, geboren 1929, ist Soziologin und war Gründungsdirektorin des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln. Sie studierte am Wellesley College (USA) und promovierte 1953 an der Freien Universität Berlin. Mayntz war u.a. Gastprofessorin an der FLASCO in Santiago de Chile und an der University of Edinburgh. Sie war Mitglied des Senats der Deutschen Forschungsgemeinschaft und wurde bereits mit mehreren Preisen für ihr wissenschaftliches Lebenswerk ausgezeichnet, darunter im Jahr 1999 mit dem Schader-Preis.



Prof. Dr. Karl-Heinz Meier-Braun, geboren 1950, ist Leiter der Redaktion „SWR International“ und Integrationsbeauftragter des Südwestrundfunks sowie seit 1991 Honorarprofessor an der Universität Tübingen. Meier-Braun studierte Politikwissenschaft und Anglistik an der Universität Tübingen. Er ist u.a. Mitinitiator des Netzwerks Integrationsforschung Baden-Württemberg, Landesvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Landesverband Baden-Württemberg, sowie stellvertretender Vorsitzender des Rats für Migration. 1995 erhielt Meier-Braun den Schader-Preis.



Dr. Kirsten Mensch, geboren 1967, ist seit 2000 wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung in Darmstadt. Sie studierte Politikwissenschaften, Philosophie sowie Rechtswissenschaften. 1993 folgte ein Studienaufenthalt an der Universität Groningen in den Niederlanden. Von 1994 bis 1998 war Mensch wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt. 1999 wurde sie promoviert. Inhaltliche Schwerpunkte ihrer Tätigkeit bei der Schader-Stiftung sind Projekte zu gesellschaftlich und politisch relevanten Fragen.



Dr.-Ing. Monika Meyer ist seit 2012 Geschäftsführerin des Instituts Wohnen und Umwelt in Darmstadt. Meyer studierte Architektur an der Technischen Universität Braunschweig und promovierte dort zu städtebaulichen Effekten von Großereignissen. Sie gestaltete im Bundesamt für Raumordnung und Bauwesen sowie im Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen die Initiative Architektur und Baukultur mit. Meyer ist Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung.



Prof. Dr. Meinhard Miegel, geboren 1939, ist seit 2008 Vorstandsvorsitzender der Stiftung „Denkwerk Zukunft – Stiftung kulturelle Erneuerung“ in Bonn. Er studierte Philosophie, Soziologie und Rechtswissenschaften in Washington D.C., Frankfurt am Main und Freiburg. Von 1977 bis 2008 leitete Miegel das Institut für Wirtschaft und Gesellschaft Bonn. Miegel ist als Sozialforscher und Publizist tätig und erhielt im Jahr 2000 den Schader-Preis.



Anne Müller, geboren 1988, ist seit September 2013 Praktikantin bei der Schader-Stiftung in Darmstadt. Sie studierte im Master-Studiengang Soziologie und Kunstgeschichte an den Universitäten Göttingen und Kopenhagen.



Prof. Dr. Wilfried Müller, geboren 1945, ist freiberuflicher Hochschulberater und Altrektor der Universität Bremen. An das Studium der Chemie und Philosophie an der Universität Kiel schloss sich ein zweites Studium der Erziehungswissenschaften, Soziologie und Philosophie an der Universität Hamburg an. Müller war Vorstandsmitglied des Forschungszentrums Arbeit und Technik (artec) und Konrektor für Lehre und Studium der Universität Bremen. Er ist u.a. Gründungsbeauftragter des Interdisziplinären Zentrums für universitäres Lehren und Lernen der Universität Hamburg sowie Mitglied des Fachbeirats Lehre der Alfred Toepfer Stiftung.



Prof. Dr. Franz Nick berät Organisationen des öffentlichen Sektors und der Privatwirtschaft und ist Mitarbeiter der NICK-Seminare. Er studierte Betriebswirtschaft und Sozialpsychologie an den Universitäten Mannheim und Berkeley (USA). Nick war als Professor an der Universität Mannheim, der European Business School im Rheingau und der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer in Forschung und Lehre tätig. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der Europäischen Bildungs- und Beratungsgesellschaft.



PD Dr. Peter Noller ist seit 2004 Koordinator des Forschungsschwerpunktes Stadtforschung an der Technischen Universität Darmstadt sowie Geschäftsführer des LOEWE-Schwerpunkts „Eigenlogik der Städte“ und der Graduiertenschule URBANgrad. Er studierte zunächst Betriebswirtschaft an der Fachhochschule Pforzheim und anschließend Soziologie, Philosophie und Ethnologie in Heidelberg, London und Frankfurt.



Prof. Dr. Werner J. Patzelt, geboren 1953, ist seit 1991 Professor für Politische Systeme und Systemvergleich an der Technischen Universität Dresden. Er absolvierte das Studium der Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an den Universitäten München, Straßburg und Ann Arbor (USA). Patzelt ist Gründungsprofessor des Dresdner Instituts für Politikwissenschaft, zudem Herausgeber der Buchreihe „Studien zum Parlamentarismus“ sowie Redakteur der „Zeitschrift für Parlamentsfragen“. Er ist u.a. Mitglied in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Prof. Dr. Thomas Pleil, geboren 1967, ist seit 2004 Professor für Public Relations an der Hochschule Darmstadt, zudem ist er Direktor der Abteilung Kommunikationsmanagement des Instituts für Kommunikation und Medien. Pleil studierte Journalismus in Eichstätt und promovierte in Salzburg zur PR-Forschung. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Online-PR und Social Media, Nonprofit-PR, Verantwortungskommunikation, Pressearbeit und PR für neue Technologien. Er ist u.a. Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft.



Dr. Klaus-Dieter Pohl, geboren 1950, ist Kustos für Malerei und Plastik des 19. und 20. Jahrhunderts am Hessischen Landesmuseum Darmstadt. Er studierte Kunstgeschichte, Neuere Geschichte und Publizistik in Göttingen und Berlin. Pohl war für die Öffentlichkeitsarbeit an der Nationalgalerie Berlin zuständig und als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Historischen Museum Berlin tätig.



Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Jürgen Prömel, geboren 1953, ist seit 2007 Präsident der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Mathematik und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bielefeld. Prömel war Vizepräsident für Forschung der Humboldt-Universität Berlin und 2005 deren kommissarischer Präsident. Er war u.a. Sprecher der Konferenz der Hessischen Universitätspräsidenten, Mitglied des Präsidiums der Deutschen Mathematiker Vereinigung und ist Mitglied des Präsidiums und Vorstands des House of IT.



Pfarrerin Margarethe Reinel, geboren 1953, ist seit 2011 in der Landesgeschäftsstelle der Diakonie Hessen in Frankfurt am Main als Referentin für Gemeinwesendiakonie im Bereich Existenzsicherung, Armutspolitik und Gemeinwesendiakonie (ExAGd) tätig. Nach dem Studium der Evangelischen Theologie war sie insgesamt 13 Jahre Gemeindepfarrerin in drei unterschiedlichen Kirchengemeinden in Frankfurt am Main und von 1992 bis 2007 Oberkirchenrätin in der Kirchenverwaltung der EKHN als Leiterin des Referates Personalservice Kirchengemeinden und Dekanate.



Dr. Tobias Robischon, geboren 1963, ist wissenschaftlicher Referent der Schader-Stiftung. Er studierte Politikwissenschaft in Marburg und an der Freien Universität Berlin und promovierte am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Stadtentwicklung im Kontext des sozialen und demographischen Wandels, Demokratie und Bürgerengagement sowie kommunale Bildungspolitik.



Prof. Dr. Josef Rützel, geboren 1943, ist emeritierter Professor für Berufspädagogik an der Technischen Universität Darmstadt. Rützel studierte Maschinenbau und Betriebstechnik am Polytechnikum Friedberg sowie Berufspädagogik, Psychologie und Rechtswissenschaften an der Technischen Hochschule Darmstadt. Er war Geschäftsführender Direktor im Verwaltungsrat des Studentenwerks der Technischen Universität Darmstadt und Ombudsmann für ausländische Studierende. Des Weiteren war Rützel Gastdozent in Usbekistan sowie am Institut für Berufsbildung der Tongji Universität Shanghai.



Dipl.-Ing. Alois M. Schader, geboren 1928, war freiberuflich als beratender Bauingenieur tätig. 1988 gründete er die Schader-Stiftung in Darmstadt, deren Finanzvorstand er ist. 2013 wurde er mit der Leibniz-Medaille der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften ausgezeichnet.



Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Fritz W. Scharpf, geboren 1935, ist Rechts- und Politikwissenschaftler und ehemaliger Direktor des Kölner Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung. Er studierte Rechtswissenschaften und Politische Wissenschaft an den Universitäten Tübingen und Freiburg sowie an der Universität Yale (USA). Scharpf war u.a. Assistant Professor of Law an der Yale Law School und Direktor des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung des Wissenschaftszentrums Berlin. Scharpf wurde mit mehreren hochrangigen Preisen ausgezeichnet, darunter im Jahr 2002 mit dem Schader-Preis.



Prof. Dr. Manfred G. Schmidt, geboren 1948, ist seit 2001 Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Heidelberg. Er studierte Politische Wissenschaften und Anglistik an der Universität Heidelberg. Für seine Habilitationsschrift erhielt Schmidt den Stein Rokkan Prize for International Comparative Social Research der UNESCO. Schmidt hatte Lehraufträge für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin und an der Universität Bremen inne. Er ist u.a. Mitglied im Beirat der Zeitschrift für Politik und korrespondierendes Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.



Dr. Dieter Schneberger, geboren 1958, ist seit 1993 Verantwortlicher Redakteur des epd-Landesdienstes Mitte-West mit den Schwerpunkten Kirchen, Religionen, Kultur und Wissenschaft. Er studierte von 1979 bis 1985 Publizistik, Politikwissenschaft und Englische Philologie an der Universität Mainz. Nach einer Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Demoskopie in Allensbach wurde Schneberger 1990 promoviert. Von 1989 bis 1991 absolvierte er ein Volontariat beim „Wiesbadener Kurier“. Anschließend arbeitete er als Politikredakteur bei der „Oberhessischen Presse“ in Marburg.



Dr. Christopher Scholtz, geboren 1972, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Frankfurt und ab Januar 2014 Studienleiter für Politik und Religion an der Evangelischen Akademie Frankfurt. Er studierte Evangelische Theologie, Philosophie und Pädagogik in Mainz, Pisa, Frankfurt und Göttingen. Scholtz ist Pfarrer der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, systemischer Organisationsentwickler und Coach. Er ist u.a. Mitglied im Arbeitskreis Populäre Kultur und Religion sowie der BeraterInnen AG des Instituts für Personalberatung, Organisationsentwicklung und Supervision in Friedberg.



Dr. Ulrich Schreiterer ist seit 2008 Senior Researcher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Projektgruppe der Präsidentin des Wissenschaftszentrums. Er studierte Soziologie, Geschichte und Germanistik in Marburg, Bielefeld und an der London School of Economics. Er war u.a. Projektleiter am Centrum für Hochschulentwicklung in Gütersloh und Senior Research Scholar am Center for International and Area Studies und Lecturer im Department of Sociology der Yale University.



Dr. Christina Schumann ist seit 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Technischen Universität Ilmenau. Sie studierte Kommunikation, Psychologie und interkulturelle Kommunikation an der LMU München und der Universidad de Navarra (Spanien). Ihre Forschungsschwerpunkte liegen u.a. auf der Rezeption und den Effekten von Medien und auf Computer basierender Kommunikation. Schumann ist Sprecherin der Fachgruppe Computervermittelte Kommunikation der Deutschen Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft.



Prof. Dr. Hanns H. Seidler ist seit 2008 geschäftsführender Vorstand des Zentrums für Wissenschaftsmanagement Speyer. Er studierte an den Universitäten Frankfurt, Berlin und Freiburg Rechtswissenschaften und promovierte 1972. Seidler war Referent in der Präsidialabteilung sowie Kanzler der Technischen Universität Darmstadt und u.a. Mitglied einer Expertenkommission des Bundesministeriums für Bildung und Forschung für ein neues Dienstrecht. Seidler war überdies mehrfach Gutachter des Stifterverbands für die deutsche Wissenschaft.



Dr. Konstanze Senge ist seit 2013 wissenschaftliche Assistentin am Institut für Soziologie der Universität Hamburg. Zunächst studierte sie Kommunikationswissenschaft mit den Nebenfächern Psychologie und Germanistik an der Universität Essen und anschließend Soziologie an der Boston University (USA). Sie war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Soziologie der Technischen Universität Darmstadt und in Vertretung der Professur für Wirtschafts- und Arbeitssoziologie an der Universität Bielefeld tätig. Senge ist Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.



Michael Siebel MdL, geboren 1957, ist seit 1999 Abgeordneter des Hessischen Landtags. Er studierte Mathematik, Biologie und Pädagogik an der Technischen Universität Darmstadt. Siebel war persönlicher Referent des Oberbürgermeisters der Stadt Offenbach, Pressesprecher der SPD-Landtagsfraktion und Geschäftsführer der Sozialdemokratischen Gemeinschaft der Kommunalpolitiker und der Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik.



Dr. Frank Simon, geboren 1961, ist Inhaber eines Beratungsunternehmens für betriebliches Nachhaltigkeitsmanagement und Mitglied im Vorstand des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik (DNWE). Nach der Ausbildung zum Industriekaufmann studierte er Betriebswirtschaftslehre an den Universitäten Hagen und Münster, anschließend folgte die Promotion. Der Schwerpunkt seiner internationalen beruflichen Tätigkeit liegt im Lebensmittel- und Dienstleistungsbereich. Im Rahmen der DNWE-Tätigkeit setzt er sich für eine Stärkung der Rolle der Ethik in der Wirtschaft ein.



Prof. Dr. Annette Spellerberg ist seit 2008 Professorin für Stadtsoziologie an der Technischen Universität Kaiserslautern. Sie absolvierte ihr Studium der Soziologie, Politik, Psychologie und Pädagogik an der Freien Universität Berlin. Sie war u. a. wissenschaftliche Mitarbeiterin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung in der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung und wissenschaftliche Assistentin an der Universität Bamberg. Spellerberg ist Mitglied in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung.



Prof. Dr. Wolfgang Stark, geboren 1954, ist Professor für Organisationspsychologie und Organisationsentwicklung an der Universität Duisburg-Essen. An der Universität Würzburg studierte er Psychologie, Pädagogik, Philosophie, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre. Stark war und ist wissenschaftlicher Projektleiter verschiedener Forschungsprojekte bspw. zu Qualitätsmanagement, Empowerment und Organisationsentwicklung. Er ist u. a. Direktor und wissenschaftlicher Leiter des „Labors für Organisationsentwicklung – Org. Lab“ an der Universität Duisburg-Essen.



Prof. Dr. Christian Stegbauer ist Professor für Soziologie an der Universität Frankfurt. Er studierte Soziologie, Sozialpsychologie, Statistik und Wirtschaftsgeographie in Frankfurt. Stegbauer war Projektmitarbeiter an der Technischen Universität Darmstadt und Statistiker bei Nielsen-Marketing Research. Außerdem war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Assistent an der Universität Frankfurt. Stegbauer hatte zudem Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Jena und Siegen inne. Er ist Mitherausgeber der Zeitschrift „kommunikation@gesellschaft“ und Sprecher der Sektion Soziologische Netzwerkforschung der Deutschen Gesellschaft für Soziologie.



Dr. Christian Steuerwald ist Vertreter der Professur für Soziologie der Sozialstruktur und der sozialen Ungleichheit an der Universität Mainz. Er studierte Soziologie, Politikwissenschaft und Rechtswissenschaften. Seit 2005 ist Steuerwald wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Soziologie der Universität Mainz und war zwischen 2008 und 2013 beratend für den Arbeitsbereich Kunst und Gesellschaft der Schader-Stiftung tätig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind u. a. die Theoretische Soziologie sowie Gesellschaftsvergleiche, Sozialstrukturen und soziale Ungleichheiten.



Philipp Stolzenberg, geboren 1985, studierte Politikwissenschaften und Öffentliches Recht an der Universität Rostock und der Technischen Universität Darmstadt. Als Koordinator des Forschungsschwerpunktes Stadtforschung der Technischen Universität Darmstadt und als Projektmanager der „wer denkt was GmbH“ sind Bürgerbeteiligungsverfahren und Haushaltspolitik auf kommunaler Ebene seine Arbeitsschwerpunkte.



Dr. Georgios Terizakis ist Hochschul-Praxis-Koordinator im LOEWE-Forschungsschwerpunkt „Eigenlogik der Städte“ der Technischen Universität Darmstadt. Er studierte Politikwissenschaft, Neuere Geschichte und Philosophie an der Technischen Universität Darmstadt, der Universität Frankfurt und der Panteion Universität Athen. Terizakis war wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Darmstadt sowie Projektkoordinator bei der Landeshauptstadt Hannover und der Metropolregion Hannover, Braunschweig, Göttingen. Er ist Mitglied der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft.



Dipl.-Wirtsch. Ing. Günther Teufel, geboren 1946, ist Diplomwirtschaftsingenieur i.R. und weiterhin als Berater tätig. Er studierte Wirtschaftsingenieurwesen an der Technischen Hochschule Darmstadt. Teufel war für verschiedene Privatbanken beratend tätig. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Strukturierung von Privat-, Stiftungs- und anderem Vermögen. Er war Mitglied der Kuratoriumsleitung und von Dezember 2012 bis Mai 2013 Vorsitzender des Vorstands der Schader-Stiftung.



Stadtbaurätin i.R. Prof. Christiane Thalgott, geboren 1942, ist Honorarprofessorin für Städtebau, Stadtentwicklung und Projektplanung an der Technischen Universität München. Sie studierte Architektur an der Technischen Universität Braunschweig und der Technischen Universität München. Thalgott war Stadtplanerin in Norderstedt sowie Stadtbaurätin in Kassel und München. Neben ihrer Tätigkeit als städtische Beamtin übernahm Thalgott Lehraufträge u.a. an der Universität Kiel. Sie war Präsidentin der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und ist seit 2013 Mitglied der Sektion Baukunst der Akademie der Künste Berlin.



Prof. Dr. Peter F. Titzmann, geboren 1973, ist Assistenzprofessor für Lebenslauf- und Kompetenzentwicklung im Kindes- und Jugendalter an der Universität Zürich. Er studierte an der Universität Greifswald Psychologie und promovierte, neben seiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter, an der Universität Jena. Seine Forschungsinteressen liegen auf dem Gebiet der Migration und Akkulturation, wobei er sich u.a. mit Themen wie der Entstehung interethnischer Freundschaften und den Faktoren für die Entstehung von Delinquenz bei jugendlichen Immigranten beschäftigt. Titzmann ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Psychologie.



Dipl.-Ing. Rolf Toyka, geboren 1950, Geschäftsführer der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen (AKH) und Leiter der Akademie der AKH. Er studierte an der Technischen Universität Braunschweig und der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. Er war früher als Architekt in Architekturbüros und als Stadtbaumeister tätig. Toyka publizierte neben Fachbüchern auch Schul- und Kindersachbücher. Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen, jetzt an der Fachhochschule Frankfurt (Marketing und PR für Architekten).



Prof. Dr. Gerhard Vowe, geboren 1953, ist seit 2004 Inhaber des Lehrstuhls für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Düsseldorf. Seit 1991 ist Vowe Geschäftsführer eines Studiengangs für berufstätige Journalisten an der Freien Universität Berlin und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität Berlin. Er hatte Gastprofessuren an der Hochschule der Künste in Berlin und an der Technischen Universität Dresden inne. Vowe ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft.



Dr. Beate Wagner, geboren 1962, ist Generalsekretärin der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Sie hat Politikwissenschaft, Soziologie, Volkswirtschaftslehre und Philosophie an der Universität Marburg studiert. Sie arbeitete für den Senator für Bundes- und Europaangelegenheiten in Berlin und war Programmdirektorin der zwischenstaatlichen deutsch-amerikanischen RIAS Berlin Kommission. Seit 2002 arbeitet Wagner für die deutsche UN-Gesellschaft im Bereich politische Bildung, politische Lobbyarbeit und Wissenschaftsförderung.



PD Dr.-Ing. Thomas Weith ist seit 2010 Forschungsschwerpunktleiter „Landmanagement, Regionale Strategien und Evidenz“ am Institut für Sozioökonomie des Leibniz-Zentrums für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg. Er studierte Landschaftsplanung an der Technischen Universität Berlin und war als Privatdozent am Institut für Geographie der Universität Potsdam tätig. Weith hat verschiedene Projekte für Bundes- und Landesministerien zur Evaluation in der Raum- und Siedlungsentwicklung bearbeitet. Er ist Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung sowie Vorstandsmitglied der DeGEval – Gesellschaft für Evaluation.



Prof. Dipl.-Ing. Julian Wékel, geboren 1951, ist seit 2001 Professor für das Fachgebiet Entwerfen und Stadtplanung an der Technischen Universität Darmstadt. Er absolvierte das Studium der Architektur und Städtebauvertiefung an den Technischen Universitäten in Wien und Berlin. Wékel war in der Hamburger Bauverwaltung tätig und Leiter der Gesamtplanung im Planungsdezernat der Stadt Frankfurt sowie der Stadtplanung, Stadtentwicklung und Landschaftsplanung in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin. Er ist Mitglied verschiedener Organisationen, u.a. der Akademie für Raumforschung und Landesplanung.



Vera de Wendt ist seit 2003 selbständige Beraterin, Trainerin und Mediatorin. Sie studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität zu Köln mit den Schwerpunkten Organisationslehre sowie Wirtschafts- und Sozialpsychologie. Anschließend war sie einige Jahre als Beraterin und Projektleiterin für Qualitäts- und Zufriedenheitsanalysen tätig. De Wendt ist im Trainerinnen-Netzwerk „Almut Probst-Organisationsberatung Training Coaching“ aktiv und arbeitet immer wieder für das Zentrum für Wissenschaftsmanagement Speyer.



Dipl.-Ing. Rüdiger Wiechers, geboren 1943, ist Stifter der „Wiechers Stiftung: Städte für Menschen“. Er studierte Betriebswirtschaft an der Universität Münster. Wiechers war u.a. Direktor des Marketing der Landesbausparkasse Münster und Vorstand für Vertrieb und Marketing der Dresdner Bauspar/Allianz Dresdner Bauspar AG in Bad Vilbel. Zudem war er Dozent an der European Business School und Stadtrat für Stadtentwicklungs- und Wirtschaftsförderungsfragen in Bad Vilbel. 2004 erhielt Wiechers das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse für seine Beiträge zur Stadtentwicklung und sein soziales Engagement.



Dr. Thomas Windmann ist Leiter der Stabsabteilung Marketing, Patente und Lizenzen am Karlsruher Institut für Technologie. Während seiner Promotion im Fach Chemie bildete er sich über ein Fernstudium im Feld der Wirtschaftswissenschaften weiter. Windmann ist Mitglied im Kommunikationsausschuss der Deutschen Messe AG sowie in mehreren nationalen Messebeiräten tätig. Er hat mehrjährige Erfahrungen als Referent und Dozent für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen.



Staatsministerin a.D. Karin Wolff Mdl., geboren 1959, ist Mitglied des Hessischen Landtages. Sie studierte Geschichte und Theologie an den Universitäten Mainz und Marburg. Wolff war Studienrätin der Edith-Stein-Schule in Darmstadt sowie Hessische Kultusministerin, stellvertretende Ministerpräsidentin und stellvertretende Landesvorsitzende der CDU Hessen. Zudem war sie Stadtverordnete in Darmstadt, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau und Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hessen.



Dipl. Soz. Wiss. Felix W. Wurm M.A. (USA), geboren 1964, ist Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW). Er studierte Politikwissenschaft, Philosophie und Geschichte an der Universität Duisburg sowie Public Affairs an der Indiana University of Pennsylvania (IUP), USA. Die Geschäftsstelle der DVPW leitet er seit 1994. Von Herbst 2007 bis zum Frühjahr 2013 war er Generalsekretär der European Confederation of Political Science Associations (ECPSA). Wurm ist seit Herbst 2011 Mitglied im Rat der Stadt Osnabrück.

Publikationen der Schader-Stiftung

Die Veröffentlichungen der Schader-Stiftung können direkt über die Stiftung bezogen werden oder sind als PDF-Dateien auf der Internetseite www.schader-stiftung.de verfügbar. Publikationen, die in Kooperation mit anderen Verlagen entstanden, sind über den Buchhandel erhältlich.

Schader-Stiftung (Hrsg.):

In diesem Geschäft gibt es keine Mathematik. 20 Jahre Schader-Stiftung

Erschienen anlässlich des zwanzigjährigen Bestehens der Schader-Stiftung

Redaktion: Tobias Robischon, redaktionelle Mitarbeit: Monika Berghäuser

Gestaltung: Leander Eisenmann, Fotografien: Werner Huthmacher

Schader-Stiftung, Darmstadt 2010, 461 Seiten

ISBN 978-3-932736-30-8, kostenfrei

Publikationen zum Thema Gemeinwohl und Verantwortung

Kirsten Mensch:

Gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen

Die Rolle der Gesellschaftswissenschaften in der Debatte um Corporate Social Responsibility

Bericht über ein Gespräch am 10. September 2013

Schader-Stiftung, Darmstadt 2013, 7 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Kirsten Mensch:

Neue Verantwortungen – Die Koproduktion von Gemeinwohl

Bericht zur gleichnamigen Tagung am 13./14. Dezember 2012

Schader-Stiftung, Darmstadt 2012, 15 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Öffentliche Daseinsvorsorge – Problem oder Lösung?

Vorträge und Argumente aus einer Veranstaltungsreihe der Schader-Stiftung zum Thema

„Öffentliche Daseinsvorsorge“, ergänzt durch einen reichhaltigen Materialienanhang

Schader-Stiftung, Darmstadt 2003, 316 Seiten

ISBN 978-3-932736-11-7, Schutzgebühr 8 €

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Die Zukunft der Daseinsvorsorge. Öffentliche Unternehmen im Wettbewerb

Schader-Stiftung, Darmstadt 2001, 183 Seiten

ISBN 978-3-932736-08-7, Schutzgebühr 8 €

Publikationen zum Thema Demokratie und Engagement

Kirsten Mensch:

Transformationen des Alltäglichen. Einflüsse. Initiative. Zukünfte

Bericht zum Sommercamp vom 18. – 21. Juli 2013

Schader-Stiftung, Darmstadt 2013, 15 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Jochen Monstadt et al. (Hrsg.):

Die diskutierte Region. Probleme und Planungsansätze der Metropolregion Rhein-Main

Publikation zur Veranstaltungsreihe der Schader-Stiftung und der Technischen Universität Darmstadt, Fachgebiet

Raum- und Infrastrukturplanung, Institut IWAR und des LOEWE-Schwerpunkts „Eigenlogik der Städte“

Campus-Verlag, Frankfurt, New York 2012, 358 Seiten

ISBN 978-3-593-39654-5

Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hrsg.):

Bürgerforum Stadt und Quartier

Dokumentation der Veranstaltungsreihe der Schader-Stiftung im Rahmen des Entwicklungsprozesses

der Konversionsflächen in der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Redaktion: Michèle Bernhard. Wissenschaftsstadt Darmstadt, Darmstadt 2012, 53 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Zukünftige Quartiere in der Stadt

Dokumentation der Fachforen zur Konversion in Darmstadt „Zukünftige Quartiere in der Stadt“

am 24./25. September 2010

Redaktion: Michèle Bernhard. Schader-Stiftung, Darmstadt 2010, 17 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Kirsten Mensch, Jan C. Schmidt (Hrsg.):

Technik und Demokratie. Zwischen Expertokratie, Parlament und Bürgerbeteiligung

Vorträge aus einer Veranstaltungsreihe der Technischen Universität Darmstadt und der Schader-Stiftung zum Thema „Elfenbeinturm oder Stimmzettel? Demokratiefähigkeit von Zukunftswissenschaften und Zukunftstechnologien“
VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2003, 225 Seiten
ISBN 3-8100-3971-3

Publikationen zum Thema Vielfalt und Integration

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Willkommenskultur als Strategie zur Gewinnung von Fachkräften – sind wir bereit für mehr Zuwanderung?

Dokumentation zum Expertenworkshop „Fachkräftemangel und Fachkräftesicherung in ländlichen Regionen“ vom 26./27. September 2013
Schader-Stiftung, Darmstadt 2013, 40 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Forschungs-Praxis-Projekt: Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel

Potenzialbericht. Erste Ergebnisse der Erhebungen vor Ort
Bearbeitung: DESI-Institut für Demokratische Entwicklung und Soziale Integration, Berlin
Schader-Stiftung, Darmstadt 2013, 141 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Erfolgreiche Integration im ländlichen Raum

Handlungsempfehlungen und Gute-Praxis-Beispiele
Schader-Stiftung, Darmstadt 2011, 64 Seiten
ISBN 978-3-932736-38-4, kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Integrationspotentiale in kleinen Städten und Landkreisen

Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projektes
Schader-Stiftung, Darmstadt 2011, 231 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Angebotsstrukturen für Integration im ländlichen Raum

Dokumentation der gleichnamigen Fachtagung vom 15./16. September 2010
Darmstadt 2010, 57 Seiten
ISBN 978-3-932736-34-6, kostenfrei

Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.):

Handlungsfeld Stadträumliche Integrationspolitik

Ergebnisse des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“
Schader-Stiftung, Darmstadt 2007, 260 Seiten
ISBN 978-3-932736-19-3, Schutzgebühr 10 €

Regina Höbel, Melanie Kloth, Bettina Reimann, Ulla-Kristina Schuleri-Hartje:

Stadträumliche Integrationspolitik

Abschlussbericht des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“
Darmstadt 2006, 97 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Regina Höbel, Melanie Kloth, Bettina Reimann, Ulla-Kristina Schuleri-Hartje:

Voneinander lernen – Gute-Praxis-Beispiele stadträumlicher Integrationspolitik

Ergebnisse der Begleitforschung des Projekts „Zuwanderer in der Stadt“
Schader-Stiftung, Darmstadt 2006, 72 Seiten
ISBN 978-3-932736-18-6, Schutzgebühr 8 €

Brigitte Petendra:

Sozialräumliche Integration von Zuwanderern: best-practice-Projekte

Schader-Stiftung, Darmstadt 2005, 28 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.):

Zuwanderer in der Stadt. Empfehlungen zur stadträumlichen Integrationspolitik

Schader-Stiftung, Darmstadt 2005, 88 Seiten

ISBN 978-3-932736-16-2, Schutzgebühr 8 €

Schader-Stiftung, Deutscher Städtetag, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, Deutsches Institut für Urbanistik, Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung GmbH an der Ruhr-Universität Bochum (Hrsg.):

Zuwanderer in der Stadt. Expertisen zum Projekt

Schader-Stiftung, Darmstadt 2005, 480 Seiten

ISBN 3-932736-15-X, Schutzgebühr 13 €

Ulla-Kristina Schuleri-Hartje, Holger Floeting, Bettina Reimann:

Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab

Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin und Schader-Stiftung, Darmstadt 2005, 160 Seiten

ISBN 3-932736-14-1, Schutzgebühr 8 €

Publikationen zum Thema Stadtentwicklung und Wohnen

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. et al. (Hrsg.):

Preis Soziale Stadt 2012. Dokumentation des Wettbewerbs

Preisträger, Anerkennungen, Projekte der engeren Wahl, Teilnehmer

Berlin 2012, 64 Seiten (auch für die Jahre 2010, 2008, 2006, 2004, 2002 und 2000 erhältlich)

PDF-Datei, Download kostenfrei

Kirsten Mensch:

Gemeinschaften bauen. Veränderte Gesellschaft – neue Wohnformen

Bericht zur gemeinsamen Fachtagung der Akademie der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen, des Wohnbunds und der Schader-Stiftung am 9. Februar 2012

Schader-Stiftung, Darmstadt 2012, 14 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Gemeinschaftliches Wohnen

Redaktion: Monika Berghäuser. Schader-Stiftung, Darmstadt 2012, 30 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Gemeinschaftliches Wohnen. Finanzierung und Fördermöglichkeiten

Redaktion: Monika Berghäuser. Schader-Stiftung, Darmstadt 2012, 31 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Gemeinschaftliches Wohnen in Kooperation mit Wohnungsunternehmen realisieren

Redaktion: Monika Berghäuser. Schader-Stiftung, Darmstadt 2012, 31 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Gemeinschaften bauen. Architektur für Wohnprojekte – Planen mit Wohngruppen

Redaktion: Monika Berghäuser. Schader-Stiftung, Darmstadt 2012, aktualisiert 2013, 65 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Monika Berghäuser:

Heimrecht und gemeinschaftliche Wohn-Pflegeformen

Eine Untersuchung der neuen heimrechtlichen Landesgesetze und des Bundesheimgesetzes

Generali Zukunftsfonds, Köln und Schader-Stiftung, Darmstadt (Hrsg.)

Schader-Stiftung, Darmstadt 2012, 100 Seiten

ISBN 978-3-932736-39-1, Schutzgebühr 7 €

Kirsten Mensch:

Gemeinschaften bauen. Neue Wohnformen im Bestand und Neubau

Bericht zur Fachtagung der Schader-Stiftung und der Akademie der Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen am 24. Februar 2011

Schader-Stiftung, Darmstadt 2011, 14 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Kirsten Mensch:

Rendite durch Wohnen und Leben. Potentiale gemeinschaftlicher Wohnformen

Bericht zur gleichnamigen Fachtagung am 13./14. Oktober 2010

Schader-Stiftung, Darmstadt 2010, 16 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Martina Löw, Peter Noller, Sabine Süß (Hrsg.):

Typisch Darmstadt. Eine Stadt beschreibt sich selbst

Der Band ist das Ergebnis einer Kooperation des Forschungsschwerpunkts „Stadtforschung“ der Technischen Universität Darmstadt und der Schader-Stiftung.

Campus-Verlag, Frankfurt, New York 2010, 276 Seiten

ISBN 978-3-593-39178-6

Matthias Bernt, Michael Haus, Tobias Robischon (Hrsg.):

Stadtumbau komplex: Governance, Planung, Prozess

Schader-Stiftung, Darmstadt 2010, 247 Seiten

ISBN 978-3-932736-32-2, Schutzgebühr 10 €

Schader-Stiftung, Stiftung trias (Hrsg.):

Raus aus der Nische – rein in den Markt! Ein Plädoyer für das Produkt „gemeinschaftliches Wohnen“

Schader-Stiftung, Darmstadt und Stiftung trias, Hattingen 2008, 164 Seiten

ISBN 978-3-932736-23-0. Die Publikation ist über die Stiftung trias zu beziehen.

Schader-Stiftung (Hrsg.):

Zuhause in der Stadt

Dokumentation der gleichnamigen Konferenz am 17./18. Juni 2008 in Darmstadt

Schader-Stiftung, Darmstadt 2008, 132 Seiten

ISBN 978-3-932736-24-7, kostenfrei

Schader-Stiftung, Bauverein AG, Fachkonferenz Altenhilfe, Stadt Darmstadt (Hrsg.):

Wohnen – Neues wagen!

Dokumentation der gleichnamigen Fachtagung am 8./9. September 2006

Schader-Stiftung et al., Darmstadt 2006, 97 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

Björn Egner, Nikolaos Georgakis, Hubert Heinelt, Reinhart C. Bartholomäi:

Wohnungspolitik in Deutschland. Positionen. Akteure. Instrumente.

Schader-Stiftung, Darmstadt 2004, 320 Seiten

ISBN 3-932736-12-5, Schutzgebühr 13 €

Uwe-Jens Walther, Kirsten Mensch (Hrsg.):

Armut und Ausgrenzung in der „Sozialen Stadt“. Konzepte und Rezepte auf dem Prüfstand

Tagungsbeiträge einer gemeinsamen Veranstaltung der Sektion „Stadt- und Regionalsoziologie“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie und der Schader-Stiftung

Schader-Stiftung, Darmstadt 2004, 220 Seiten

ISBN 3-932736-13-3, Schutzgebühr 13 €

Walter Hanesch, Kirsten Krüger-Conrad:

Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderungen für die „Soziale Stadt“

Der Band beinhaltet Beiträge, die für eine wissenschaftliche Fachtagung gleichen Titels im Herbst 2004 verfasst wurden.

VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2004, 373 Seiten

ISBN 3-531-14289-5

Heike Liebmann, Tobias Robischon (Hrsg.):

Städtische Kreativität – Potenzial für den Stadtumbau

Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung, Erkner (b. Berlin), Schader-Stiftung, Darmstadt 2003, 248 Seiten

PDF-Datei, Download kostenfrei

BauWohnberatung Karlsruhe, Schader-Stiftung (Hrsg.):

Neues Wohnen fürs Alter. Was geht und wie es geht

Dokumentation der Tagung „Neues Wohnen fürs Alter“ am 6./7. November 2003

Anabas-Verlag, Frankfurt am Main 2004, 216 Seiten

ISBN 3-87038-963-1 [vergriffen]

Dagmar Petriková, Thomas Reichert (Hrsg.):
New Times – New Housing Policies. Challenges and Opportunities in the European Integration
Proceedings of the International Conferences Dresden 2000 – Bratislava 2001
Bratislava, 2002, 279 Seiten
ISBN 80-88999-18-9

Schader-Stiftung (Hrsg.):
Politische Steuerung der Stadtentwicklung. Das Programm „Die soziale Stadt“ in der Diskussion
Dokumentation des gleichnamigen Schader-Kolloquiums vom 15./16. Juni 2000
Schader-Stiftung, Darmstadt, 2. Aufl. 2002, 120 Seiten
ISBN 3-932736-06-0, Schutzgebühr 8 €

Jean-Christophe Ammann:
Einige Bemerkungen über das Wohnen
Abschlussvortrag zum Kongress „Wohnwandel: Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens“
am 21./22. Mai 2001
Schader-Stiftung, Darmstadt 2001, 16 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):
wohn.wandel. Szenarien, Prognosen, Optionen zur Zukunft des Wohnens
Schader-Stiftung, Darmstadt 2001, 380 Seiten
ISBN 3-932736-07-9, Schutzgebühr 13 €

Schader-Stiftung (Hrsg.):
Wohnraumbeschaffung durch Kooperation – eine Option für eine neue Wohnungspolitik?
Bericht zum Symposium am 10. Juni 1999
Schader-Stiftung, Darmstadt 1999, 92 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Gerd de Bruyn (Hrsg.):
Öffentliche Wohnungsbestände im Widerstreit der Interessen: Markt – Stadtplanung – Sozialpolitik
Werkstattbericht zum Wohnungspolitischen Kolloquium vom 23. Januar 1998
Redaktion: Peter Lonitz. Schader-Stiftung, Darmstadt 1998, 56 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Publikationen zum Thema Kommunikation und Kultur

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Die subtile Gewalt der Dinge. Bilder gesellschaftlichen Wandels 11
Schader-Stiftung, Darmstadt 2011, 39 Seiten
ISBN 978-3-932736-40-0, kostenfrei

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Ansichten des Ich. Bilder gesellschaftlichen Wandels 10
Schader-Stiftung, Darmstadt 2011, 39 Seiten
ISBN 978-3-932736-37-7, kostenfrei

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Arbeitswelten. Bilder gesellschaftlichen Wandels 9
Schader-Stiftung, Darmstadt 2011, 39 Seiten
ISBN 978-3-932736-35-3, kostenfrei

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Gegen den Krieg. Bilder gesellschaftlichen Wandels 8
Schader-Stiftung, Darmstadt 2010, 39 Seiten
ISBN 978-3-932736-33-9, kostenfrei

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Anny und Sibel Öztürk. From Inner To Outer Shadow. Bilder gesellschaftlichen Wandels 7
Schader-Stiftung, Darmstadt 2010, 39 Seiten
[vergriffen] ISBN 978-3-932736-31-5

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Verborgenen : Gesehen. Bilder gesellschaftlichen Wandels 6
Schader-Stiftung, Darmstadt 2009, 39 Seiten
[vergriffen] ISBN 978-3-932736-29-2

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Stadt - Bild - Konstruktion. Bilder gesellschaftlichen Wandels 5
Schader-Stiftung, Darmstadt 2009, 39 Seiten
[vergriffen] ISBN 978-3-932736-27-8

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Stadtmensch - Zeitsprung. Bilder gesellschaftlichen Wandels 4
Schader-Stiftung, Darmstadt 2008, 36 Seiten
[vergriffen] ISBN 978-3-932736-24-7

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Skulptur Raum Darmstadt. Bilder gesellschaftlichen Wandels 3
Schader-Stiftung, Darmstadt 2008, 36 Seiten
[vergriffen] ISBN 978-3-932736-22-3

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Feldforschung Stadt > 29 Antworten. Bilder gesellschaftlichen Wandels 2
Schader-Stiftung, Darmstadt 2007, 37 Seiten
[vergriffen] ISBN 978-3-932736-21-6

Schader-Stiftung und Hessisches Landesmuseum Darmstadt (Hrsg.):
Die fremde Landschaft. Bilder gesellschaftlichen Wandels 1
Schader-Stiftung, Darmstadt 2007, 37 Seiten
[vergriffen] ISBN 978-3-932736-20-6

Michael Kibler:
Mord(s)geschichten. Heinrich Maria Davringhausen. Der Träumer II, 1919.
Schader-Stiftung, Darmstadt 2009, 32 Seiten
ISBN 978-3-932736-28-5, kostenfrei

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Stadtentwicklung, Hessisches Ministerium für
Wissenschaft und Kunst, Schader-Stiftung (Hrsg.):
Kulturwirtschaft fördern – Stadt entwickeln. 3. Hessischer Kulturwirtschaftsbericht
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Stadtentwicklung et al., Wiesbaden 2008, 280 Seiten
ISBN 978-3-89205-139-8, kostenfrei

Publikationen zum Thema Demographie und Strukturwandel

Kirsten Mensch:
Nachbarschaften in kleinen Städten und Landkreisen
Vier bereichernde Tage des interdisziplinären Arbeitens. Bericht zum Sommercamp vom 21. - 24. Juli 2011
Schader-Stiftung, Darmstadt 2011, 14 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Kirsten Mensch:
Alternde Räume. Infrastruktur und Nahversorgung
Bericht zur gleichnamigen Fachtagung am 22. Juni 2009
Schader-Stiftung, Darmstadt 2009, 11 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):
Modelle für das Wohnen im Alter
Werkstattbericht mit Analysen und Empfehlungen für die Nordweststadt, Frankfurt am Main
Schader-Stiftung, Darmstadt 2000, 35 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):
Wohnwünsche und Wohnbedürfnisse älterer Menschen in der Nordweststadt
Ergebnisbericht der qualitativen Untersuchung.
Werkstattbericht zum Demonstrativprojekt „Demographischer Wandel“
Schader-Stiftung, Darmstadt 1999, 46 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):
Umzugsmanagement als Instrument der Kundenbindung in der Wohnungswirtschaft
Fachtagung „Verbesserung der Kundenbindung durch neue Dienstleistungsangebote“ am 21./22. Oktober 1998
Werkstattbericht zum Demonstrativprojekt „Demographischer Wandel“
Schader-Stiftung, Darmstadt 1999, 54 Seiten
ISBN 3-932736-04-4, Schutzgebühr 8 €

Joachim Schöffel, Fachgruppe Stadt der Technischen Universität Darmstadt (Hrsg.):
Altersgerecht Wohnen in einem alternden Stadtteil. Nordweststadt in Frankfurt
Citygr Nr. 8, Forschung und Entwurf in Städtebau und Architektur
Fachbereich Architektur der Technischen Universität Darmstadt, Darmstadt 1998, 47 Seiten
ISBN 3-885-36-074-6

Schader-Stiftung (Hrsg.):
Determinanten für die Wohnungsversorgung in Frankfurt und Ansätze ihrer Bearbeitung
Werkstattbericht zum Demonstrativprojekt „Demographischer Wandel“
Schader-Stiftung, Darmstadt 1998, 27 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Schader-Stiftung (Hrsg.):
Forschungsprojekt: Umzugswünsche und Umzugsmöglichkeiten älterer Menschen
Handlungsperspektiven für Wohnungspolitik, Wohnungswirtschaft und Dienstleistungsanbieter
Werkstattbericht zum Demonstrativprojekt „Demographischer Wandel“
Schader-Stiftung, Darmstadt 1997, 78 Seiten
PDF-Datei, Download kostenfrei

Rolf G. Heinze et al.
Neue Wohnung auch im Alter
Folgerungen aus dem demographischen Wandel für Wohnungspolitik und Wohnungswirtschaft
Schader-Stiftung, Darmstadt 1997, 176 Seiten
[vergriffen] Kurzfassung als PDF-Datei, Download kostenfrei

Deutscher Städtetag (Hrsg.):
Demographischer Wandel. Herausforderungen für die kommunale Wohnungspolitik
Wohnungspolitisches Kommunalkolloquium der Schader-Stiftung in Kooperation mit
dem Deutschen Städtetag am 24. September 1996
DST-Beiträge zur Stadtentwicklung und zum Umweltschutz, Reihe E, Heft 25
Deutscher Städtetag, Köln 1996, 102 Seiten
ISBN 3-88082-183-6

Hans Joachim Klein, Bernhard Schäfers, Martin Einsele:
Quartiersbezogenes Wohnen in Städten unter Betonung der Bedürfnisse älterer Menschen
Eine empirische Untersuchung am Beispiel der Stadt Karlsruhe; im Auftrag der Schader-Stiftung
Universität Karlsruhe, Institut für Soziologie, Karlsruhe 1991, 123 Seiten [vergriffen]